Nr. 202. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 30. August 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Ein Trick der russischen Diplomatie.

Der englische Gesandte in Peking kann jeden Augenblick ein Ultimatum der chinesischen Regierung überreichen und wenn die chinesische Regierung sich nicht willfährig zeigt, können wir noch vor Ende des Jahres in einen der fürchterlichsten Kriege, vielleicht in einen Weltkrieg verwickelt werden. China wird nur dann nicht nachgeben, wenn es der Hilfe Rußlands sicher ist. Rußland bereitet sich seit Jahrzehnten zu dem für die Herrschaft über Asien entscheidenden Waffengange vor. Die Besetzung Chiwa's, die Herrschaft über Buchara, die Zettelungen in Afghanistan, die Intriguen in Persien, der Bau der transkaspischen und transsibirischen Bahn, der Vorstoß in China: all das sind Etappen auf dem Wege zum Kriege mit England um die Oberherrschaft über China und Indien. Mit fieberhaftem Eifer wird die Flotte vermehrt. Erst vor wenigen Wochen ist durch einen Ukas des Zaren Nikolaus ein außerordentlicher Kredit von fast 190 Millionen Mark für weitere Schiffsbauten eröffnet worden, obgleich im ordentlichen und außerordentlichen Budget Riesensummen für die Instandhaltung und Vermehrung der Flotte bewilligt sind. Französische, deutsche und amerikanische Werften haben dringende Riesenaufträge vom russischen Marine-Amt. Neue Kriegshäfen an der Ostsee und am Stillen Ozean werden geschaffen. Das Schutz- und Trutzbündniß mit Frankreich wurde in diesen Tagen der Welt in Waffen durch den Austausch von Depeschen zwischen Faure und Nicolaus in Erinnerung gebracht. Auf der Balkanhalbinsel suchen eben Ferdinand von Bulgarien und Nikita von Montenegro einen Balkanbund unter russischem Protektorat zusammenzubringen, einen Bund, der alles andere, nur nicht friedliche Zwecke verfolgt. An der deutschen und österreichischen Grenze steht eine ununterbrochene Kette von russischen Regimentern bereit zum sofortigen Angriff. Bis an die Zähne bewaffnet ist das Reich des Zaren. Und doch muß es alles daran setzen, den Krieg, den es für seine Weltherrschaft gar nicht umgehen kann, aufzuschieben, denn im Kampfe gegen England hat Rußland desto bessere Aussichten, wenn es seine Flotten in der Ostsee und im Stillen Ozean vorher vermehrt und modernisirt hat und wenn es auf dem erst in einigen Jahren ausgebauten asiatischen Eisenbahnnetze seine Truppen rasch auf die verschiedenen Kriegsschauplätze werfen kann.

Rußland hat im Vertrauen auf die Furcht Englands vor einem theuren und in seinem Endergebnisse unsicheren Kriege, der dem englischen Handel unter allen Umständen schwere Einbuße bringen muß, ein tollkühnes Spiel getrieben, es hat in China mehr durchgesetzt, als es auf grund seiner Machtverhältnisse erreichen konnte; nun, wo aber England aus Furcht vor dem Verluste seiner ausschlaggebenden Stellung im Handel Europa's mit Ostasien sich zu energischen Schritten aufrafft, muß Rußland alles thun, um den Ausbruch des Krieges zu verschieben, und falls dies nicht möglich ist, muß es alles daran geben, den Gegner ins Unrecht zu setzen, ihn als den Störer des Weltfriedens zu brandmarken. So wie Napoleon III. sich als den Wahrer des Friedens aufspielte und stets das Wort im Munde führte: „L'empire c'est la paix" (das Kaiserreich ist der Friede), so überrascht das offizielle Rußland nun, vielleicht am Vorabend eines Krieges, der sich auf drei Ozeanen und in drei Welttheilen abspielen kann, die staunende Welt der bürgerlichen Zeitungsschreiber mit der Einladung zu einem internationalen Kongreß, der den ewigen Frieden und die Einstellung der Rüstungen herbeiführen soll.

Es ist ein schlauer Streich der russischen Diplomatie, der vorläufig schon den Erfolg für sich hat, die öffentliche Meinung zu verwirren.

Im amtlichen Organe der russischen Regierung, dem „Regierungsboten" war am Sonntag die folgende Kundmachung veröffentlicht:

Auf Befehl des Kaisers überreichte Graf Murawjew am 24. d. M. allen in Petersburg akkreditirten auswärtigen Vetretern nachstehende Mittheilung: Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine mögliche Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, welche auf allen Nationen lasten, stellen sich in der gegenwärtigen Lage der ganzen Welt als ein Ideal dar, auf das die Bemühungen aller Regierungen gerichtet sein müßten. Das humane und hochherzige Streben Sr. Majestät des Kaisers, meines erhabenen Herrn, ist ganz dieser Aufgabe gewidmet. In der Ueberzeugung, daß dieses erhabene Endziel den wesentlichsten Interessen und den berechtigten Wünschen aller Mächte entspricht, glaubt die kaiserliche Regierung, daß der gegenwärtige Augenblick äußerst günstig dazu sei, auf dem Wege internationaler Berathung die wirksamsten Mittel zu suchen, um allen Völkern die Wohlthaten wahren und dauernden Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwickelung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen. Im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre hat der Wunsch nach einer allgemeinen Beruhigung in dem Empfinden der zivilisirten Nationen besonders festen Fuß gefaßt. Die Erhaltung des Friedens ist als Endziel der internationalen Politik aufgestellt worden. Im Namen des Friedens haben große Staaten mächtige Bündnisse mit einander geschlossen. Um den Frieden besser zu wahren, haben sie in bisher unbekanntem Grade ihre Militärmacht entwickelt und fahren fort, sie zu verstärken, ohne vor irgend einem Opfer zurückzuschrecken. Alle ihre Bemühungen haben dennoch noch nicht das segensreiche Ergebniß der ersehnten Friedensstiftung zeitigen können. Da die finanziellen Lasten eine steigende Richtung verfolgen und die Volkswohlfahrt an ihrer Wurzel treffen, so werden die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital zum großen Theile von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt. Hunderte von Millionen werden aufgewendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen zu beschaffen, die heute als das letzte Wort der Wissenschaft betrachtet werden und schon morgen dazu verurtheilt sind, jeden Werth zu verlieren, infolge irgend einer neuen Entdeckung auf diesem Gebiet. Die nationale Kultur, der wirthschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werthen sehen sich in ihrer Entwickelung gelähmt und irregeführt. Daher entsprechen in dem Maße, wie die Rüstungen einer jeden Macht anwachsen, diese immer weniger und weniger dem Zweck, den sich die betreffende Regierung gesetzt hat. Die wirthschaftlichen Krisen sind zum großen Theil hervorgerufen durch das System der Rüstungen bis aufs Aeußerste, und die ständige Gefahr, welche in dieser Kriegsstoffansammlung ruht, machen die Armee unserer Tage zu einer erdrückenden Last, welche die Völker mehr und mehr nur mit Mühe tragen können. Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnißvoller Weise zu eben der Katastrophe führen welche man zu vermeiden wünscht und deren würde, Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanken schaudern machen. Diesen unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die Mittel zu suchen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht, das ist die höchste Pflicht, welche sich heutzutage allen Staaten aufzwingt. Durchdrungen von diesem Gefühl, hat Se. Majestät geruht, mir zu befehlen, daß ich allen Regierungen, deren Vertreter am kaiserlichen Hofe akkreditirt sind, den Zusammentritt einer Konferenz vorschlagen, welche sich mit dieser ernsten Frage zu beschäftigen hätte. Diese Konferenz würde mit Gottes Hilfe ein günstiges Vorzeichen des kommenden Jahrhunderts sein. Sie würde in einem mächtigen Bündel die Bestrebungen aller Staaten vereinigen, welche aufrichtig darum bemüht sind, den großen Gedanken des Weltfriedens triumphiren zu lassen über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht. Sie würde zugleich ihr Zusammengehen besiegeln durch eine solidarische Weihe der Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit, auf denen die Sicherheit der Staaten und die Wohlfahrt der Völker beruht.

Die Herren Goßler, Cavaignac, Krieghammer und ihre Kollegen in den anderen Kriegsministerien werden sehr betrübt sein über den Ukas des russischen Zaren, über dieses Meisterstück aus der Feder des Grafen Murawjew und des Herrn Witte. Nicht deshalb werden sie betrübt sein, weil sie meinen, daß sie nun mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, sondern weil sie bei ihren nächsten Militärforderungen in den Parlamenten die schönen Worte des russischen Kaisers vorgehalten bekommen werden.

All' das, was nun unter dem Namen Nikolaus II. in die Welt geht, ist längst von den Sozialdemokraten im deutschen Reichstage gesagt worden. Wie verächtlich thaten bei den Militärdebatten die Roon, Kamecke, Verdy, Bronsart, Goßler diese Einwürfe ab, wie höhnend besprachen sie die Utopie der allgemeinen Abrüstung, wie begeistert wiesen sie auf das Wort Moltke's „vom Kriege als Erzieher". Nun kommt der Zar, der mit einfachem Ukas, ohne ein Parlament zu fragen, ohne eine freie Kritik in der Presse zu haben, Hunderte von Millionen für Armee und Flotte bewilligt, und verdirbt den Kriegsministern das Spiel.

Der russische Zar als Förderer der schärfsten Gegner des Militarismus in den europäischen Parlamenten, das ist wahrlich ein Bild für de siècle! Besser konnte das offizielle Rußland den Ruf seiner Diplomatie als der raffinirtesten und schlauesten nicht wiederherstellen, als durch den letzten Schachzug. Ehrenhalber müssen natürlich die offiziellen Vertreter aller Länder sich sympathisch zu dem Projekte äußern. Im geheimen aber knirrschen sie alle mit den Zähnen über die perfide, infame russische Politik. Mit den Rüstungen bleibt es beim alten, an den Opfern für den Militarismus wird nichts gemindert werden, aber es wird schwerer werden, die Forderungen durchzusetzen, die öffentliche Meinung — natürlich nicht in Rußland, wo jede Aeußerung derselben eine Verschickung nach Sibirien zur Folge hat — wird gestärkt in ihrem Kampfe gegen den nimmersatten Militarismus.

Sollten nicht bald die Kanonen und Torpedos die Töne der Friedensschalmeien übertönen, so wird der Friedenskongreß in Petersburg zusammentreten. Eine Einladung des Zaren läßt sich eben von den Herren im gestickten Diplomatenfrack nicht ablehnen. Aber der Friedenskongreß wird ebenso ergebnißlos bleiben wie seine längst vergessene Vorgänger, die internationale Arbeiterschutzkonferenz. Und wie man sich im offiziellen Deutschland nicht mehr gerne an das Schauspiel vom März 1890 erinnert, so wird in Rußland auch über kurz oder lang eine der berühmten Preßordonnanzen erscheinen, die jede Erwähnung des Friedenserlasses Nikolaus II. in den russischen Zeitungen aufs strengste verbietet.

Wir sehen in dem Erlasse des Zaren nichts anderes als die Andeutung, daß die Kriegsgefahr so groß und so nahe ist, wie seit Jahrzehnten nicht. Als der Anbruch einer Periode fürchterlichen Blutvergießens und nicht als der Beginn einer Aera ewigen Friedens erscheint uns das Manifest des russischen Despoten.

Die Aufnahme der Friedenskundgebung.

Die deutsche konservative Presse nimmt den Vorschlag des Zaren kühl auf, sie stellt sich zwar, als ob sie ihn ernst nehmen würde, betont aber die Schwierigkeiten der Durchführung des Projektes. Bei den Konservativen kommt auch in betracht, daß sie das stehende Heer schon der Offiziersstellen wegen für ihre Söhne unbedingt brauchen. Die deutsche liberale Presse schwimmt in Wonne über die „Heilsbotschaft des Zaren". Ja ein Blatt, an dem Wippchen unseres Wissens nicht mitarbeitet, versteigt sich zu der herrlichen Stilblüthe, „Der Weltfriede ist ausgebrochen". Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" registrirt den Ukas des Zaren, ohne ein Wort des Beifalls oder der Kritik zu äußern. Die „Köln. Zeitung", die öfters die Meinung des Auswärtigen Amtes zum Ausdruck bringt, schreibt heute:

> ... Wir haben bisher den Standpunkt eingenommen, daß nur eine starke Rüstung unserem Lande die Sicherheit und den Völkern Europa's den Frieden verbürgen kann, und deshalb haben wir uns nicht gescheut, eine Rüstung anzulegen, die, wenn sie auch unsere Schultern schwer belastet, doch von ihnen getragen werden kann. Nun schlägt man uns ein anderes Mittel vor, mit dem man denselben Zweck unter geringerem Aufwand an Mitteln erreichen kann. Sehr gern sind wir bereit, die ehrliche Probe zu machen und ohne Hintergedanken auf die russischen Pläne einzugehen in der vollen Ueberzeugung, daß dieselben nur im Geiste der ausgleichenden Gerechtigkeit betrieben werden sollen und ohne Schädigung der Lebensinteressen und der Rechte unseres Staates und Volkes.

Und am heutigen Abend schreibt das gleiche Blatt am Schlusse eines an leitender Stelle veröffentlichten Artikels:

> Deutschland werde, soviel es vermag, die edlen Bestrebungen des Zaren fördern. Aber dennoch werde es für die nächste Zeit sein Pulver trocken halten und einen verfrühten und deshalb verderblichen und schwächenden Einfluß der Friedensbotschaft auf seine innere, sowie äußere Politik nachhaltig abwehren. Das Blatt meint, bei aller Freude über die russische Botschaft dürfe man nicht vergessen, daß sie einen Plan bringt, über dessen praktische Ausführung man nur nebelhafte Vermuthungen äußern könne.

In Oesterreich begrüßt die liberale Presse überschwänglich, das Organ des Auswärtigen Amtes freundlich-höflich, die übrige Presse skeptisch die überraschende Botschaft aus Petersburg. In den Abendblättern wird überwiegend der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Konferenz zu stande kommen werde. Die meisten Zeitungen warnen indeß vor allzu sanguinischen Hoffnungen, da sich der praktischen Durchführung der vom Zaren angeregten Idee fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, besonders, wenn Frankreich auf den Konferenzen die Rückgabe von Elsaß-Lothringen als eines der wirksamsten Friedensmittel fordern sollte.

Die **ungarischen** Blätter, soweit Aeußerungen derselben telegraphisch gemeldet werden, reden in enthusiastischen Ausdrücken von den Absichten des Zaren.

Die **italienischen** Blätter kommentiren den Vorschlag günstig, zweifeln indeß an der Ausführung.

Die **französischen** Blätter begrüßen die Kundgebung des Kaisers von Rußland als eine edle und großmüthige Aeußerung der Menschlichkeit und sind einstimmig der Ansicht, daß sämmtliche Mächte an der Abrüstungs-Konferenz theilnehmen werden, doch äußern sie sich im allgemeinen zweifelnd über das Ergebniß der Verhandlung. Der orleanistische „Gaulois" bemerkt, Frankreich würde bei einer Abrüstung nicht das gewinnen, was Rußland und die anderen Mächte gewinnen würden, weil das, was Frankreich jetzt fehle, ihm auch nach der Abrüstung wieder fehlen würde. Allerdings würde es ebenso wie alle anderen Mächte den Vortheil haben, daß es finanziell erleichtert würde. Der „Soleil" drückt die Hoffnung aus, daß Frankreich Sicherheit dafür erhalte, daß es seine berechtigten Hoffnungen im Osten nicht aufzugeben brauche. „Autorité" und „Libre Parole" zollen der Anregung des Kaisers ohne Einschränkung ihre Anerkennung. Das „Journal" fragt, ob nicht der kaiserliche Vorschlag eher Verstimmung als Beruhigung hervorrufen werde, trotzdem sei er ein glückliches Zeichen für die Zukunft. „Radical" wünscht dem hochherzigen Vorschlage allen Erfolg, doch sei es nothwendig, vorher gewisse Fragen zu regeln, deren sich der französische Patriotismus niemals entäußern könne. „Rappel" hält es gleichfalls für nothwendig, gewisse, dem Rechte zugefügte Schäden wieder abzustellen. „Siècle" führt aus, bei dem Wiedererwachen der militärischen Leidenschaften habe dieser Versuch ein erhöhtes Interesse. Das „Petit Journal" meint, daß bei der abzuhaltenden Konferenz die Hauptfrage, deren Lösung im Interesse des Friedens nothwendig sei, gemäß dem unverjährbaren Rechte der Völker geregelt werde. „Petite Republique" sagt, der Kaiser habe eine große That gethan, deren Plötzlichkeit noch ihre Tragweite erhöhe, aber der Sozialismus allein könne die Träume des Kaisers zur Verwirklichung bringen. Der „Matin" schreibt über den russischen Abrüstungsvorschlag, die Sprache sei würdig des hochherzigen, jugendlichen Herrschers, es sei jedoch nicht Sache der Franzosen, laut zu sagen, warum sie die Abrüstungsidee für einen Traum halten. Die befriedigten Völker mögen ihre Truppen heimschicken und ihre Waffen in Werkzeuge verwandeln. Das sei aber nicht Aufgabe der vom Unglück betroffenen Völker, die am Horizont nicht das blutige Roth der Schlachten, sondern das Morgenroth der Gerechtigkeit und Vergeltung suchen. „Es scheint uns übrigens", fährt „Matin" fort, „daß unser Verbündeter nicht vergessen dürfte, daß unsere Grenzen weniger unversehrt und unverletzbar sind als seine eigenen und daß er uns nicht in die Nothwendigkeit versetzen sollte, der Konferenz unseren Beistand zu versagen oder laut auszusprechen, unter welchen Bedingungen wir theilnehmen können." In ähnlichem Sinne äußert

sich der „Figaro", welcher hinzufügt, die russischen Vorschläge erschienen in dem Augenblick, in welchem der angelsächsische Liberalismus viele Köpfe verwirre, als wohlthätiges Ablenkungsmittel.

Die Haltung der Presse, des mit dem Zarenreiche in engster Fühlung stehenden Landes beweist, daß der Vorschlag des Zaren, selbst wenn er ernst gemeint wäre, nicht durchgeführt werden kann. Denn all' den Aeußerungen, die wir zitirten, liegt der gemeinsame Gedanke zu grunde, daß der Zustand vor 1870 wieder hergestellt werden müsse, bevor an Abrüstung und dauernden Frieden gedacht werden könne.

Von bemerkenswerthen Aeußerungen **der englischen** Presse sind zu erwähnen: Der „Standard" meint, so lange England Grund zu der Auffassung habe, daß seine Handelsinteressen bedroht seien, werde es von seinen Anstrengungen nicht ablassen können, den Vorsprung sich zu erhalten, den es vor seinen Nebenbuhlern zur See habe. Die „Morning Post" meint, während der allgemeine Plan zum Frieden und zur Abrüstung für Rußland ganz gut passen könnte, würde er England durchaus nicht anstehen. — „Daily News" und „Chronicle" erwarten, England werde der russischen Einladung unverzüglich folgen. — „Daily Telegraph" giebt die Bedeutung des Vorschlags des Zaren zu und bespricht die Schwierigkeiten, welche die Konferenz zu überwinden haben werde.

Man sieht, auch in England glaubt man nicht an einen Erfolg der Vorschläge des Zaren.

Aus den kleineren Staaten liegen noch keine Meinungsäußerungen vor. Blos aus der Hauptstadt **Schwedens** wird telegraphirt:

Einem Mitarbeiter des Blattes „Dagens Nyheter" gegenüber äußerte der Minister des Aeußern Graf Douglas: „Die kleinen Mächte, darunter Schweden, werden natürlich die Einladung Rußlands mit Dankbarkeit annehmen; es ist jedoch klar, daß der Erfolg der Verhandlungen auf der Stellung der Großmächte beruht. Falls irgend jemand im stande ist, solchen Zustand glücklich durchzuführen, so ist es der Monarch, der nicht von einem Parlament gebunden ist und mit noch größeren Kriegsrüstungen drohen kann, falls sein Plan nicht gelingt." —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. August.

Die Sozialdemokratie im „katholischen Deutschland". Auf der eben zu Ende gegangenen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands hat Pfarrer Lehne-Koblenz in seinem Referat über die „Freiheit der Schule und des Unterrichts" nach den Berichten der Tageszeitungen als Schreckgespenst gegen das „liberale Schulwesen" u. a. die angebliche Thatsache ins Feld zu führen versucht, die deutsche Sozialdemokratie habe bei den jüngsten Reichstagswahlen 2 Millionen Stimmen erhalten, im „katholischen Deutschland" aber nur 100 000. Wir wollen im folgenden versuchen, dieses kühne Phantasiegebilde des geistlichen Referenten an der Hand der wahlstatistischen Ergebnisse etwas eingehender auf seinen realen Gehalt zu prüfen.

Da bisher noch kein Mittel gefunden wurde, um jede einzelne für die Sozialdemokratie abgegebene Stimme auf ihre konfessionelle Herkunft zu prüfen, so sind wir bei der folgenden Betrachtung gezwungen, diejenigen sozialistischen Stimmen als aus dem „katholischen Deutschland" stammend anzusehen, die in Gebietstheilen mit überwiegend katholischer Bevölkerung abgegeben worden sind. Das „katholische Deutschland" würde sich demnach aus den preußischen Provinzen Posen (66,5 pCt. Katholiken), Schlesien (53,2), Westfalen (51,5), Rheinlande (71,2) sowie aus den süddeutschen Bundesstaaten Bayern (70,8), Baden (62,0) und Elsaß-Lothringen (76,5) zusammensetzen. Welcher Antheil fällt nun diesen Gebietstheilen des Reiches an der Gesammtzahl der sozialistischen Reichstagswähler-Stimmen zu? Es entfielen auf die Kandidaten der Sozialdemokratie Stimmen

in	im Jahr 1893	im Jahr 1898
Provinz Posen	4 953	4 506
„ Schlesien	102 023	142 000
„ Westfalen	64 324	78 500
„ Rheinpreußen	103 000	115 000
Königreich Bayern	125 952	137 000
Großherzogthum Baden	37 559	50 200
Reichsland Elsaß-Lothringen	46 186	52 000
Zusammen also	483 997	575 200

Es waren demnach bereits bei den Wahlen des Jahres 1893 nicht weniger als 484 000 sozialistische Stimmen im „katholischen Deutschland" aufgebracht worden, eine Zahl, die bei der jüngsten Reichstagswahl auf über 575 000, also um mehr als 90 000, anwuchs und damit die Lehne'sche Schätzung um nahezu das Sechsfache überstieg. Der sich hieraus ergebende relative Zuwachs der im „katholischen Deutschland" abgegebenen sozialistischen Stimmen von 19 pCt. zwischen den Wahlen von 1893 und 1898 entspricht genau dem Wachsthum, das die Gesammtzahl der sozialistischen Wähler des Reiches in dem genannten Zeitraum zu verzeichnen hatte. Es fehlt mithin jede Grundlage für die Annahme, daß der Katholizismus ein besonders festes Bollwerk gegen das Vordringen der Sozialdemokratie bilde, wie es auch durchaus unangängig erscheint, aus dem zahlenmäßigen Verhältniß zwischen dem religiösen Bekenntniß der Bevölkerung und den Fortschritten der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Theilen des Reiches Beziehungen herzuleiten, die auf den Charakter einer sozialen Gesetzmäßigkeit Anspruch erheben können. —

Die grüne Internationale — sie nannte sich auf dem letzten Kongreß in Budapest selber so — will wieder einmal die „bedeutendsten Land- und Volkswirthe Mitteleuropa's zu gegenseitiger Annäherung und persönlicher Aussprache" versammeln, und zwar diesmal in Wien, wo sich ja auch ganz vergnüglich tagen läßt. Als seine bedeutendsten Land- und Volkswirthe entsendet Deutschland durch den Bund die Herren Direktor Dr. Hahn und Redakteur Edmund Klapper, dazu den Major Endell und den Gutsbesitzer Lucke-Patershausen. Herr Lucke scheint über keinen Militärrang zu verfügen, sonst würde er ihn wohl auch für wichtiger gehalten haben wie den „Gutsbesitzer". Man will über überseeische Konkurrenz, Währung und Blanko-Terminhandel sich unterhalten und „gemeinsame Linien für die von den mitteleuropäischen Regierungen vorzunehmenden politischen Aktionen feststellen".

Der Budapester Kongreß, der infolge der ungarischen Millenniums-Ausstellung 1896 unter ziemlich starker Betheiligung stattfand, hat fast gar keine Spuren im öffentlichen Leben hinterlassen. Irgend etwas neues haben die endlosen Reden und Gegenreden auch kaum gebracht. An den niedrigen Preisen der Landwirthschaftsprodukte war danach nicht die Umwälzung in der Produktion und Zufuhr schuld, sondern das unheimlich vergrößerte „papierne Angebot" von fiktivem Getreide. Die Börsenreform sei daher international mit dem Ziele der totalen Beseitigung des Blankogeschäfts in Waaren durchzuführen; jeder Händler sei einfach dem Deklarationszwange für jeden Geschäftsabschluß zu unterwerfen und habe dabei immer die Vorrathsquelle, aus welcher er liefern wolle, nachzuweisen — ein Einfall, der mit zu dem köstlichsten gehört, was die agrarische Weisheit schon hinter dem Tintenfaß oder Bierglas ausgebrütet hat. Für den erstrebten bimetallistischen Bund hielt man den Beitritt Englands für durchaus überflüssig: ginge die festgesetzte Werthrelation zwischen Gold und Silber wirklich in die Brüche, um so besser für die Doppelwährungsländer mit ihrer alsdann sinkenden Valuta, und um so schlimmer für England mit seinem Gold!

Interesse hatten in Budapest eigentlich nur die Erörterungen über den mitteleuropäischen Zollbund, der den Agrariern bekanntlich immer mundgerechter erscheint, je weniger er, wie früher, als Bahnbrecher einer allgemeinen größeren Handelsfreiheit, sondern vielmehr als Kampfzoll-Organisation und gegen die amerikanische und russische Landwirthschaft gedacht ist. Die damals aufgetauchten Vorschläge scheint man in Wien weiterspinnen zu wollen. Wenigstens spricht die „Deutsche Tageszeitung" davon, daß man sich „vorwiegend mit der Frage der Abwehr der drohenden russischen und amerikanischen Konkurrenz beschäftigen werden.

Hoffentlich spricht sich die grüne Internationale recht offen über ihre Brotvertheuerungspläne aus. —

Ueber die Getreideproduktion der Welt im Jahre 1898 hat das ungarische Ackerbau-Ministerium mit gewohnter Pünktlichkeit seinen ebenso umfassenden wie übersichtlichen Bericht veröffentlicht.

Er ist auf grund der Mittheilungen der österreichisch-ungarischen Konsuln im Auslande sowie der landwirthschaftlichen Referenten in Oesterreich-Ungarn selber abgefaßt und neigt bezeichnenderweise mehr auf die Seite der Pessimisten, welche an ein wesentliches, dauerndes Herabgehen der Getreidepreise nicht glauben. Allerdings müssen wir gleich hinzufügen, daß die Uebersicht auf Berichten beruht, die bis zum 12. August an den Ackerbau-Minister eingegangen sein mußten, die also sicher zum großen Theile schon längere Zeit vorher abgefaßt worden sind. Nun ist der eigentliche Umschwung im Wetter und damit auch in den allgemeinen Ernteschätzungen erst Ende Juli und Anfang August eingetreten und zwar zu gunsten einer wesentlich reichlicheren Schätzung. Insofern mögen die vorliegenden Darstellungen zu ungünstig ausgefallen sein. Trotzdem geben wir das Ergebniß des Ackerbau-Ministeriums kurz wieder:

Das angebaute Areal ist für die Hauptbrotfrüchte, Weizen und Roggen, fast überall gegen das Vorjahr unverändert geblieben. Eine Verringerung zeigt sich in Ungarn, Rußland, Bulgarien und Ostrumelien, Serbien und Italien. Andererseits war die Weizenbaufläche gewachsen in Ostindien, Argentinien, Frankreich, England und in den Vereinigten Staaten. Unverändert blieb der Zustand in Rumänien, Deutschland, Spanien, Australien, ferner in der Türkei, in der Schweiz, in Belgien und in den Niederlanden.

Die Weizen-Ernte der Welt wird als mittlere geschätzt. Das Ergebniß ist wohl um ca. 100 Millionen Hektoliter günstiger, als im Jahre 1897, aber wesentlich schwächer als das im Jahre 1896 erzielte Resultat.

Das Ernteergebniß des Roggens ist gleich dem 1896, aber etwa 60 bis 65 Millionen Hektoliter größer als die Ernte des Jahres 1897.

Die Gerste brachte ein etwas günstigeres Ergebniß als im Jahre 1897, aber ein schwächeres wie im Jahre 1896.

Die Haferernte ist wesentlich kleiner als im Vorjahre und noch geringer als das Erträgniß im Jahre 1896.

Auch die Maispflanze verspricht derzeit eine schwächere Ernte als im Jahre 1897, so daß voraussichtlich das Ergebniß um 100 Millionen Hektoliter geringer sein wird, als das im Jahre 1896.

Der Weizenbedarf der Welt ist mit 920 bis 930 Millionen Hektoliter, der Roggenbedarf mit 500 Millionen, der an Gerste mit 330 bis 340 Millionen, der an Hafer mit 920 Millionen und der Bedarf an Mais mit 880 Millionen Hektoliter anzunehmen. Vorausgesetzt, daß die in betreff der Ernte-Ergebnisse von Mais, Hülsenfrüchten und Kartoffeln gehegten Erwartungen eintreffen, stellt sich der unbedeckt bleibende Bedarf (Defizit) nach dem ungarischen Ackerbauministerium wie folgt:

Weizen	ca. 7— 8	Millionen	Hektoliter,
Roggen	„ 20—21	„	„
Gerste	„ 3— 4	„	„
Hafer	„ 8— 9	„	„
Mais	„ 12—13	„	„

Diese Denkschrift wird von den Agrariern weidlich ausgeschlachtet werden. Wir bezweifeln jedoch, aus den oben angeführten Gründen, daß die Ernteschätzungen ausreichend sind, und auch die Spekulation hat in den letzten Wochen die Ernte-Ergebnisse immer günstiger aufgefaßt, so daß bei den überkommenen schmalen Vorräthen wohl kaum beträchtliche Ueberschüsse, aber erst recht keine beträchtlichen Fehlbeträge zu erwarten sind. —

* * *

Deutsches Reich.

Ueber die Aussichten der Militärvorlage und speziell über die Stellung des ja auch im neuen Reichstag ausschlaggebenden Zentrums äußern sich in einem aus Berlin datirten Artikel in bemerkenswerther Weise die „Hamburger Nachrichten". Es heißt da:

„Daß sich das Zentrum noch einmal zu der starren Opposition entschließen werde, wie es dieselbe zuletzt 1893 bethätigt hat, ist mit gutem Grunde zu bezweifeln. Die abweisend klingenden Redensarten, mit denen die klerikale Presse einstweilen den Mund recht voll nimmt, verdienen gar keine Beachtung. Im vorigen Jahre hat diese Presse das von der „Freisinnigen Zeitung" gegen die Flottenvorlage angestimmte Lied monatelang buchstäblich nachgesungen, um dann, nachdem Herr Lieber im Reichstage die erste Rede gehalten, alsbald zu verstummen und schleunigst umzulernen. Außer Zweifel steht freilich, daß in dem neuen Reichstage ein Militärgesetz nur unter Zustimmung wenigstens eines Theiles des Zentrums zu stande kommen kann. Eine Situation, wie die nach den Wahlen von 1893, in welcher das Militärgesetz durch die Polen gegen das Zentrum gerettet wurde, ist auf absehbare Zeit nicht wieder denkbar. Aber das Zentrum wird es sich zehnfach überlegen, ehe es seine gegenwärtige Position als regierungsfreundliche Partei preisgiebt und die unberechenbaren Folgen einer Zurückschwenkung in die Opposition auf sich nimmt."

Diese Bemerkungen haben sicherlich viel Richtiges für sich. Das Zentrum hat seine Rolle als Regierungspartei noch nicht ausgespielt, kann auch wohl vorläufig nicht so leicht in die rauhbeinige Oppositionsstellung zurück, weil es die Früchte, die ihm für sein liebevolles Entgegenkommen heranreifen werden, noch nicht eingeheimst hat. Ob sich allerdings die Zentrumswähler immer und immer wieder damit begnügen werden, den parlamentarischen Höflingen der Partei Gefolgschaft zu leisten, ist eine andere Frage. Jedenfalls muß man, solange die Arbeitermassen der katholischen Gegenden das Zentrum zur ausschlaggebenden Partei im Reichstage machen, damit rechnen, daß Militärforderungen und sonstigen reaktionären Maßregeln im Reichstag kein entscheidender Widerspruch entgegentritt.

Aber noch eine Stelle möchten wir aus dem Artikel der „Hamb. Nachrichten" erwähnen. Sie schreiben:

„Es kann ohne weiteres vorausgesetzt werden, daß die Regierung ihre Neuforderungen mit der zweijährigen Dienstzeit fest verkoppeln und so der Opposition die Verantwortung dafür zuschieben wird, gegebenenfalls durch die Ablehnung der Forderungen das Volk einer sehr populären Einrichtung beraubt zu haben."

Das soll heißen, wenn der Reichstag die neuen Forderungen nicht bewillige, so werde ohne weiteres wieder die dreijährige Dienstzeit an stelle der jetzigen zweijährigen treten. Wir können dem Blatt verrathen, daß es da unter allen Umständen auf dem Holzweg ist. Mag sein, daß das Zentrum neue Militärforderungen bewilligt. Aber auch wenn das aus irgend einem Grunde nicht geschehen sollte, wird und kann es doch unter keinen Umständen die zweijährige Dienstzeit preisgeben. In dieser Beziehung wissen die Zentrumsparlamentarier, was sie ihrer Wählerschaft bieten können. —

Der Kriegsminister veröffentlicht im „Reichs-Anzeiger" wieder einmal die bekannte Verordnung gegen sozialdemokratische Lebensäußerungen, die ein sprechendes Zeichen der Furcht vor der Sozialdemokratie ist. Im Interesse mancher Parteigenossen ist es, daß auch wir sie in Erinnerung bringen. Sie lautet:

„Es wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienstlich verboten ist:

1. jede Betheiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammlungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubniß ertheilt ist,
2. jede Dritten erkennbar gemachte Bethätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen,
3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften, sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale.

Ferner ist sämmtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienstlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntniß gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kasernen oder anderen Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten.

Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Uebungen eingezogen und für die zu Kontrollversammlungen einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes, welche gemäß § 6 des Militär-Strafgesetzbuches und § 38 B 1 des Reichs-Militärgesetzes bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bezw. der Kontrollversammlung den Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuchs unterstehen." —

Da die bayerische Bahnverwaltung nicht genug Bestellungen in Deutschland machte, so bringen die Blätter, welche den Eisenkönigen nahestehen, allerlei Enthüllungen über die Unfähigkeit des bayerischen Bahnbetriebes. So spricht die „Post" von den bitteren Klagen, die ihr über die Verkehrsverhältnisse im bayerischen Hochlande zugingen; die Geduld des Publikums werde dort Tag für Tag auf so harte Proben gestellt, daß man es ihm nicht verargen könnte, wenn ihm „die Lust am Reisen in bayerischen Landestheilen vergeht". Die mitgetheilten Fälle von vermeintlicher Schlamperei und Unzulänglichkeit des Betriebes sind allerdings sehr wirksam und hoffentlich ebenso wahr wie die oppositionellen Mittheilungen über Armeemißstände. Wir bestimmen uns nur nicht, daß von jener Seite früher so freimüthig Kritik sogar gegen eine hochwohllöbliche Staatsverwaltung geübt wurde. Etwas höhnisch weist die „Post" zum Schlusse darauf hin, daß wenn erst Belgien seine Lieferungen an Bahnmaterial effektuirt haben werde, dann vielleicht auch in Bayern Betriebsmaterial und Verkehrserfordernisse in Einklang kommen würden. Wie giftig es doch gleich in einem milchfrommen Regierungskonservativen gährt, wenn ihm einmal ein Geschäft entgangen ist!

Der bevorstehende Rücktritt des Direktors des kaiserlich statistischen Amtes, Dr. v. Scheel, war dieser Tage in den Zeitungen angekündigt worden. Die Nachricht war dann offiziös als erfunden bezeichnet worden. Dazu schreibt nun die „Milit.-Pol. Korr.":

„Erfunden war die Nachricht durchaus nicht; wir glauben sogar zu wissen, daß zwischen dem Direktor des kaiserlich statistischen Amtes und einer anderen Stelle im Reichsdienste sehr starke Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Verwerthung der Statistik zu gunsten sozialdemokratischer Bestrebungen geschwebt haben. Wenn Herr Dr. v. Scheel jetzt selbst in den Zeitungen erklärt, er stehe mit dem vorgesetzten Reichsamt des Innern im besten Einvernehmen, so glauben wir daraus den erfreulichen Schluß ziehen zu können, daß der Direktor des kaiserlich statistischen Amtes in Zukunft darauf verzichten möchte, eine zu gunsten der sogenannten wissenschaftlichen Schule der Sozialdemokratie arbeitende Reichsstatistik zu protegiren, ohne Rücksicht darauf, wie weit diese, wenn auch nicht absichtlich, doch jedenfalls unabsichtlich zuweilen tendenziöse amtliche Statistik mit den Erfordernissen der maßgebenden Politik im Widerspruch steht oder nicht."

Wir haben dieser Tage schon angedeutet, daß Dr. v. Scheel bei der im reichsstatistischen Amt vorgenommenen Bearbeitung der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik geradezu als Hemmschuh gewirkt hat, wenn es galt, die Arbeiterverhältnisse als so traurig darzustellen, wie sie thatsächlich sind. Wenn aus den Mittheilungen der „Mil.-Pol. Korr." nun zu ersehen ist, daß Herr von Scheel seiner vorgesetzten Behörde, das heißt dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herrn von Posadowsky, trotz alledem zu „radikal" und arbeiterfreundlich gewesen ist, — so liegt darin ein recht deutlicher Beweis für den entschieden reaktionären Kurs, der jetzt im Fahrwasser der Sozialpolitik gesegelt wird und gesegelt werden soll. —

Der Verband deutscher Gewerbevereine hält gegenwärtig in Erfurt seine siebente ordentliche Hauptversammlung ab. Regierungsrath Siebert sagte in seiner Begrüßungsrede u. a., er habe die Beobachtung gemacht, daß die Gewerbevereine in erster Reihe berufen seien, ein sachverständiges, unparteiisches Urtheil in gewerblichen Angelegenheiten abzugeben, und der Oberbürgermeister Dr. Schmidt meinte, daß die große Mehrzahl der Berufsvereine die gewerblichen Fragen nur vom einseitigen Interessenstandpunkte aus beurtheile, die Gewerbevereine, in denen Männer aller Berufsstände vertreten seien, hätten sich aber einen weiten Blick, ein sachliches, unparteiisches Urtheil in allen Dingen des öffentlichen Lebens bewahrt. Deshalb seien die Gewerbevereine die berufendsten Vertreter des deutschen Gewerbestandes.

Mit dieser Lobpreisung der Gewerbevereine als Vereinigungen von Leuten, die sich einen weiten Blick und ein unparteiisches Urtheil in allen Dingen des öffentlichen Lebens bewahrt hätten, harmonirt es aber nicht, daß die Hauptversammlung ein unserer Ansicht nach nichts weniger als scharfsinniges Referat mit stürmischem Beifall aufnahm, das der Rechtsanwalt Dr. Schneider in Karlsruhe über das Thema hielt: Die großen Waarenbazare und ihre Auswüchse. Der Redner schilderte die Waarenbazare als einen Krebsschaden unserer Zeit. Der kleine Geschäftsmann werde in seiner Existenz vernichtet, die Leute würden dann mißmuthig und fielen der Sozialdemokratie in die Arme. Die Waarenhäuser seien geradezu ein Agitationsmittel für die Sozialdemokratie, die sich über derartige Zustände auch freue. Aus allgemeinen politischen Rücksichten schon müsse man aber verhindern, daß der Sozialdemokratie neue Anhänger zugesichert werden. Man müsse den Mittelstand, in dem die Vaterlandsliebe wurzele, der eine nothwendige Sprosse in der sozialpolitischen Stufenleiter bilde, unter allen Umständen erhalten. Die Waarenhäuser seien ein Schaden für die Hausbesitzer, indem die Läden in der Nähe von Waarenhäusern an Werth verlören. Aber auch das Publikum habe keinen Nutzen von der Schleuderwaare, es schade sich vielmehr dabei. Gute Waare erhalte man in den großen Waarenhäusern auch nicht billiger, als in kleinen, soliden Geschäften. Die Waarenbazare würden, wenn sie erst das Monopol hätten, die Preise den anderen Geschäften diktiren und dann auch nicht mehr so billig wie heute verkaufen. Die Arbeiter hätten ebenfalls einen großen Schaden durch die großen Waarenbazare, denn durch die Schleuder-

artikel würden die Löhne ungünstig beeinflußt. Wenn nun durch die Gewerbe-Ordnung den Waarenhäusern die Existenzberechtigung vom Staat gegeben sei, so müsse er aber auch für Beseitigung der Auswüchse sorgen. Hierzu sei vorgeschlagen: eine Besteuerung der Waarenhäuser, und zwar eine Gewerbesteuer in Verbindung mit progressiver Ertrags- und Umsatzsteuer, Stempelung der Waaren mit Fabrikfirma. Mancher werde sich schämen, Schundwaaren, die mit seinem Namen versehen sind, zu verkaufen. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß auch die Frauen zu der Einsicht kämen, daß es ein Verstoß gegen ihre sozialen Pflichten ist, wenn sie ihre Waareneinkäufe in den Bazaren besorgen. Vom Staat müsse gefordert werden, daß er in Beschränkung der Waarenhäuser dem Mittelstande energisch Hilfe leiste.

Der Kampf gegen die Waarenbazare ist eine Utopie. Sie sind ein Produkt der natürlichen Entwicklung und können deshalb durch kein Gesetz aus der Welt geschafft werden, ebensowenig wie es zu verhindern ist, daß der Mittelstand vor der Konkurrenz des Großkapitals zu grunde geht. Die Sonderbesteuerung der Waarenbazare hat nur einen Nutzen für die Gemeinde- oder Staatskasse, den Mittelstand kann sie nicht konkurrenzfähiger machen, denn bei dem kolossalen Umsatz, den die Waarenbazare haben, können diese jede wie immer geartete Steuer leicht ertragen.

Wenn der Mittelstand sich vor den Waarenbazaren einigermaßen behaupten will, so muß er selber zur Konzentration seiner Betriebsmittel schreiten, er muß — selber Bazare eröffnen.

Dortmund, 27. August. Für einen anderen gewählt hat bei der Reichstags-Hauptwahl der Stuckateur Adler hierselbst. Er erhielt dafür gestern von der Ferien-Strafkammer die geringste zulässige Strafe von einem Tage Gefängniß, weil guter Glaube angenommen wurde. —

In Gerresheim arbeitet die Polizei mit Ausweisungen, so meldet der Polizeireporter. 55 Personen sind in den letzten Wochen ausgewiesen worden, 8 Familien mit 33 Köpfen. Alles wegen der Reichstagswahlen! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Bautzen der Steinmetz Mirtschin zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Ort der Beleidigung: eine Kneipe in Kosel bei Breslau. —

Aus Hildesheim wird uns geschrieben: Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurtheilte den nicht vorbestraften 74jährigen Tagelöhner und Hausschlächter Wilhelm Lübbe in Mehrum (Kreis Peine) wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß. Der Verurtheilte hatte eine kleine Büste des Kaisers in seiner Stube aufgestellt und machte in einer nicht politischen Unterhaltung mit zwei zum Besuch anwesenden Dienstknechten bei Nennung der Büste eine unbedachte Aeußerung. Die Dienstknechte erzählten die Aeußerung weiter, worauf Anklage gegen Lübbe erhoben wurde.

Aus Ansbach wird der „Frankf. Ztg." gemeldet: Wegen Majestätsbeleidigung, Bedrohung, Hausfriedensbruchs u. s. w. verurtheilte die Ferien-Strafkammer den schon 15 mal vorbestraften Schäfer Peter Simon von Walddachsbach zu 6 Monaten Gefängniß. Die Majestätsbeleidigung richtete sich gegen den Kaiser. —

Oesterreich.

Der Reichsrath soll für Mitte September einberufen werden. —

Lemberg, 28. August. Die Polizei verbot das von den Sozialisten für heute einberufene Protestmeeting gegen den Ausnahmezustand. Auch der geplante Massenumzug durch die Stadt wurde nicht genehmigt. —

Ungarn.

Budapest, 28. August. Wie die Blätter melden, überschritten bewaffnete Rumänen bei Fundata die rumänische Grenze. Es kam zu einem heftigen Kampf zwischen den Rumänen und den Ungarn, bei welchem drei Ungarn getödtet und mehrere als Gefangene weggeschleppt wurden. Ungarn wird wegen des Vorfalls von Rumänien Genugthuung verlangen. —

Budapest, 27. August. („Frankf. Ztg.") Die den militärischen Kreisen erwünschte Vermehrung des Rekruten-Kontingents wird, angesichts der politischen Lage, derzeit unmöglich, da selbst eine provisorische einjährige Verlängerung des Wehrgesetzes schwer erreichbar ist. —

Frankreich.

Paris, 28. August. Der Untersuchungsrath gegen Esterhazy hat gestern seine Arbeiten beendigt. Nachdem das Zeugenverhör um 6 Uhr beendigt und Esterhazy entlassen worden war, konferirte der Untersuchungsrath noch bis um 10 Uhr abends. Man glaubt allgemein, der Kriegsminister werde heute seinen Entschluß fassen. Die Angelegenheit Picquart-Leblois wird in den Tagen vom 19. bis 24. September vor dem Zuchtpolizei-Gericht verhandelt werden. Monrod, der Direktor der „Revue historique", sucht in einer Zuschrift an die „Debats" zu beweisen, daß die Revision des Prozesses Dreyfus das einzige Mittel sei, um die Ordnung in Frankreich wiederherzustellen. „Debats" bemerken indeß hierzu, Monrod irre sich in seinen Bekräftigungen. —

Italien.

Rom, 26. August. (Eig. Ber.) Heute wurde in Florenz der Prozeß gegen den Deputirten Pascetti und sechs andere Genossen zu Ende geführt. Pascetti war bekanntlich in Paris zu zehn Jahren Gefängniß und zwei andere Genossen zu fünf Jahren in contumaciam verurtheilt worden. Von vier anderen, welche in Untersuchungshaft waren, wurde einer zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt und einer zu acht Monaten; zwei wurden freigesprochen. Bei allen wurde die Anklage auf Aufreizung zum Diebstahl zurückgezogen. Dies ist der letzte große Prozeß vor dem Kriegsgericht, in wenigen Tagen werden alle Ausnahmezustände aufgehoben sein. —

Mailand, 28. August. Das radikale Blatt „Secolo", welches vom Militärgericht unterdrückt wurde, ist vom 1. September ab wieder freigegeben.

Rußland.

Unter großem höfischen Gepränge wurde am Sonntage in Moskau ein Denkmal für Alexander II. enthüllt. Aus diesem Anlasse wurden in einem kaiserlichen Ukas die Verdienste des „Zar-Befreiers" um die Bauernbefreiung über Gebühr gepriesen. Um aber dieses Lob nicht als eine Anwandlung liberaler Ideen deuten zu lassen, wurden gleichzeitig in einem überaus „gnädigen" Handschreiben unter Verleihung des höchsten Ordens die Verdienste des reaktionärsten russischen Staatsmannes, des Oberprokurators der heiligen Synode, Pobjedonoszew, gepriesen. —

Türkei.

Ein kaiserliches Irade bestimmt einer Meldung der „Frankf. Zeitung" aus Konstantinopel zufolge die Entsendung einer neuen Gruppe von 20 Offizieren zum Eintritt in die deutsche Armee. —

Ueber die Metzeleien bei Musch in Armenien wird der „Frankf. Ztg." berichtet: Zwei bei Musch gelegene Ortschaften, von denen die eine 136, die andere 150 Häuser hatte, sind fast ganz vernichtet und gegen 300 Personen, darunter sehr viele Frauen, sind durch kurdische Horden in gräßlicher Weise verstümmelt und getödtet worden. Als Ursache der Metzeleien wird der Umstand angegeben, daß der Polizeichef einer der erwähnten Ortschaften von Mohamedanern in einem verrufenen Hause todt aufgefunden war, was die Kurden sofort als Anlaß zu neuen Blutthaten an den Armeniern benutzten. —

Asien.

Tschifu (chinesischer Vertragshafen an der Straße von Tschili, westlich von Weihaiwei). 27. August. („Frankf. Ztg.") Es ist das Gerücht verbreitet, daß die Russen den in der Provinz Schönkeng liegenden Vertragshafen Newschwang zu besetzen beabsichtigen. Ein englisches Kanonenboot hat sich nach Newschwang begeben, um die Bewegungen der Russen zu beobachten. Die englische Flotte unter zwei Admiralen versammelt sich in Weihaiwei. — Die Grenzregulirung hat in Kiautschou begonnen. Die Deutschen wünschen die Laushau-Werke in das deutsche Gebiet einzubeziehen. (Die Laushau-Werke befinden sich an der Nordwestküste der Halbinsel Shantung.) —

Afrika.

Kairo, 28. August. Das Kanonenboot „Zafiro" von der Nil-Expedition erhielt einen Leck und sank in der Nähe von Schendi. Alle an Bord befindlichen Personen wurden gerettet. —

Amerika.

Managua, 27. August. Die hier tagende Konvention unterzeichnete die Konstitution der Vereinigten Staaten von Zentral-Amerika, welche San Salvador, Honduras und Nicaragua umfaßt. —

Ein neuer Majestätsbeleidigungsprozeß gegen Liebknecht

war geplant. Unter den achtunddreißig Reden, die dieser in der letzten Wahlkampagne gehalten, waren auch drei im Wahlkreise Biebrich-Wiesbaden, wo Liebknecht am 22. Juni, zwei Tage vor der Stichwahl sprach. Es handelte sich dort um die Bekämpfung eines freisinnigen Gegenkandidaten, und u. a. hatte der Redner Nachdruck darauf zu legen, daß das deutsche Bürgerthum aus historischen Gründen nicht im stande gewesen, die Feudalwirthschaft zu beseitigen und die bürgerliche Freiheit zu begründen; und daß infolge dessen das deutsche Bürgerthum auch jetzt außer stande sei, die Kämpfe erfolgreich zu führen, welche uns auf dem Gebiet des inneren Verfassungslebens unzweifelhaft bevorstehen. Natürlich fehlte es nicht an einer Charakteristik des preußischen Junkerthums und der sonstigen mittelalterlichen Ueberlieferungen, mit denen Deutschland noch behaftet ist, und die wirklich moderne Kulturländer, wie England und Frankreich, sich schon seit Jahrhunderten vom Halse geschafft haben.

Beide Versammlungen, sowohl die in Biebrich wie die in Wiesbaden, verliefen trotz massenhaften Besuchs und stürmischer Begeisterung ohne jeglichen Zwischenfall in musterhafter Ordnung. Und nichts deutete darauf, daß etwas Ungeheures, sogar etwas ungeheuer Verbrecherisches geschehen war.

Ungefähr 14 Tage oder drei Wochen nach den Versammlungen erhielt der ahnungslose Liebknecht ein verdächtig aussehendes, vermittels Zustellungsurkunde ausgehändigtes Schriftstück, durch welches ihm die überraschende Kunde ward, daß das Landgericht Wiesbaden und das Oberlandesgericht Wiesbaden einen Antrag des Wiesbadener Staatsanwalts, Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung sofort zu verhaften, abgelehnt hatten. So erfreulich das letztere, so erstaunlich war das erstere. Worin sollte die Majestätsbeleidigung bestanden haben? Liebknecht's Nachforschungen in der Vorrathskammer seines Gedächtnisses waren erfolglos — er mußte warten, bis — wiederum nach Verlauf von etwa vierzehn Tagen ihm, nach einer geheimnißvollen Vorladung vor das Amtsgericht Charlottenburg, die Aufklärung ward, daß ein stenographirender Polizist in Wiesbaden ihn hatte sagen hören, die Franzosen hätten vor 109 Jahren mit dem „Königthum von Gottes Gnaden aufgeräumt; — und daß ein Staatsanwalt sich in Wiesbaden gefunden habe, der in diesen und anderen Redewendungen eine Majestätsbeleidigung erblickt. Sehr merkwürdig und wunderbar — aber was ist heute in Deutschland nicht möglich?

Liebknecht gab seine Verwunderung zu Protokoll, und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Er mußte ja warten. Wieder nach ungefähr 14 Tagen kam aus Wiesbaden eine verdächtig aussehende Zuschrift, die vermittelst Zustellungsurkunde ausgehändigt ward und die Mittheilung enthielt, daß der strafgesetzkundige Staatsanwalt in Wiesbaden die Erhebung der Anklage wegen Majestätsbeleidigung und die Anberaumung eines Termins zur Hauptverhandlung beantragt habe.

Liebknecht erwiderte nun, daß er erstens die betreffende Aeußerung in dieser Form nicht gethan habe, und daß zweitens, wenn er sie gethan, dies keine Majestätsbeleidigung sei, sintemalen das Königthum von Gottes Gnaden zwar eine Institution, aber keine Person und folglich auch keine „Majestät" sein kann.

Wiederum ungefähr 14 Tage des Wartens — und dann kam endlich der Schlußakt in Gestalt einer — wiederum vermittelst Zustellungsurkunde ausgehändigten Zuschrift des Wiesbadener Landgerichts, dahin gehend, daß der Antrag des Staatsanwalts von Wiesbaden habe abgelehnt werden müssen, sintemalen das Königthum von Gottes Gnaden und die Person irgend einer lebenden Majestät zwei verschiedene Dinge seien.

Wenn die Richter in Wiesbaden dieselben strafgesetzlichen Kenntnisse besessen hätten, wie der Wiesbadener Staatsanwalt, dessen Name uns leider im Augenblick nicht gegenwärtig ist, so säße Liebknecht jetzt in Untersuchungshaft und hätte eine zweite Auflage seines Breslauer Prozesses zu bestehen; und wenn das Reichsgericht dann ebenso urtheilte, wie bei Revision des Breslauer Urtheils, so würde er wieder 4 Monate oder noch mehr im Gefängniß zubringen müssen.

Das sind deutsche Zustände!

Das ist deutsche Freiheit und Rechtssicherheit im neuen Deutschen Reich! Und da wundert man sich, daß das Ausland unseren Patrioten nicht glauben will, wenn sie schreien: Deutschland marschirt an der Spitze der Zivilisation.

Preußische Landtagswahlen.

Auf der Kreis-Konferenz für Teltow-Beeskow und Charlottenburg

wurde die Frage der Landtagswahlen erörtert. Mehrere Resolutionen bezw. Anträge waren eingegangen. Baier äußert sich dahin, daß die Gegner der Betheiligung die Frage nicht vom Standpunkte des Hamburger Parteitages aus debattirt haben, sondern zunächst nur, ob die Freisinnigen es werth sind, von der Sozialdemokratie unterstützt zu werden und von diesem Gesichtspunkte aus die Betheiligung an den Landtagswahlen ablehnten. Er hält die Betheiligung, um die Opposition zu stärken, für nothwendig, und ist der Meinung, daß der Reaktion die zwei Mandate in diesem Kreise dadurch entrissen werden könnten. Zubeil erinnerte an das Verhalten der verschiedenen Parteien im Landtage und wirft dabei die Frage auf, inwieweit dieselben denn überhaupt zu den oppositionellen Parteien gerechnet werden könnten. Er erörterte sodann die Hamburger Parteitags-Beschlüsse und führt an, daß die Anhänger der Betheiligung an den Landtagswahlen sofort nach dem Parteitage die ihnen zur Verfügung stehende Presse benutzten, um die Resolution in ihrem Sinne umzudeuteln. Nach den Hamburger Beschlüssen sei es nicht geboten, sich in diesem Kreise an den Landtagswahlen zu betheiligen, da es unmöglich ist, die nothwendige Anzahl eigener Wahlmänner aufzustellen. Nicht einmal in Rixdorf, in dem verhältnißmäßig günstigsten Orte für die Sozialdemokratie, könnten die für die 3. Abtheilung nothwendigen Wahlmänner ausfindig gemacht werden. In mehreren Orten würde es an eigenen Wahlmännern gänzlich fehlen. Eine Unterstützung anderer Parteien hätte mit Bestimmtheit einen Rückschlag für uns bei den Reichstagswahlen zur Folge und im weiteren würden wir durch unsere Betheiligung veranlassen, daß die Unterbeamten, wovon ein großer Theil bei den Reichstagswahlen für uns stimmt, gezwungen werden, an der Landtagswahl theilzunehmen, um gegen uns ihre Stimme abzugeben. Der Redner weist sodann noch auf verschiedene andere Umstände hin, die für die Nichtbetheiligung sprechen, und meint, daß wir nicht versuchen sollen, den preußischen Landtag durch unser Eingreifen zu galvanisiren, sondern unsern Einfluß auf den Reichstag zu konzentriren. Er ersucht die Konferenz schließlich, da unsere Partei aus eigener Kraft keine Erfolge erzielen kann und keine Ursache vorhanden ist, für die Freisinnigen einzutreten und für sie Geld, Zeit und Arbeit zu opfern, eine Betheiligung an den Landtagswahlen auch in diesem Kreise abzulehnen. Köster giebt der Meinung Ausdruck, daß die Ledebour'sche Resolution nicht auf dem Boden des Hamburger Beschlusses steht und empfiehlt, von vornherein, um die Opposition nicht zu schädigen, für die Freisinnigen einzutreten. Es wäre dadurch möglich, die beiden Mandate den konservativen Reaktionären abzunehmen. John führt an, daß er Gegner der Wahlbetheiligung ist, trotzdem aber wünscht, daß der Hamburger Beschluß geachtet wird, und weil für diesen Kreis die Voraussetzungen zutreffen, die Genossen sich an den Landtagswahlen betheiligen. Lammi empfiehlt die Wahlbetheiligung insbesondere aus agitatorischen Gründen. Ledebour führt hierauf etwa folgendes aus: Die Anhänger der Wahlbetheiligung haben die Presse mit Artikeln überfluthet, während er und Zubeil als die fast einzigen Gegner keine derartige Agitation für ihre Ansicht betrieben haben, wodurch die Parteigenossen irregeführt wurden. Der Bericht der Feenpalast-Versammlung sei ganz elend abgefaßt gewesen, für einen richtigen Bericht hätte der „Vorwärts" keinen Raum gehabt und diesem Umstand sei es zuzuschreiben, daß die auswärtigen Genossen über ihn hergefallen sind.*) Wenn angeführt wurde, daß die Versammlung so schwach besucht gewesen sei, so ist das der Beweis, daß die große Masse kein Interesse daran hat und thatsächlich sei die Versammlung, in der seine Resolution angenommen wurde, von den bekannten und thätigen Berliner Parteigenossen nur besucht gewesen. Die ganze Bewegung ist nur eine künstliche Mache von Leuten, die gut sprechen und schreiben können. Dabei gehen sie auf die Details und die Gründe von den Gegnern nicht ein und die wirklichen Thatsachen werden somit vertuscht. Denn was hat es denn für einen Zweck, wenn einige Freisinnige mehr in den Landtag einziehen. Die National-Liberalen zu unterstützen, deren Hauptorgan, die „Köln. Zeitung", gegen das bestehende Reichstags-Wahlrecht eintritt, das hieße einen Reaktionär durch einen anderen zu beseitigen. In der That sind es nur die Leute an den Redaktionspulten, die für die Wahlbetheiligung eintreten. Von den Genossen selbst ist es nur eine ganz kleine Gruppe, die an den Fingern abzuzählen ist, für die Betheiligung, eine größere Anzahl gegen die Betheiligung und der größte Theil der Genossen hat überhaupt kein Interesse mehr daran und besucht die Versammlungen gar nicht. Die Meinung, die auf den Hamburger Parteitag über den Zug nach links vorhanden war und zu dem Beschluß beigetragen hat, ist durch das Verhalten des Bürgerthums geschwunden und die Parteigenossen haben durch die Wahlen eingesehen, daß sie sich arg getäuscht haben. Die Berliner Anhänger der Wahlbetheiligung hätten doch müssen auch in Berlin, schon der auswärtigen Genossen wegen, für die Betheiligung an den Landtagswahlen eintreten, statt eine mit diplomatischen Finten verklausulirte Resolution für Wahlenthaltung einzubringen. Nachdem der Redner noch auf die Ausführungen des Genossen Zubeil hingewiesen hatte, mit denen er sich völlig einverstanden erklärte ersuchte er die Betheiligung an der Wahl abzulehnen und seiner Resolution zuzustimmen. Nachdem noch ein Genosse sich geäußert, daß die Betheiligung erfolgslos sein würde, wurde die Debatte geschlossen. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der bekannten Resolution Ledebour's mit 35 gegen 17 Stimmen. Einige Genossen stimmten gegen die Ledebour'sche Resolution, erklärten sich aber im übrigen ebenfalls für die Nichtbetheiligung an den Landtagswahlen.

Die Parteikonferenz für den Kreis Ober-Barnim

beschloß nach einem Referat des Genossen Pökelmann aus Strausberg mit großer Mehrheit die Betheiligung an den Landtagswahlen in der Weise, daß in allen Urwahlbezirken, wo dies möglich ist, eigene Wahlmänner aufgestellt werden sollen; in den Urwahlbezirken, wo dies nicht möglich ist, sollen die Parteigenossen für die freisinnigen Wahlmänner stimmen. Da die Kreise Ober- und Nieder-Barnim gemeinschaftlich drei Abgeordnete wählen, wurde der Vertrauensmann beauftragt, sich mit dem Vertrauensmann von Nieder-Barnim in Verbindung zu setzen, um eine einheitliche Betheiligung herbeizuführen.

Die Kreiskonferenz für Landsberg-Soldin

beschloß die Betheiligung an der Landtagswahl unter folgenden Bedingungen: 1. Aufstellung eigener Wahlmänner, 2. Unterstützung freisinniger Wahlmänner dort, wo uns eigene Wahlmänner nicht zur Verfügung stehen.

Auf der Kreiskonferenz für Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde

lehnten die Delegirten des Kreises Jüterbog-Luckenwalde die Betheiligung mit allen gegen zwei Stimmen ab, während die Delegirten des Kreises Zauch-Belzig die Betheiligung mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen.

Auf der Kreiskonferenz für die Westprignitz

wurde, nachdem mitgetheilt worden war, daß bei der Landtagswahl im Jahre 1893 in den Kreisen Ost- und Westprignitz 419 konservativen nur 71 freisinnige Wahlmänner gegenüberstanden, folgender Antrag angenommen: „In Erwägung, daß im Kreise Westprignitz es unmöglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen, eine Verdrängung der konservativen Partei unter dem elenden Wahlsystem absolut ausgeschlossen ist, beschließt die Kreiskonferenz, von einer Betheiligung an der Landtagswahl Abstand zu nehmen."

Bei dieser Gelegenheit möchten wir bemerken, daß das Ergebniß der 1898er Wahl nicht als maßgebend dafür betrachtet werden kann, ob eine Wahlbetheiligung aussichtslos ist oder nicht, denn gerade die 1898er Landtagswahlen sind unter sehr schwacher Betheiligung der zweiten und dritten Klasse vor sich gegangen. Beispielsweise betrug die Wahlbetheiligung in Prozenten der Wahlberechtigten

im Kreise Ostprignitz:

	in der 1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse
in den Städten	50,91	35,33	13,78
auf dem Lande	48,87	25,33	10,17
in Stadt und Land	49,47	28,20	11,22

im Kreise Westprignitz:

in den Städten	53,76	29,96	12,69
auf dem Lande	36,79	17,25	7,09
in Stadt und Land	45,05	23,40	9,51

Steglitz-Friedenauer Parteigenossen

besprachen am Donnerstag in öffentlicher Versammlung die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, nachdem Genosse Massatsch aus Berlin mit einem ausführlichen Referat die Diskussion eingeleitet hatte. Nach längerer Diskussion, an der Freunde und Gegner der Wahlbetheiligung theilnahmen, wurden die zwei sich entgegenstehenden Resolutionen zurückgezogen und die Entscheidung über die Frage der Wahlbetheiligung der Kreiskonferenz anheimgestellt.

Die polnischen Parteigenossen in Berlin

debattirten eingehend die Stellungnahme zu den nächsten Landtagswahlen. Die Genossen Morawski, Merkowski und Berfus erklärten eine Betheiligung der Polen an den nächsten Landtagswahlen in Berlin für unmöglich und beantragten, sich den Beschlüssen der deutschen Genossen zu fügen. In diesem Sinne wurde einstimmig Beschluß gefaßt. —

Aus Oberschlesien.

Von einer Bewegung zu gunsten der Betheiligung an den Landtagswahlen ist unter den Parteigenossen Oberschlesiens so gut wie nichts zu merken. Diese Thatsache entspricht auch vollkommen den hiesigen Parteiverhältnissen. In keinem

---

*) Ledebour steht unseres Wissens mit seinem schroffen und abfälligen Urtheile über den Versammlungsbericht ganz allein. Sämmtliche Redakteure des „Vorwärts" waren in der Feenpalast-Versammlung anwesend und sie sind der Meinung, daß der Bericht sinngemäß alle Argumente wiedergiebt, die Ledebour vorgebracht hat. Auch aus den Reihen der Parteigenossen, die wir befragten, hat niemand eine Aussetzung bez. des Berichts gemacht. Schließlich hat auch an einem der letzten Tage eine Sitzung der Preßkommission stattgefunden, und auch da hat kein Mitglied derselben an der Wiedergabe der Ledebour'schen Rede etwas auszusetzen gehabt.

einzigen Wahlkreise Oberschlesiens kann die Wahl eines Freisinnigen in Frage kommen, zumal da die Freisinnigen selbst nicht die geringsten Anstrengungen machen, sich um ein Mandat zu bewerben. In den für die Genossen wichtigsten Kreisen ist ferner die Wahl von Zentrums-Abgeordneten absolut sicher, während sie in solchen Kreisen, wo die Kandidaten des Zentrums denen der Konservativen entgegenstehen, zu schwach sind, um etwa zu gunsten des Zentrums den Ausschlag geben zu können. Aber wenn sie das auch könnten, sie würden sich sehr bedanken, es zu thun. In dem jungsozialdemokratischen Oberschlesien ist man der Kompromißpolitik viel mehr abgeneigt, als in Gegenden mit einer älteren sozialdemokratischen Bewegung. —

Die Stellung der Erfurter „Tribüne"

zum Beschluß der Berliner Parteiversammlung vom 23. August (siehe Nr. 200 des „Vorwärts") veranlaßte unsern in Thüringen weilenden Genossen Wilhelm Liebknecht, an die Redaktion der „Tribüne" ein Schreiben zu richten, das wörtlich wie folgt lautet:

„An die Redaktion der „Tribüne" in Erfurt. In Ihrer Nummer vom heutigen Tag finde ich eine Korrespondenz aus Berlin, welche den Beschluß der Berliner Genossen hinsichtlich der Betheiligung an den Landtagswahlen in ein durchaus schiefes Licht stellt. Daß der Verfasser einen anderen Beschluß gewünscht, mache ich ihm natürlich nicht zum Vorwurf. Allein geradezu unverständlich ist seine Behauptung, die Berliner Genossen hätten sich über den Hamburger Parteitags-Beschluß hinweggesetzt. Dies ist die Wahrheit auf den Kopf gestellt. In Berlin konnte thatsächlich ohne Verletzung dieses Beschlusses gar nicht anders gehandelt werden. Eine Verletzung des Beschlusses liegt dagegen unzweifelhaft in jenen Wahlkreisen vor, wo sich Genossen entweder für die sofortige Unterstützung fortschrittlicher Wahlmänner, oder für die Aufstellung eigener Wahlmänner unter der Voraussetzung eines Kompromisses ausgesprochen haben. Dies ist eine flagrante Verletzung des Geistes und des Buchstabens des Parteitagsbeschlusses, und ein ebenso flagranter Disziplinarbruch wie die Schumacherei in Solingen. Nur keine Heuchelei und Tartüfferei! Richte man die Entrüstung an die richtige Adresse. Weimar, den 26. August 1898. W. Liebknecht."

Die „Tribüne" veröffentlicht dieses Schreiben und bringt folgende Bemerkung der Redaktion dazu:

„Wir haben den Artikel unseres Korrespondenten ohne Bedenken abgedruckt, weil wir im großen und ganzen mit seiner Auffassung einverstanden sind. Genosse Liebknecht scheint aus der Korrespondenz etwas herauszulesen, was in Wirklichkeit garnicht darin steht. Unser Korrespondent hat nicht gesagt, die Berliner Genossen hätten sich über den Hamburger Beschluß „hinweggesetzt", sondern es schien ihm die Berliner Resolution eine „Außerkraftsetzung" des Parteitags-Beschlusses zu sein. Und das will uns bei der sehr allgemeinen Fassung der Resolution, besonders bei dem Hinweis auf eine im Hamburger Beschluß garnicht angedeutete Voraussetzung über die Haltung der bürgerlichen Oppositionsparteien bei den Reichstagswahlen ebenfalls so vorkommen. Dem wollten die Genossen Heine und Arons durch ihre Resolution vorbeugen, indem sie dadurch den Wahlkreisen, die bereits die Betheiligung beschlossen hatten, nicht durch das schroff ablehnende Verhalten der Berliner die Arbeit erschweren wollten. Und daß letzteres geschieht, steht außer allem Zweifel. Wir haben den Hamburger Beschluß anders aufgefaßt wie die Berliner. Trotzdem wir im vorigen Jahr uns prinzipiell gegen die Betheiligung erklärten, haben wir uns später dem Votum des Parteitages gefügt, sagten wir uns, daß wir nun doch zunächst die Pflicht hätten, in eine energische Agitation für die preußischen Landtagswahlen einzutreten, diese terra incognita kennen zu lernen und dabei für die Partei herauszuschlagen, was nur möglich ist. Aber natürlich sind den Berlinern über ihre Nichtbetheiligung keinerlei Vorschriften zu machen. Das konnten sie halten, wie sie es für angezeigt erachteten. Dagegen nicht richtig ist die Art des Beschlusses durch Annahme der Ledebour'schen Resolution. Sie bedeutet außer der Kritik des Hamburger Beschlusses auch eine ganz mangebrachte Kritik der Wahlkreise, die bereits in die Wahlagitation eingetreten sind.

Die weiteren Ausführungen des Genossen Liebknecht über Schumacherei, Heuchelei 2c. haben auf uns keinen Bezug, sodaß sich für uns ein Eingehen darauf erübrigt."

Im dritten Berliner Landtags-Wahlkreise

sucht eine Gruppe von Freisinnigen Virchow zu verdrängen und an seine Stelle Herrn Heinz Krieger zu kandidiren.

Die welfische Partei

erklärt sich im allgemeinen für Nichtbetheiligung an der bevorstehenden Landtagswahl. Ihre Parteileitung schreibt: „Das Direktorium des hannoverschen Wahlvereins hält aus bekannten Gründen daran fest, sich von jeder Betheiligung an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause fern zu halten. Der Freiheit unserer Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen soll dadurch aber in keiner Weise vorgegriffen werden, wenn sie glauben, Aussicht auf Erfolg zu haben. Bei der Nähe des Wahltermins wird im letzteren Falle ungesäumt mit der Vorbereitung zu beginnen sein. Hannover, den 24. August 1898. Das Direktorium des hannoverschen Wahlvereins. A. v. Reden-Reden."

Die Litthauer

stellten, wie mitgetheilt wird, in den Wahlkreisen Ragnit-Pillkallen, Tilsit-Memel und Heydekrug-Niederung eigene Kandidaten für die Landtagswahlen auf.

Herr Dieden in Uerzig

wird bei den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen nicht mehr kandidiren und eine eventuelle Wiederwahl ablehnen. Herr Dieden ist bekanntlich auch das älteste Mitglied des deutschen Reichstages und dessen Alterspräsident.

Partei-Nachrichten.

Der Parteigenosse Rechtsanwalt Wolfgang Heine schreibt uns:

„Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung", die sich neuerdings wiederholt mit mir beschäftigt, behauptet in Nr. 197, ich hätte durch mein Stillschweigen die Richtigkeit ihrer Unterstellungen anerkannt.

Ich bitte die Genossen, davon Kenntniß zu nehmen, daß ich nicht daran denke, die Behauptungen der „Sächs. Arb.-Ztg." als begründet anzuerkennen, daß ich aber keine Verpflichtung fühle, auf Angriffe dieser Art überhaupt zu antworten."

Auf der Kreiskonferenz für Landsberg-Soldin, die am 28. August in Landsberg tagte und von 22 Delegirten besucht war, gab der Kreis-Vertrauensmann Kayser den Kassenbericht. Eingekommen sind (einschließlich des im Soldiner Kreis aufgebrachten) 1166,40 M., ausgegeben wurden 1107,36 M., so daß ein Bestand von 59,04 M. blieb. Der Kassenbericht wurde als richtig anerkannt und Genosse Kayser wiedergewählt. Von der Beschickung des Stuttgarter Parteitags nahm man Abstand. Als Delegirter zur Provinzialkonferenz wurde Kayser gewählt. In Beziehung auf die preußischen Landtagswahlen beschloß man, sich an denselben zu betheiligen. (Den Beschluß hierüber siehe unter der Rubrik „Preußische Landtagswahlen".) Der Konferenz wohnten auch ein Vertreter der brandenburgischen Agitationskommission und der Reichstagskandidat des Kreises bei.

Die Kreiskonferenz für die West-Prignitz, die am Sonntag in Wittenberge tagte, war von 15 Delegirten aus sieben Ortschaften besucht. Der Kreis-Vertrauensmann berichtete, daß die Gesammteinnahme 1346,33 M. und die Gesammtausgabe 1344,82 M. betrug. Die diesjährigen Wahlkosten beliefen sich auf 810,80 M., die der Nachwahl 1897 auf ca. 600 M. Die Wahlbetheiligung war schwach; die arbeitende Landbevölkerung blieb zum größten Theil der Wahlurne fern, sie wagte es nicht, für den Sozialdemokraten zu stimmen; trotzdem stieg unsere Stimmenzahl von 1708 im Jahre 1893 auf 2221, von 14,45 pCt. auf 17,52 pCt., während die Konservativen gegen 1893 rund 1000 Stimmen einbüßten. Versammlungen wurden im Kreise 13 abgehalten. Die „Brandenburger Zeitung" wird nur in ca. 100 Exemplaren gelesen. Die Kreiskonferenz stimmte daher dem Vorschlage des genannten Parteiblattes, allmonatlich eine Agitationsnummer herauszugeben, mit der Erweiterung zu, daß eine solche Nummer statt monatlich, allwöchentlich erscheinen soll, da man sich von dem monatlichen Erscheinen gar keinen Erfolg verspricht. Von der Betheiligung an der Landtagswahl nahm man Abstand. Zur Provinzial-Konferenz wurden die Genossen Weyl, Lademann und Klöhn, zum Parteitag in Stuttgart Genosse Weyl delegirt. Mit den Funktionen des Kreis-Vertrauensmannes betraute man den Genossen Lademann und bestimmte zu seinem Stellvertreter den Genossen Turban.

Die Kosten der Reichstagswahl im Wahlkreise Kiel-Neumünster-Rendsburg belaufen sich, wie auf der Konferenz in Neumünster festgestellt wurde, auf 11 739 M. Die Einnahmen waren um 1541 M. geringer. Das Defizit soll von den einzelnen Orten des Kreises gedeckt werden. Lebhafter Meinungsaustausch wurde über die Ursachen des Verlustes des Kreises gepflogen. Der Druck von oben und die Saalabtreiberei haben einen Stimmenrückgang für uns auf dem Lande zur Folge gehabt. Aber auch die Agitation und die Organisationen wurden für verbesserungsbedürftig befunden. Es soll namentlich auf dem Lande versucht werden, persönliche Verbindungen herzustellen. Die Wahlbewegung hat zwei Majestätsbeleidigungs-Prozesse gezeitigt, einen gegen den Genossen Hagenfuß in Rendsburg, den anderen gegen den Genossen Legien. Beide sollen die angebliche Strafthat durch Aeußerungen in Versammlungen begangen haben.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Aus Beuthen wird uns geschrieben: Ein Verfahren gegen den Parteigenossen Dr. Winter wegen angeblicher Uebertretung gegen §§ 10 und 41 des Gesetzes über die Presse vom 12. Mai 1851 ist, nachdem der Amtsanwalt seinen Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls zurückgenommen hat, eingestellt worden. Winter wußte von diesem Verfahren gegen sich nichts, es ist innerhalb eines Vierteljahrs das vierte (!), das gegen ihn anhängig gemacht, aber eingestellt worden ist. Jener Gesetzesparagraph betrifft den zur Vertheilung von Schriften angeblich nöthigen Erlaubnißschein.

— Mehrere Parteigenossen in Liegnitz waren vom Schöffengericht daselbst zu 15 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft verurtheilt worden, weil sie am Sonntag und zwar öffentlich Flugblätter verbreitet haben sollten. Vor einiger Zeit hatte sich die Strafkammer auf erfolgter Berufung der Angeklagten bereits mit der Sache beschäftigt und auch den Genossen Mohring, der der „Anstiftung" beschuldigt war, freigesprochen, die Verhandlung gegen die übrigen Angeklagten war zwecks Ladung weiterer Zeugen vertagt worden. Der Staatsanwaltschaft gelang es aber nicht, weiteres Material gegen die Angeklagten zu beschaffen, weshalb der Staatsanwalt nunmehr selbst die Freisprechung beantragte. Das Gericht erkannte demgemäß. Eine Entheiligung des Sonntags habe durch die Flugblattverbreitung nicht stattgefunden und da Haussure als geschlossene Räume zu betrachten seien, so liege auch keine öffentliche Verbreitung von Flugblättern vor.

— Der Parteigenosse Vogenitz in Altenburg hat eine einmonatige Gefängnißstrafe angetreten, die ihm, als Redakteur des „Wählers", wegen Beleidigung des Redakteurs der „Altenburger Landeszeitung" auferlegt ist.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Achtung, Buchbinder Deutschlands! In Christiania in Norwegen sind 200 Buchbinder ausgesperrt, weil sie einen Minimallohn von 18 Kronen forderten, was für den theuren Lebensunterhalt in Christiania nichts weniger als viel ist. Die Meister suchen Arbeitskräfte im Auslande und lassen zum theil ihre Bücher in Berlin und Leipzig binden. Die norwegischen Buchbinder bitten nun die deutschen Fachgenossen um solidarisches Verhalten.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Vom Maurerstreik in Frankfurt a. M. berichtet die „Volksstimme", daß eine Versammlung der Unternehmer es den einzelnen Unternehmern freigestellt hat, mit der Lohnkommission in Verbindung zu treten und zu bewilligen — damit ist der organisirte Widerstand der Unternehmer gebrochen. Es war ihnen auch keine Möglichkeit weiter gelassen, denn das größte Frankfurter Geschäft, Holzmann u. Co., hatte inzwischen die Arbeiterforderungen in vollem Umfange bewilligt.

Die Tischler in Zwickau beschlossen, die Lohnbewegung für beendet zu erklären; in 37 Werkstätten mit 154 Gesellen sind ihre Forderungen ganz oder theilweise bewilligt, in 26 Werkstatten mit 61 Gesellen nichts. Ueber zwei kleinere Werkstätten ist die Sperre verhängt worden. Weiter wurde die Gründung einer Zahlstelle für die in Zwickau und Umgegend befindlichen 100 Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes beschlossen. Auch ein Arbeitsnachweis soll eingerichtet werden.

Ausland.

Die Bergarbeiter des Kohlenreviers Brüx-Dux-Komotau fordern eine 20prozentige Lohnerhöhung und die achtstündige Schicht. Sie verweisen auf den sehr günstigen Geschäftsgang der Braunkohlenwerke und begehren einen entsprechenden Antheil an dem Gewinne aus der guten Konjunktur. Die Besitzer der Werke erklären, daß die deutsche Braunkohlenindustrie bisher den Achtstundentag beharrlich abgelehnt habe. Die österreichische Industrie würde absolut konkurrenzunfähig werden, wenn sie sich zu einer derartig weitgehenden Maßregel, welche in Deutschland nicht besteht, entschließen würde. Aus diesem Grunde seien die Forderungen der Arbeiter unannehmbar. (Die alte Geschichte: einer schiebt immer die Schuld auf den andern!) Nach dem in kraft befindlichen Gesetze über die Genossenschaften beim Bergbau müssen Differenzen zwischen Arbeitern und Werksbesitzern zunächst vor den Genossenschaften zur Verhandlung gelangen und von dort an das Einigungsamt gebracht werden. Das dürfte voraussichtlich auch geschehen, und es stehen demnach unter der Leitung der staatlichen Behörden Verhandlungen zwischen Arbeitern und Werksbesitzern bevor. So lange diese nicht abgeschlossen sind, ist ein Streik nicht in unmittelbarer Aussicht.

Aus Kardiff wird über den Stand des Kohlengräberstreiks telegraphirt: In einer Versammlung am Sonntage kamen die Vertreter der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter zu einer Verständigung, die noch der Ratifikation durch die Generalversammlung der Bergarbeiter bedarf.

Unternehmer-Verbände.

Die Gründung eines Streikabwehrfonds ist von dem Vorstande der Berliner Bäckerinnung „Konkordia" beschlossen worden. Eine Zusammenkunft sämmtlicher Obermeister der Bäckerinnungen der Provinz Brandenburg soll demnächst in Berlin abgehalten werden. Zweck derselben ist, über Maßnahmen gegen einen Streik der Gesellen zu berathen. Der geschäftsführende Vorstand des Verbandes deutscher Bäckerinnungen „Germania" hat zu Unterstützungszwecken der von dem Brotboykott betroffenen Hamburg-Altonaer Bäckermeister die Summe von 10 000 M. bewilligt.

Der Baumeisterverein von Göteborg hat eine Aufforderung zur Begründung eines **allgemeinen schwedischen Arbeitgeber-Verbandes** versandt. Es wurden zunächst eine Reihe verschiedenartiger Großindustrieller zu einer Versammlung berufen, die dann einen Ausschuß von 9 Mann einsetzte, der einen detaillirten Entwurf eines Verbandsstatuts und bestimmte Vorschläge ausarbeiten sollte. Dieser Ausschuß hat seine Arbeit vor kurzem vollendet, und ist der Entwurf einer größeren Versammlung Industrieller vorgelegt. Es ist in demselben auch eine gegenseitige Versicherung für Verluste durch Arbeitskonflikte vorgesehen. Schon in nächster Zeit wird eine große Versammlung zur definitiven Begründung des Verbandes berufen werden. —

Auf Anregung der Eisen- und Stahlindustriellen Schottlands hat sich in England eine **Vereinigung der Schiffbau-, Maschinenbau-, Eisen- und Stahlindustriellen** gebildet, die gegenüber den Gewerkvereinen der Arbeiter gemeinsam handeln wollen.

Soziales.

Einen „Entbehrungslohn" von 320 007 M. nach Abschreibungen von 44 856 M. erzielte im Geschäftsjahr 1897/98 die Porzellanfabrik Königszelt in Schlesien. Nach Zuweisung von 30 206 M. an Reserve- und Dispositionsfonds, sowie Gewährung von 34 296 M. Tantièmen wurden **15** pCt. Dividende vertheilt und 15 505 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Der Geschäftsbericht bemerkt, daß durch den spanisch-amerikanischen Krieg der Export nach Amerika gelitten habe.

Arbeiterrisiko. In Bad Reichenhall in Bayern ist die Schmiedewerkstätte nebst dem Ringofen der Kalkbrennerei von Strehle infolge einer Pulverexplosion in die Luft geflogen. Ein Mann ist todt, einer schwer verwundet.

Einbrechendes Geröll verschüttete auf der Maria-Grube bei Aachen drei Bergleute. Ein Bergmann wurde getödtet, einer schwer und der dritte leicht verletzt.

Auf der Grube „Eleonore" bei Klausthal stürzte der 25 jährige Bergmann Arend infolge eines Fehltrittes 180 Meter tief in den Schacht hinab. Der Leichnam wurde vollständig zerschmettert auf der Sohle des Schachtes aufgefunden.

Deutsche Auswanderung. In den Monaten Januar bis einschließlich Juni des laufenden Jahres sind über deutsche Häfen, ferner über Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam insgesammt 9998 Deutsche ausgewandert, davon 6127 aus Preußen. Seit dem Jahre 1893 ist die deutsche Auswanderung ganz bedeutend zurückgegangen. In der ersten Hälfte des Jahres 1893 wanderten 47 519 Deutsche über die genannten Häfen nach überseeischen Ländern aus, in derselben Zeit der Jahre 1894—1898: 21 252, 16 474, 17 101, 11 371 und, wie schon angegeben, 9998 im Jahre 1898.

An dem Rückgange sind die preußischen Provinzen wie folgt betheiligt:

	1898	1893
Ostpreußen	155	1 109
Westpreußen	497	4 132
Brandenburg mit Berlin	907	3 624
Pommern	435	4 015
Posen	847	5 302
Schlesien	309	1 571
Sachsen	182	1 386
Schleswig-Holstein	684	2 055
Hannover	1 082	2 984
Westfalen	203	1 318
Hessen-Nassau	264	1 457
Rheinland	557	2 468
Hohenzollern	5	56

In Bayern ging die Auswanderung in derselben Zeit von 4375 auf 923 zurück, im Königreich Sachsen von 2072 auf 485, in Württemberg von 2672 auf 534, in Baden von 1507 auf 313, in Hessen von 758 auf 130, in Mecklenburg-Schwerin von 554 auf 76, in Oldenburg von 720 auf 110, in Bremen von 462 auf 166, in Hamburg von 1205 auf 700, in Elsaß-Lothringen von 415 auf 65.

Spielkarten-Fabriken waren im Rechnungsjahre 1897 (Zeitraum vom 1. April 1897 bis 31. März 1898) innerhalb des deutschen Zollgebiets 33 im Betriebe (gegenüber 34 im Rechnungsjahre 1896), und zwar 8 in Preußen (davon je 2 in den Provinzen Sachsen und Hessen-Nassau, je 1 in den Provinzen Pommern, Hanover, Westfalen und Rheinland), in Bayern und Sachsen ebenfalls je 8, in Baden, Hessen, Mecklenburg je 2, in Württemberg, Thüringen, Braunschweig je 1 Fabrik. Im Laufe des Rechnungsjahres sind 4 772 326 Kartenspiele von 36 oder weniger Blättern und 174 506 Spiele von mehr als 36 Blättern im Inland abgesetzt und versteuert worden. 296 289 Spiele der ersteren und 760 681 Spiele der letzteren Art sind nach dem Auslande gegangen, wogegen aus dem Ausland 27 371 beziehentlich 14 066 Spiele eingeführt wurden und nach Versteuerung in den freien Verkehr getreten sind.

Spanien und Amerika.

Ministerpräsident Sagasta äußerte einem Berichterstatter gegenüber, solange die Friedensverhandlungen dauerten, sollten die Cortes sich daran genügen lassen, über den Stand der den Frieden betreffenden Fragen auf dem Laufenden gehalten zu werden, und sich nicht in unnütze gefährliche Debatten einlassen Man versichert in Madrid, die konservativen Senatoren und Deputirten würden in der bevorstehenden Parlamentssession eine ähnliche Haltung beobachten, wie in der letzten. Romero Robleda sei entschlossen, mit allen zulässigen Mitteln eine Besprechung aller auf Krieg und Frieden bezüglichen, noch nicht bekannten Fragen zu veranlassen.

Wie der „Times" aus Manila unterm 28. d. M. gemeldet wird, erhielt General Merritt Befehl, zur Theilnahme an der Friedenskonferenz sich nach Paris zu begeben.

Von der Rückkehr der spanischen Truppen. Der Kriegsminister erstattete der Königin-Regentin Bericht über die Ankunft der Schiffe „Isla de Luzon" und „Montserrat", welche Truppen in die Heimath zurückgebracht haben. Mit der „Isla de Luzon" sind heimgekehrt General Escario, 153 Offiziere und 2056 Soldaten, unter ihnen hundert Kranke. Während der Ueberfahrt traten 32 Todesfälle ein; auf der „Montserrat" befinden sich sechzig Schwerkranke. In Coruna ist das Packetboot „Montserrat" mit mehreren hundert Mann Soldaten, die in die Heimath zurückkehren, eingetroffen.

Weiteres aus Spanien. Zuverlässiger Nachricht zufolge werden die Leuchtfeuer an der Küste der Provinz Santander seit dem 17. d. M. abends wieder angezündet. Ebenso werden die Leuchtfeuer am Eingang des Hafens von Cartagena und das der Islote de Escombrera wieder angezündet; jedoch bleibt der Hafen von Cartagena nach wie vor für die Nachtzeit gesperrt.

Der Ministerpräsident Sagasta erklärte Berichterstattern gegenüber, in Spanien seien keine karlistischen Banden.

Krankheiten im amerikanischen Heere. Die „Times" melden aus New-York von gestern, der Zustand der Truppen in dem Lager erregt allgemeinen großen Unwillen; in Chickamanga herrsche der Typhus, es seien binnen 18 Stunden 100 neue Fälle vorgekommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oldenburg, 29. August. (W. T. B.) In dem Städtchen Friesoythe sind 11 Wohnhäuser und 2 Scheunen durch eine Feuersbrunst vernichtet worden; 90 Menschen sind obdachlos.

München, 29. August. (W. T. B.) Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft hielt heute hier vor Beginn des Allgemeinen deutschen Bergmannstages unter Vorsitz von Bergrath Krabler-Altenessen die diesjährige Genossenschafts-Versammlung ab. Siebzig Delegirte aus allen Theilen Deutschlands waren erschienen. Nach Erstattung des Jahresberichts und Erledigung der laufenden Geschäfte wurden bewilligt: Die Mehrkosten für den Neubau des Krankenhauses Bergmannstrost der Sektion IV in Halle (Saale) mit 250 000 M., die Kosten für einen Erweiterungsbau dieses Krankenhauses mit 285 000 M. und die Bausumme für ein Verwaltungsgebäude der Sektion IV mit 75 000 M.

Simla, 29. August. (W. T. B.) In der Präsidentschaft Bombay sind in der letzten Woche über 2300 Todesfälle an der Pest vorgekommen, darunter 156 in der Stadt Bombay selbst. Die Lage in Karratschi und Kalkutta ist unverändert. Im Staate Haiderabad ist ein neues Ausbrechen der Seuche festgestellt worden aus der Präsidentschaft Madras werden einige Todesfälle gemeldet

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobsen** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.**

Die Kreiskonferenz des Reichstags-Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg,

die am Sonntag in Berlin tagte, war von 47 Delegirten aus 17 Orten besucht. Außerdem waren anwesend: Der Abgeordnete des Kreises, der Kreisvertrauensmann und dessen Stellvertreter, die Mitglieder des Zentral-Wahlkomitees, sowie die Preß- und Lokalkommission.

In dem Bericht über die letzten Reichstagswahlen führte Genosse Zubeil an, daß es auch in Zukunft bedeutender Anstrengungen bedürfe, um den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu erhalten. Von den 134 000 eingeschriebenen Wählern haben in der Stichwahl kaum 45 pCt. für uns gestimmt, somit haben die vereinigten Gegner immer noch die Möglichkeit, uns den Kreis zu entreißen. Durch die Zusammenstellung der Stimmenzahl von den einzelnen Orten hat sich ergeben, daß mit Ausnahme von Charlottenburg in allen Orten die Freisinnigen in der Stichwahl insgesammt für den konservativen Kandidaten stimmten. Eigenthümlicherweise haben es die Gegner fertig gebracht, daß in einzelnen Dörfern über 90 pCt. der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Es müsse daher die Aufgabe der Parteigenossen sein, die Organisationen in den einzelnen Orten auszubauen, insbesondere eine rege Agitation auf dem flachen Lande zu entfalten, um die Landbevölkerung für unsere Ideen zu gewinnen. Der Redner giebt sodann seiner Befriedigung Ausdruck, daß der Kreis, trotzdem das verflossene „Volksblatt" erhebliche Opfer gefordert hatte, doch im stande war, die Wahlkosten von über 12 000 M. selbständig aufzubringen und somit auf eine Beihilfe verzichten konnte.

Köster wünscht, daß die Organisation möglichst gestärkt werde, um bei den Wahlen genügend erfahrene Genossen zur Verfügung zu haben, damit Vorkommnisse, wie sie bei der letzten Wahl zu verzeichnen sind, vermieden werden. Görke und Fritz wiesen darauf hin, daß in den westlichen Vororten das bürgerliche Element im Verhältniß zu der Arbeiterschaft mehr zugenommen hat und das Stimmenergebniß darauf zurückzuführen sei. Von Faber wurde der Wunsch geäußert, daß von den Agitationstouren möglichst abgelassen werde und dafür einzelnen Personen an den betr. Orten das Material zur Verbreitung übergeben werde.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung standen mehrere Anträge, die dem Brandenburger Parteitag unterbreitet werden sollen, zur Berathung. Zunächst stimmte die Konferenz einem Antrage der Rixdorfer Genossen zu, nach welchem der Brandenburger Parteitag beschließen möge, die Agitationskommission zu beauftragen, eine Konferenz der Gemeindevertreter resp. Stadtverordneten der Provinz einzuberufen, in der ein einheitliches Programm für die Gemeindevertretungen aufgestellt werden soll. Dann gelangte ein Antrag zur Annahme, nach dem eine Referentenliste zusammengestellt werden soll die den Vertrauensmännern in den einzelnen Orten zur Verfügung gestellt wird. Außerdem wurde beschlossen, auf dem Brandenburger Parteitag zu beantragen, daß der Kreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg und der Kreis Niederbarnim zu der Agitationskommission, in der jetzt nur die Berliner Kreise vertreten sind, hinzugezogen werden und der alte Beschluß aufgehoben wird.

Als Delegirte zum Brandenburger Parteitag wählte die Konferenz die Genossen Köster-Schöneberg, Sellin-Charlottenburg und Hoppe-Rixdorf.

Hierauf erstattete der Kreis-Vertrauensmann Genosse Eberhardt seinen Bericht. Er konnte konstatiren, daß in den organisirten Orten gut für unsere Sache gearbeitet wurde und auch die Agitationstouren einen günstigen Verlauf genommen haben. Die Einnahmen des Kreises betrugen 9704,93 M., die Ausgaben 6199,35 M., so daß ein Bestand von 3505,58 M. vorhanden ist. Nachdem dem Vertrauensmann die Entlastung ertheilt worden war, wurde als Kreis-Vertrauensmann Eberhardt und als Stellvertreter Quitt einstimmig wiedergewählt. Den Bericht der Preßkommission gab Genosse Görke. Die Neuwahl der Preßkommission, ebenso wie die der Lokal- und Agitationskommission wurde vertagt bis zu der nächsten Konferenz, die nach dem Stuttgarter Parteitag stattfinden soll.

Nach Besprechung der Landtagswahl-Frage, über die wir an anderer Stelle berichten, wurde der Stuttgarter Parteitag besprochen. Zunächst wurde ein Antrag angenommen, daß der Parteitag beschließen möge, die im Parteiverlag erscheinenden Broschüren billiger abzugeben. Sodann wurde beschlossen: Der Stuttgarter Parteitag möge in Erwägung ziehen, ob es möglich ist, den „Vorwärts" als Morgen- und Abendausgabe erscheinen zu lassen und ob derselbe vergrößert werden kann, um für die Vororte mehr Raum zu gewinnen. Im weiteren gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem der Parteitag beschließen soll, daß die wichtigsten Reichstags-Verhandlungen in Broschürenform zur Agitation herausgegeben werden, um sie in Massen unter der ländlichen Bevölkerung unentgeltlich zu verbreiten. Eine Anzahl weiterer Anträge, darunter ein Antrag Ledebour's, der die Aufhebung des Hamburger Beschlusses, die Landtagswahlen betreffend forderte, wurde zurückgezogen resp. von der Konferenz abgelehnt. Zur Delegirtenwahl lag ein Antrag der Charlottenburger Parteigenossen vor, nach welchem drei Delegirte und zwar nur Gegner der Landtagswahlen gewählt werden sollen.

Ein weiterer Antrag verlangte, daß nur zwei Delegirte nach Stuttgart gesandt werden sollen, da so sehr wichtige Anträge auf dem Parteitag nicht vorlägen und diese Zahl der Vertreter völlig genüge. Nachdem sich mehrere Redner für drei Delegirte ausgesprochen hatten, befürwortete auch Ledebour den Antrag mit der Begründung, daß der bevorstehende Parteitag einer der wichtigsten sein werde. Der Parteitag werde nicht nur über die Landtagswahlen Beschluß zu fassen haben, sondern auch energisch gegen die opportunistische Richtung, die sich in der Partei geltend macht, vorgehen müssen. Er werde zu der weiteren Taktik der Partei Stellung nehmen müssen, um endlich mit dem Opportunismus eines Bernstein, Schippel, Heine u. s. w. aufzuräumen und um den Klassencharakter der Partei zu wahren. Baier wendet sich gegen den Antrag, daß drei Gegner der Landtagswahlen delegirt werden, daß sei eine Vergewaltigung der großen Minorität. Er tritt sodann den Ausführungen Ledebour's entgegen, wobei er ausführt, daß die Partei mit und ohne Ledebour ihren richtigen Weg gehen werde und das die Sozialdemokratie auf die Redensarten Ledebour's verzichten könne. Der Antrag, nur Gegner der Landtagswahlen zu delegiren, wurde schließlich abgelehnt und Zubeil, Eberhardt, Köster und Ledebour als Delegirte vorgeschlagen. Gewählt wurde Zubeil mit 53, Eberhardt mit 48, und Köster mit 33 Stimmen, Ledebour erhielt 29 Stimmen. Als Stellvertreter wurde Hoppe gewählt, nachdem Ledebour die Wahl eines Stellvertreters abgelehnt hatte.

Beschlossen wurde dann noch, das Resultat der verflossenen Reichstagswahlen mit dem genauen Stimmenverhältniß in den einzelnen Orten und mit entsprechenden Erläuterungen zu einer Broschüre zusammen zu stellen und mit der Ausarbeitung die Genossen Zubeil, Hoppe und Görke beauftragt. Hierauf wurde die weitere Tagesordnung vertagt und nach einem Appell des Vorsitzenden Genossen Hoppe, in welchem er zur regen Thätigkeit für die Partei aufforderte, die Konferenz mit einem kräftigen Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen.

Fünfter Verbandstag des Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes Deutschlands.

Mannheim, 27. August.

Im weiteren Verlaufe der Berathung wurde beschlossen, daß die Mitgliedschaften anstatt wie bisher 30 pCt., nur noch 25 pCt. von den Wochenbeiträgen am Orte zurückbehalten dürfen und 75 pCt. an die Hauptkasse abzuliefern haben. Ebenso wurde beschlossen, anstatt einen, zwei besoldete Beamte anzustellen. Die Diäten für Kongresse, Verbandstage und Agitationstouren werden auf 9 M. pro Tag festgesetzt.

Die nächsten Debatten beschäftigten sich mit dem Verhaltungsreglement für abreisende und auf der Reise befindliche Mitglieder, der Errichtung von Arbeitsnachweisen und dem Herbergswesen und brachten keine nennenswerthe Neuerung.

In Beziehung auf den im nächsten Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongreß wurde beschlossen, denselben mit der dem Schneiderverband nach seiner Mitgliederzahl zustehenden Zahl von Delegirten zu beschicken. Ein Antrag Braunschweig, an die Generalkommission keine Beiträge mehr zu bezahlen, wurde abgelehnt.

Der Sitz des Vorstandes wird in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 2 Stimmen von Flensburg verlegt. In geheimer Abstimmung wird sodann zum künftigen Sitz des Verbandsvorstandes mit 17 Stimmen Stuttgart bestimmt. Der Verbandsausschuß wird nach Mannheim verlegt.

Die Haltung des Verbandes bei zukünftigen Streiks wird durch ein abgeändertes Streikreglement bestimmt, welches besagt, daß bei allen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern die Betheiligten unter Zuziehung der Ortsverwaltung eine Verständigung suchen sollen. Mißlingt diese, so hat eine Mitgliederversammlung mittels Stimmzettels über einen eventuellen Streik zu entscheiden. Es darf nur dann in einen Streik eingetreten werden, wenn mindestens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder dafür stimmen. Dem Verbandsvorstand und -Ausschuß muß unverzüglich Mittheilung gemacht werden, auf grund deren dieselben zu prüfen haben, ob Aussicht auf erfolgreiche Durchführung des Streiks vorhanden ist. Derjenige Ort, der gegen den Entscheid des Vorstandes und Ausschusses einen Streik beginnt, hat auf keinerlei Unterstützung zu rechnen. Bezüglich der Unterstützung nichtorganisirter Kollegen übernimmt der Verband keinerlei Verpflichtung.

Zur Regelung des Unterstützungswesens wird beschlossen: Die Reise-Unterstützung ist das ganze Jahr hindurch zu zahlen. Mitglieder, welche wegen Maßregelung umzuziehen gezwungen sind, erhalten die Umzugskosten bis zur Höhe von 30 M. vergütet. Ferner wird insofern eine Beihilfe in Krankheitsfällen eingeführt, als die Mitglieder bei einjähriger Mitgliedschaft 4 Wochen lang je 3 M., bei zweijähriger 6 Wochen lang je 4, bei dreijähriger 8 Wochen lang je 5, bei fünfjähriger 10 Wochen lang je 6 und bei zehnjähriger Mitgliedschaft 12 Wochen lang je 7 M. Unterstützung in der Woche erhalten. Bei den weiblichen Mitgliedern reduziren sich die Unterstützungssätze je nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft auf 2, 3, 3,50, 4 und 4,50 M.

Der Gehalt der Beamten des Vorstandes wird auf 36 M. in der Woche festgesetzt. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Holzhäuser wiedergewählt. Als Kassirer wird an stelle Mahlke's, der es ablehnt, nach Stuttgart überzusiedeln, Kämming-Stettin gewählt.

Nach Verlesung und Genehmigung des abgeänderten Statuts und des Protokolls war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schloß den Verbandstag mit einem Hoch auf die deutsche Schneiderbewegung.

Lokales.

Radrennen. Es ist unleugbar, daß der Radsport sich gegenwärtig beim großen Publikum Sympathieen errungen hat, hinter denen das Interesse für Pferderennen weit zurücktritt. Im großen ganzen kann man das nicht bedauern. Beim Radrennen fällt die systematische Quälerei unvernünftiger Wesen weg, ebenfalls ist die Gefahr für menschliche Individuen, sich Verletzungen zu holen, nicht so groß, und drittens kommt als schätzenswerther Vorzug in betracht, daß die Geschicklichkeit der Fahrer das Hauptaugenmerk der Zuschauer bildet und nicht, wie beim Pferdesport, der Wettunfug, der auf der Radfahrbahn überhaupt keine Stätte hat. Als ein ethischer Vorzug galt bisher noch, daß für die Radrennen keine bis an die Hunderttausende gehende Preise ausgesetzt waren und so dessen Pflegestätten von gewissen Kavalieren, die ihre brüchige Existenz in jeder Saison durch ihre Gäule auffrischen lassen, vollständig befreit blieben. Mit solcher Bescheidenheit scheint es allerdings jetzt bergab zu gehen, und zwar ist dieser „Fortschritt" wesentlich dem geschäftlichen Bestreben eines bekannten Sensationsblattes zu danken, welches, ohne sich selber die Geschichte etwas anderes als Druckerschwärze kosten zu lassen, einen „Großen Preis von Berlin" zusammenzutrommeln wußte, der am Sonntag zur ersten Hälfte auf der Halenseer Rennbahn zur Vertheilung kam. Geradezu komisch war die Kraftanstrengung, mit der man Fahrer und Publikum auf die 35 000 Mark, die im ganzen garantirt sind, lecker zu machen wußte. Am Sonntag vor acht Tagen war es in der Konkurrenz mit Franzosen dem deutschen Preisfahrer Herrn Arend auf einer anderen Rennbahn gelungen, einen recht erheblichen Gewinn einzuheimsen. Flugs wurde der Patriotismus mobil gemacht. Das Sensationsblatt setzte seiner gläubigen Leserschaar auseinander, wie der „Große Preis" gewissermaßen bestimmt sei, dem deutschen Namen, der doch überall in der Welt unbändig glänze, nunmehr auch auf der Rad-Rennbahn an die gebührende erste Stelle zu plaziren. Nun ist aber der deutsche Name gerade in bezug auf den Radsport von einer merkwürdigen Marotte geplagt; er weigerte sich hartnäckig, hier die Tête einzunehmen. Dies trat besonders augenfällig bei dem Vorspiel hervor, das bereits am Sonnabend in Halensee zu sehen war. Die Vorrennen lassen vier Ausländer, Bourillon-Paris, Jaquelin-Paris, Eros-Florenz, Broka-Brüssel und nur den einen Deutschen Arend der Betheiligung würdig erscheinen. Flugs werden in der Sonntagsnummer des Sensationsblattes andere Saiten aufgezogen. Ein bekannter Reklameprosaist, der sich vor anderthalb Jahren durch seine wahrhaftige Lebensbeschreibung des Pianisten Liebling von diesem baare tausend Mark und in der Oeffentlichkeit mehr Würdigung als ihm lieb ist, erworben hat, kriegt nunmehr den Auftrag, die Sphärentöne der Weltharmonie erklingen zu lassen. Er besingt „nichts anderes nämlich als das allgemeine Gewissen, das jeder Menschenbrust kategorisch innewohnende Gefühl des Gefallens am Sieg des Rechts — das Bewußtsein, daß nach langem Suchen in dem Radrennen endlich eine Form, ein Feld gefunden ist, in der und auf dem menschliches Können allein und voll zum Triumph zu gelangen vermag". Diese hirnumnebelnde Kraftleistung muß es dem armen Arend vollends angethan haben. Im Entscheidungslauf am Sonntag ward der Franzose Bourillon Erster, sein Landsmann Jaquelin Zweiter, während der Träger des deutschen Namens erst nach dem Belgier Broka an letzter Stelle kommt.

Wie wird das unsinnige 24 Stunden-Rennen, das am 7. und 8. September um die zweite Hälfte des großen Preises vor sich geht, für seine Opfer auslaufen? Hatte am Sonntag schon die Aussicht auf verhältnißmäßig harmlose Leistungen eine ungeheure Zuschauermenge herangelockt, so wird dieser fast an römische Gladiatorenspiele erinnernde Spektakel erst recht seines Publikums sicher sein. Leider ist die Pflege solcher Auswüchse geeignet, den Radsport fast ebenso häßlich zu gestalten wie den Pferdesport.

Mit den Vorbereitungen zur Bildung von Handwerkerkammern geht neuerdings die Behörde nach verschiedenen Richtungen hin vor. In Zusammenhang damit darf man eine Anfrage des Polizeipräsidiums in Berlin an den hier bestehenden Zentralverband selbständiger Gewerbetreibender bringen. Es soll ermittelt werden, in wie weit Handwerkerorganisationen und einzelne Handwerker dem Verbande und den Verbandsvereinen angehören. Die Behörde will ferner wissen, ob die Handwerker Innungen angehören, Lehrlinge halten oder offene Geschäfte betreiben.

Unangenehme Erfahrungen bei Benutzung einer Arbeiter-Wochenkarte machte kürzlich ein Arbeiter, der auf der Eisenbahnstrecke Baumschulenweg—Schlesischer Bahnhof verkehrt. In der Meinung, daß er seine Wochenkarte auch nach 8 Uhr morgens benutzen dürfe, trat er eines Tages seine Fahrt mit einem nach 8 Uhr von Baumschulenweg abgehenden Zuge an, was von dem dortigen Kontrollbeamten auch ohne weiteres zugelassen wurde. Da man ihn also in Baumschulenweg ungehindert passiren ließ, so glaubte der Fahrgast natürlich, daß er ein unzweifelhaftes Recht zur Benutzung des betreffenden Zuges habe. Um so größer war sein Erstaunen, als ihm die Beamten auf dem Schlesischen Bahnhof erklärten, seine Wochenkarte habe nach 8 Uhr keine Giltigkeit, er müsse das Fahrgeld nachzahlen. Der Arbeiter, in der Meinung, die Beamten auf dem Schlesischen Bahnhof seien im Irrthum, verweigerte die Zahlung, seine Person wurde auf der Polizeiwache festgestellt, und jedenfalls steht ihm wegen dieses Vorfalles ein Strafverfahren in Aussicht. Als der Arbeiter ein zweites Mal wieder nach 8 Uhr von Baumschulenweg abfahren wollte, theilte er dem dortigen Kontrollbeamten sein Erlebniß auf dem Schlesischen Bahnhof mit und fragte ihn, wie es sich denn mit der Benutzung der Wochenkarte verhalte. Man antwortete ihm ausdrücklich, er sei zur Fahrt auch nach 8 Uhr auf grund seiner Wochenkarte berechtigt und müsse auf dem Schlesischen Bahnhof durchgelassen werden. Der Arbeiter trat auch diesmal wieder im Bewußtsein seines Rechtes die Fahrt an, aber auf dem Schlesischen Bahnhof wiederholte sich derselbe Vorgang wie das erste Mal.

Nach unseren Informationen gelten die Arbeiter-Wochenkarten auf der Stadt- und Ringbahn sowie auf der Vorortstrecke Grunewald—Königswusterhausen — und dazu gehört auch die Station Baumschulenweg — nur bis 8 Uhr vormittags und nach 4 Uhr nachmittags, während sie im sonstigen Vorortverkehr auch zu anderen Zeiten benutzt werden dürfen. Es ist aber im höchsten Grade befremdlich, daß dies die Beamten auf der Station Baumschulenweg nicht wissen. Nur durch die unzutreffende Information, welche dem Fahrgast auf dieser Station zweimal ertheilt wurde, ist derselbe in die unangenehme Lage gegenüber den Beamten auf dem Schlesischen Bahnhof gerathen. Die zuständige Eisenbahnbehörde möge also ihre Unterbeamten so instruiren, daß eine Irreführung des Publikums, wie sie in diesem Falle zu verzeichnen ist, nicht mehr vorkommen kann. Man kann doch von den Fahrgästen nicht verlangen, daß sie die verschiedenen Bestimmungen hinsichtlich der Wochenkarten besser kennen, wie die betreffenden Beamten. Noch einfacher wäre es, wenn diese Ausnahmebestimmung für die erwähnten Strecken überhaupt beseitigt würden, denn schließlich findet kein Mensch mehr aus all diesen Verordnungen heraus.

Eine vorzügliche Münzfälschung, welche zu besonderer Vorsicht bei der Annahme von entsprechenden Thalern warnt, ist jetzt entdeckt worden. Das Falsifikat, ein Thaler aus dem Jahre 1855, zeigt das Münzzeichen A und das sächsische Wappen. Die Prägung ist scharf und genau und durch eine geschickte Härtung des Metalls ist Klang und Gewicht den echten Münzen täuschend ähnlich gemacht. Da sich auch beim Anfassen des Geldstückes dieses nur wenig von einem echten Thaler unterscheidet, so ist eine Kontrolle nur mit dem Münzprüfer möglich. Beim Bestreichen mit Höllenstein wird bei dem Falsifikat die berührte Stelle schwarz, was bei Silber nicht der Fall ist. Ebenso übt Höllenstein, längere Zeit auf der Münze liegend, an derselben eine zersetzende Wirkung aus.

Durch einen leichtsinnigen Streich hat ein hiesiger Bahnbeamter sich und seine Familie unglücklich gemacht. Bei dem Besuch einer Gastwirthschaft in der Invalidenstraße lernte der betreffende Beamte G. eine Kellnerin kennen, mit welcher er ein Verhältniß anknüpfte und welcher gegenüber sich G. den Namen Hartke beilegte. Unter diesem falschen Namen schrieb er nicht nur Briefe an die Kellnerin, sondern er sandte ihr auch ein Telegramm und ließ sich 50 M. Als nun das Mädchen ihr Geld zurückhaben wollte, ließ sich G. nicht mehr sehen, und eine Anfrage bei der Eisenbahndirektion nach dem betreffenden Beamten war erfolglos. Durch einen Zufall erhielt jetzt die Kellnerin die Nachricht, daß der Bräutigam ein im Güterverkehr beschäftigter Beamter namens G. sei, der das dem Mädchen gegebene Versprechen, es heirathen zu wollen, schon deswegen nicht zu halten vermag, weil er bereits verheirathet und Vater von zwei Kindern ist. Die Betrogene hat der Staatsanwaltschaft Mittheilung gemacht und Strafantrag gestellt. G. hat eine Anklage wegen Führung falschen Namens, Urkundenfälschung und Heirathsschwindelei zu erwarten.

Die Unterschlagungsaffäre bei der königl. Eisenbahn-Direktion am Schöneberger Ufer ist nun vollständig geklärt. Danach hat der verstorbene frühere Kassenrendant L. Unterschlagungen in Höhe von 23 000 M. begangen, die von der Reichskasse gedeckt werden müssen.

Allmälig gesunken. Der Sohn einer in der Königstadt wohnenden, dortselbst sehr bekannten und angesehenen Familie H. wurde vorgestern als Leichenfledderer verhaftet. Der sehr begabte junge Mann, der bei seinen Eltern eine gute Erziehung genossen, hatte trotz der angewandten Strenge nicht Lust, einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen, trieb sich vielmehr in Gemeinschaft mit gleichgesinnten Freunden in Gastwirthschaften umher. Als seine Eltern drohten, ihn nach Amerika schaffen zu wollen, verließ er das Haus seines Vaters und trieb sich seitdem auf der Straße umher. Der noch nicht 21 jährige junge Mensch verschaffte sich nunmehr eine Braut, die ihn ernähren mußte. Gleichzeitig unterhielt er Verkehr mit Verbrechern, ganz besonders mit dem bekannten Leichenfledderer Karl Müller, welcher in der vorigen Woche verhaftet wurde. Der junge H. hatte bei diesem Freunde so vorzügliche Schule gemacht, daß am Sonnabend auch seine Verhaftung wegen Leichenfledderei erfolgte.

Als gute Freunde und getreue Nachbarn haben sich die Laubenkolonisten auf dem Felde beim Güterbahnhof der Nordbahn erwiesen. Auf Betreiben eines Hausbesitzers in Weißensee wurde einem der ihrigen die ganze Ernte des „Gütchens", sowie eine Ziege, 4 Kaninchen und Gartengeräth einer Miethsschuld wegen versteigert. Die übrigen Kolonisten brachten nun in der stattgehabten Auktion alles an sich und gaben alles nach beendeter Versteigerung der Frau des Schuldners, eines in der Grünthalerstraße wohnhaften Arbeiters, wieder zurück.

Aus Furcht vor Strafe hat sich am Sonntag Abend der 48 Jahre alte Schneider Rudolf Weber erhängt. Seine Wirthsleute fanden ihn, als sie von einem Ausflug um 12 Uhr nachts heimkehrten, an einer Waschleine in der Küche hängend, todt auf. Weber wurde durch Habsucht zum Verbrechen und zum Selbstmord getrieben. Obgleich er von Hause aus vermögend war und außerdem gute Arbeit hatte, so bestahl er doch seinen Schlafgenossen, den Hausdiener Oertel, zur Nachtzeit wiederholt, indem er dem Schlafenden das Geld aus den Kleidern herausnahm. Weber hatte infolge einer Anzeige fünf solcher Diebstähle eingeräumt.

Mit drei Schüssen versuchte die 31 Jahre alte Wäschenähterin Marie Lehmann aus der Stephanstraße 17 ihren Jugendgeliebten, den 28jährigen Reisenden Franz Ulrich aus der Ackerstraße 153, in ihrer Wohnung am Sonntag Abend um 8 Uhr zu tödten. Der Beweggrund war verschmähte Liebe. Ob die That mit seinem Einverständniß geschehen ist, läßt sich nicht klar beurtheilen. Die Lehmann hatte die Absicht, erst ihren Geliebten, dann sich selbst zu erschießen, verlor aber bei Ausführung der That den Muth und rannte, bevor sie die Waffe auf sich selbst richtete, händeringend und um Hilfe rufend aus der Wohnung hinaus. Ulrich wurde mit dem Kopp'schen Rettungswagen nach dem Krankenhause Moabit gebracht, die Lehmann verhaftet.

Einen bösen Verlauf nahm eine Landpartie, welche am Sonntag ein in der Brunnenstraße wohnender Kaufmann R. mit fünf Freunden unternahm. Die jungen Leute fuhren auf einem Break nach Birkenwerder und befanden sich gegen 8 Uhr abends auf der Rückfahrt nach Berlin. Kurz vor Waidmannslust brach das Gefährt mitten durch und die sämmtlichen Insassen stürzten auf das Pflaster der Chaussee. R., der die Zügel führte, wurde von dem

scheugewordenen Pferd etwa 20 Meter weit geschleift und erlitt hierbei erhebliche Verletzungen am Hinterkopf und an den Beinen. Die übrigen Fahrgäste kamen sämmtlich mit leichten Kontusionen davon.

Ein ganz gleichartiger Unglücksfall ereignete sich zu derselben Zeit in der Bahnhofstraße in Hermsdorf. Hier brach ein von drei Herren und zwei Damen besetzter leichter Jagdwagen auseinander. Die Insassen desselben blieben jedoch zum theil unverletzt, zum theil erlitten sie leichte Kontusionen.

Schwer verunglückt ist am Sonnabend der 24jährige Strafgefangene Oskar Lehmann, der im Rüdersdorfer Gefängniß wegen eines Sittlichkeitsvergehens eine achtmonatige Strafe zu verbüßen hat. Er befand sich mit anderen Gefangenen auf Arbeit, brach auf einem Heuboden durch und stürzte so unglücklich hinab, daß er außer mehreren Wunden an der rechten Seite eine Gehirnerschütterung davontrug. Ein Aufseher mußte ihn einem Berliner Krankenhaus zuführen.

Vergiftet und erhängt. Das 32 Jahre alte Dienstmädchen Laura Richter, das schon sieben Jahre bei dem Kaufmann G. in der Kastanien-Allee 57 in Stellung ist, beging am Sonnabend Selbstmord. Die Herrschaft war vor 14 Tagen nach einem sechswöchigen Aufenthalt im Seebade nach Hause zurückgekehrt. Die Richter, die während der Abwesenheit der Dienstherrschaft zu Verwandten beurlaubt wurde, hatte in dieser Zeit einem Kinde das Leben geschenkt. Obgleich sie das Kind in aller Stille in Pflege gegeben hatte, war das Ereigniß doch im Hause bekannt geworden. Aus Scham über ihr Verhalten beschloß die Richter, sich das Leben zu nehmen. Zuerst nahm sie Gift zu sich und erhängte sich dann, als die Wirkung des Giftes zu lange auf sich warten ließ. Herr G., der noch wach war, hörte ein starkes Röcheln, lief in die Mädchenkammer und konnte das Mädchen noch rechtzeitig abschneiden. Er holte einen Arzt der Rettungsgesellschaft zu Hilfe, der das schwerkranke Mädchen in einem Lückschen Wagen nach dem Lazarus-Krankenhause bringen ließ. Dort schwebt die Richter zwischen Tod und Leben.

Furchtbar verbrannt wurde am Sonnabend Abend um 8 Uhr das 21 Jahre alte Dienstmädchen Anna Guhse in den Zelten Nr. 3. Dort sollte Geflügel abgesengt werden, und die Flamme war schon etwas zu klein geworden. Ein Mitmädchen goß ungeachtet aller bereits ergangenen öffentlichen Mahnungen aus einer Flasche neuen Spiritus in die Pfanne. Dabei explodirte die Flasche und der brennende Inhalt ergoß sich über den ganzen Oberkörper der Guhse. Inmitten heller Flammen eilte sie hinaus und brach alsbald zusammen. Nachdem die Flammen erstickt waren, wurde sie in sehr bedenklichem Zustande nach einem Krankenhause gebracht. Theile von Haut und Fleisch hingen ihr am Leibe herunter.

Einen schlimmen Ausgang hatte in zwei Fällen das unvorsichtige Umgehen mit einem Revolver. Bei einem Ausfluge kehrte am Sonntag Morgen der 18 Jahre alte Zimmermann Karl Seiffert aus der Prenzlauer-Allee 31 bei dem Gastwirth Mewes in Französisch Buchholz ein. Der Sohn des Wirthes spielte mit einem vermeintlich nicht geladenen Revolver, den er abdrückte. S. that ihm dies nach, als beim dritten Mal ein Schuß krachte und die Kugel ihm durch die linke Hand fuhr. Er mußte nach einem Berliner Krankenhause gebracht werden. Dort fand auch am Sonnabend Abend der 21jährige Schneider Robert Meister Aufnahme, der im Begriff stand, nach der Beendigung eines Kursus auf der Schneider-Akademie zu den Eltern zurückzukehren. Er wohnte mit einem Freunde in der Friedrichstraße 65 a; beide wollten ausgehen, der Freund warf beim Umkleiden einen Revolver auf den Tisch; eine Patrone ging los und traf M. in den Hals. Erheblich verwundet wurde er durch einen Kopp'schen Rettungswagen abgeholt.

Gestohlenes Fahrrad. Das Polizei-Präsidium theilt mit: In Leipzig hat ein junger Mann am 4. d. M. ein Fahrrad in Gasthäusern zum Kauf angeboten und hierbei verlauten lassen, daß er dasselbe in Berlin gestohlen hätte. Der Eigenthümer des Fahrrades — Remmaschine „Bremabor" mit schwarz lackirtem Gestell, gelben Felgen, vernickelten Speichen und stark gebogener Lenkstange mit schwarzen Griffen, die Pedale ohne Gummi mit Remmhaken, braunem Sattel, im Rahmen mit einer braunen Segeltuchtasche und ohne Nummer — wolle sich während der Vormittagsstunden auf dem Polizei-Präsidium Zimmer 36 einfinden.

Verlaufen hat sich am Sonntag Abend gegen 6 Uhr in der Gegend der alten Taverne in Stralau die kleine fünfjährige Gertrud Kunstmann, Memelerstr. 68 wohnhaft. Die Kleine hatte ein blaues Kleid und schwarze Strümpfe an und trug eine Matrosenmütze. Diejenigen, die über den Verbleib des kleinen Mädchens etwas angeben können, werden gebeten, den Eltern davon Mittheilung zu machen.

4220 Mark im Grunewald verloren. Von einem großen Verluste ist der Klaviermacher M. in der Frankfurter Chaussee betroffen worden. Derselbe machte am Sonntag, den 14. August, mit seiner Familie einen Ausflug nach dem Grunewald und die Frau nahm aus Furcht vor Dieben ihr gesammtes Vermögen im Betrage von 4220 M., in Zeitungspapier gewickelt, mit. Auf dem Wege von Bahnhof Grunewald über Schildhorn nach den Pichelsbergen ist der ganze Schatz verloren gegangen. Es waren zwei Packete in Zeitungspapier gewickelt. Das eine enthielt die Lebensversicherungs-Police des Verlierers mit sämmtlichen Quittungen. Das andere Packet enthielt: 2 Tausendmarkscheine Nr. 1668/58 C und Nr. 1999,33 D; 21 Hundertmarkscheine, von denen folgende Nummern bekannt: 0 253 969 A; 0 454 299 B; 0 577 110 D; 1 148 341 B; 1 122 879 C; 1 119 876 D; 1 830 347 C; 0 501 234 C; 0 737 811 A; 1 137 726 A; 0 235 042 C; 0 338 939 A; 0 338 938 A; 0 338 929 A. Ferner 1 Fünfzigmarkschein und 70 Mark in Gold. Der Betroffene sichert sowohl dem Finder, als auch eventuell demjenigen, der ihm zur Wiedererlangung des Verlorenen behilflich ist, hohe Belohnung zu. Die Adresse des Verlierers ergiebt sich aus den Papieren, kann auch im General-Fundbureau, Charlottenstr. 93, erfragt werden.

Unglücksfälle. In der Schönhauser Allee gerieth am Sonntag Abend der 11jährige Sohn des Hausdieners Kessel unter die Räder eines Pferdebahnwagens und trug einen Bruch beider Oberschenkel davon. — Vor dem Hause Brunnenstraße 159 lief abends der Hausverwalter Treptow gegen einen Wagen der elektrischen Straßenbahn, gerieth unter die Räder und trug schwere Verletzungen an den Unterschenkeln davon. — Am Sonnabend Mittag wurde in der Müllerstraße der Kassenbote Ostermann durch einen Geschäftswagen überfahren und so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten starb. — An demselben Tage wurde der 13 Jahre alte Sohn des in Charlottenburg wohnhaften Arbeiters Schrafhirt durch einen Wagen der Straßenbahn an beiden Beinen überfahren und ihm dabei der linke Oberschenkel völlig zermalmt. — Der 27 Jahre alte Arbeiter Franz Kahlow aus der Anklamerstr. 24, der einen verkrüppelten rechten Fuß hat, bestieg am Sonnabend Abend gegen 7 Uhr in der Kaiser Wilhelmstraße einen bereits besetzten Wagen der Pferdebahn. Er sprang wieder herunter und wurde in diesem Augenblick von einem Bierwagen gefaßt. Die Räder gingen ihm über das verkrüppelte Bein und brachten ihm einen schweren Unterschenkelbruch bei. Er mußte von der Polizei nach einem Krankenhaus geschafft werden. Die unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende unverehelichte G. wurde am Sonntag Abend in der Wohnung ihrer Eltern in der Steinmetzstraße erhängt aufgefunden.

Ein großes Schadenfeuer auf einem Neubau in der Warschauerstraße verursachte Montag Nachmittag von 3 Uhr an der Wehr viel Arbeit. Das Baugrundstück Parzelle 6, Nr. 26 ist im Rohbau fast vollendet, und die innere Ausrüstung war bereits ein gut Stück gefördert. In einem großen Parterreraum des linken Seitenflügels lagerten ca. 2000 Meter Putzrohr, das zum Verputzen der Decken und Wände dienen sollte. Dieses Putzrohr hatte um die angegebene Zeit Feuer gefangen, das die unteren Räume mit rasender Schnelligkeit in ein Flammenmeer verwandelte und die nur gelichteten, aber noch nicht verputzten Decken bis zu der obersten Etage durchschlug. Die im vierten Stock beschäftigten Putzer geriethen hierdurch in eine kritische Lage. Es gelang ihnen zwar, noch über die Treppen bis zum ersten Stock herabzueilen, doch war ihnen hier der Weg durch die Flammen abgeschnitten. Es blieb ihnen keine Wahl, als durch die Fenster auf den Hof herabzuspringen, was ihnen auch ohne Beschädigung gelang. Die mittlerweile in einer Stärke von fünf Löschzügen erschienene Wehr ging mit mehreren Schlauchleitungen vor und brachte das Feuer zum Stehen. Doch sind alle fünf Stockwerke des linken Seitenflügels in drei Fenster Front und außerdem noch zwei Zimmer des Vorderhauses ausgebrannt, so daß der Schaden bedeutend ist. Ueber die Brandursache wird behauptet, daß zwei Knaben kurz vor Ausbruch des Feuers mit dem Putzrohre gespielt und dieses vielleicht angezündet haben.

Straßensperrung. Aus Anlaß der am 1. September ds. Js., vormittags 8½ Uhr, auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von 7½ Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Belle-Alliancestraße und die Lichterfelderstraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach dem Einmarsch derselben in die Stadt nicht befahren werden. Der Betrieb der Pferdebahn- und Omnibuslinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen (insbesondere auch in der Friedrichstraße) mit dem Beginne des Ausmarsches der Truppen (etwa von 6½ Uhr ab) bis zur Aufhebung der Absperrung eingestellt bew. eingeschränkt oder abgelenkt.

Zur Lokalliste. Der Theaterverein „Deutsche Eiche" veranstaltet am 3. September in der „Konkordia", Andreasstraße, der Vergnügungsklub „Union" am 11. September in der Oddfellow-Loge, Alte Jakobstraße 128, ein Vergnügen. Da beide Lokale schon seit Jahren gesperrt sind, werden die Genossen ersucht, ihnen angebotene Billets zu diesen Veranstaltungen zurückzuweisen.

Die Lokalkommission.

Feuerbericht. Eine große Reihe Alarmirungen hatte die Wehr von Sonnabend Abend bis Montag zu verzeichnen. In zwei Tischlerwerkstätten und zwar Kaiserin Augusta-Allee 27 und Nannynstr. 3 waren Schadenfeuer am Sonnabend ausgebrochen, die aber auf ihren Herd beschränkt blieben. Sonntag früh 8 Uhr brannten Ritterstr. 8 Kleidungsstücke. Bald darauf mußten Reichenbergerstr. 155 auf dem Hofe lagernde brennende Putzlappen abgelöscht werden. Immanuelkirchstraße 39 hatten sich Preßkohlen entzündet, während Oranienstraße 168 in der Räucherkammer eines Schlächters Fleisch- und Wurstwaaren durch Feuer zerstört wurden. Gegen Abend ging in der Ravenéstraße ein Posten Stroh hinter einem Zaune in Flammen auf. Sebastianstr. 46 erfolgte ein Zimmerbrand, der Möbel und Gardinen einäscherte. Preßkohlenbrände waren Insterburgerstr. 20 und Lottumstr. 13 zu beseitigen. Montag früh wurde ein Brand aus Königstr. 59 gemeldet, der Möbel beschädigte. Mittags 12½ Uhr ging Stephanstr. 49 ein Theil der Dachkonstruktion in Flammen auf; hier trat eine Dampfspritze in Thätigkeit. Eine Stunde später brannte Leipzigerstraße 84 ein Ballon mit Säure, doch wurde erheblicher Schaden nicht verursacht. Gegen 5 Uhr war Claudiusstr. 10 ein Zimmerbrand abzulöschen, bei dem Möbel stark beschädigt wurden.

Aus den Nachbarorten.

Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde. Am Dienstag, den 30. d. M., hält der Arbeiter-Bildungs-Verein eine Versammlung bei Gerth, Tempelhof, Dorfstraße, ab, in welcher ein Vortrag über „Organisation und Agitation" auf der Tagesordnung steht. Um zahlreichen Besuch und pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Die Prozesse der Spandauer Bürger am „Weinberg" gegen den Charlottenburger Magistrat wegen der Entwerthung und Versumpfung ihrer Ländereien durch die dort angelegten Rieselfelder sind sämmtlich von Erfolg gekrönt worden. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, mit allen ferner noch als Geschädigte auftretenden Grundbesitzern gütliche Einigung anzustreben. Zur Verhinderung weiterer Schädigungen soll ein großer Absangegraben erbaut werden, dessen Baukosten auf ca. 1.2 Million Mark geschätzt werden.

Die Lehrerbesoldungsfrage hat jetzt endlich auch in Köpenick nachdem die Regierung zweimal die von den dortigen Stadtverordneten festgesetzte Besoldungsordnung wegen des zu niedrig bemessenen Grundgehalts (1200 M.) nicht bestätigt hatte, ihre Lösung dadurch gefunden, daß in der letzten Stadtverordneten-Versammlung mit geringer Mehrheit das seitens der Regierung geforderte Grundgehalt von 1300 M. bewilligt worden ist, nebst 200 M. Alterszulage und 400 M. Wohnungsgeld. Die Minorität der Stadtverordneten hatte nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß die Stadt Köpenick zu einer solchen Erhöhung des Grundgehalts nicht in der Lage sei und es deshalb auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen solle.

Das Befinden der Frau Marie Ewald, die in der Nacht zum 14. d. M. in der Goethestraße zu Charlottenburg von ihrem Mann einen Messerstich in den Hals erhielt, hat sich im Krankenhause soweit gebessert, daß sie bereits durch eine Gerichtskommission im Krankenhause hat vernommen werden können. Sie hat die bereits gemeldeten Thatsachen bestätigt. Ihr Ehemann, der in der Untersuchungshaft Zeit zum Nachdenken hat, giebt als Grund für die That Eifersucht an. Er glaubt, dadurch wahrscheinlich die Zubilligung mildernder Umstände zu erlangen. Frau Ewald wird voraussichtlich innerhalb 14 Tagen geheilt entlassen werden können.

Zu gunsten der im Bau begriffenen Lungenheilstätte in Belzig findet am Mittwoch, den 31. August, im Zoologischen Garten ein Wohlthätigkeitsfest statt. Das Konzert beginnt um 4 Uhr und sind Billets à 75 Pf. in allen Filialen der Herren Löser u. Wolff zu haben.

Gerichts-Zeitung.

„Ostern naht, die Juden zapfen wieder Christenblut ab." Unter dieser Ueberschrift erschien am 23. Februar d. J. im „Deutschen General-Anzeiger" ein Artikel, in welchem unter Hinweis auf einen Vorfall, der sich an der russischen Grenze abgespielt haben sollte, die Behauptung, daß immer noch Ritualmorde stattfänden, aufrecht erhalten wurde. Wenige Tage darauf brachten Berliner Blätter eine Notiz, wonach der „Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" wegen des erwähnten Artikels gegen den Verleger Sedlatzek und den Redakteur Dewald vom „Deutschen General-Anzeiger" Strafanzeige zu erstatten beabsichtige. Genannter Verein unterließ indessen wohl wegen der Bedeutungslosigkeit des „D. G.-A." die Anzeige. Auch der „Vorwärts" übernahm seinerzeit die Notiz aus der bürgerlichen Presse, fügte aber hinzu, daß die Warnung vor den angeblichen Ritualmorden „blödsinnig" sei. Wegen dieses Ausdrucks hatten Verleger und Redakteur des „D. G.-A." gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Blattes August Jacoby die Privatklage angestrengt. Gestern fand vor dem Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsrichters Schlesier die Verhandlung statt.

Der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Ulrich, versuchte die Stellung seiner Mandanten zur Judenfrage wissenschaftlich zu begründen. Wohl in Ermangelung ausreichenden Materials beendete er seine Rede mit der Bemerkung: „Ich kenne zwar den Bildungsgrad des Angeklagten nicht, setze aber voraus, daß er von dem beleidigenden Inhalt des Begriffs „blödsinnig" überzeugt ist. Er beantragt, dem Beklagten eine möglichst „hohe" Strafe aufzuerlegen, wenn auch von einer Freiheitsstrafe abzusehen sei. Man müsse bedenken, daß es in Berlin wohl heute noch „rückständige", in der Kultur zurückgebliebene Juden gebe, die fähig seien, die in dem Artikel des „D. G.-A." geschilderten Handlungen zu begehen, und daß es seinen Mandanten völlig „ernst" war, wenn sie in dem Artikel eine dahingehende Warnung erließen. Sedlatzek schließt sich in etwas unverständlicherer Weise diesen Ausführungen an, während Dewald auf Befragen des Präsidenten zu Bemerkungen keinen Anlaß findet.

Der Vertheidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, führt aus, daß es angesichts des wieder aufgetischten Märchens von den Ritualmorden schwer sei, keine Satire zu schreiben, der Ausdruck „blödsinnig" möge vielleicht ein wenig zu scharf sein, aber eine scharfe Abfertigung und Zurückweisung sei im vorliegenden Falle gewiß am Platze. Im übrigen finde er es seltsam, daß ein Mann wie der Kläger Sedlatzek, der, wie er selbst zugiebt, schon des öfteren wegen Preßvergehen vor Gericht zitirt wurde, in einer solchen Streitfrage von dem sonst in der Presse üblichen Brauch abweicht und zur Beleidigungsklage greift. Wenn man die Angriffe gegen den „Vorwärts" in der antisemitischen Presse verfolgte, so werde man entdecken, daß diese Blätter keineswegs in der Angriffsform zurückhaltend seien; freilich entspricht es nicht dem Geschmack eines jeden Redakteurs, deserhalb zu klagen. Auch seien die Kläger gar nicht berechtigt, die Klage anzustrengen, dies sei vielmehr Sache des Verfassers des fraglichen Artikels. Er beantrage, über diese Frage Beschluß fassen zu wollen. Wie aber auch der Gerichtsbeschluß ausfallen möge, jedenfalls sei die zulässig geringste Strafe eine genügende Sühne. Der Angeklagte wendet sich auf Befragen des Vorsitzenden gegen den Vertreter der Kläger, indem er bemerkt, es sei keine große Findigkeit dazu erforderlich, um in dem Worte „blödsinnig" je nach den Umständen, wie es gegen Personen angewendet werden, eine Beleidigung zu entdecken. Er halte den Versuch, den die klägerische Partei gemacht habe, um die in der Judenfrage beliebte Schreibweise des D. G.-A. zu rechtfertigen, für völlig verunglückt. Ob mit oder ohne Ritualmord, derartige unqualifizirbare Angriffe gegen das Judenthum seien in dem „D. G. A." an der Tagesordnung. Er wolle das Wort „blödsinnig" vor dem Richter nicht wiederholen, wer aber in der Presse einen derartig wüsten Ton anschlägt, der habe keine andere Kritik verdient.

Der Gerichtshof hielt eine Beleidigung für vorliegend und zwar seien die beiden Kläger berechtigt, Strafantrag zu stellen. Die Form, die der Angeklagte in seiner Kritik angewendet habe, sei nicht zulässig. Der Ausdruck „blödsinnig" ist in diesem Falle als eine arge Beschimpfung anzusehen. Die Kläger werden als sich ihrer Handlungen nicht bewußt, mit Irrsinnigen, Blödsinnigen ꝛc. auf eine Stufe gestellt. Dem Angeklagten könne auch der Schutz des § 193 nicht zugute kommen, da er mit der jüdischen Gemeinschaft in diesem Falle in keinem Zusammenhange stehe. Der Gerichtshof habe aber angenommen, daß der Angeklagte nur seinen Standpunkt vertreten wollte. Dies gehe daraus hervor, daß er in der inkriminirten Notiz gleichzeitig von einem „Jüdischen Denunziantenverein" spricht. Die letztere Wendung, die ebenfalls eine Beleidigung enthalte, richtet sich somit konsequent gegen religiöse Befehdungen überhaupt. Aus all' diesen Gründen ist von einer hohen Bestrafung dem Wunsche der Kläger gemäß abgesehen worden. Das Urtheil lautete auf 50 M. Geldstrafe oder 5 Tage Gefängniß. Auch wurde den Klägern Publikationsbefugniß im „Vorwärts" und dem „D. G.-A." zugesprochen.

Eine exemplarische Strafe für die Rohheit des Messerstechens verhängte die fünfte Ferien-Strafkammer gestern über den noch jugendlichen Schlosser Willy Thiele. In der Nacht zum 31. Januar war in der Arends'schen Brauerei in Moabit Tanzvergnügen, an welchem u. a. der Tischler Gärtig mit seiner Braut und seinem Bruder theilnahm. Als das Brautpaar das Tanzlokal verlassen hatte und sich nach Hause begeben wollte, stieß es in der Stromstraße auf eine Gruppe von vier jungen Männern und wurde von einem derselben dermaßen angerempelt, daß das junge Mädchen an ein Haus flog. Als es hierüber zum Wortwechsel kam, zog der Angeklagte Thiele, der zu der Gruppe gehörte, ein Messer und veranlaßte dadurch das Mädchen zu Hilfe rufen. Nun eilte der Bruder Gärtig herbei, bei dessen Erscheinen die vier jungen Leute es für gerathener hielten, die Flucht zu ergreifen. Gärtig hatte bei dem Vorfall seinen Hut vom Kopf verloren und da er vermuthete, daß ihn der in den Garten der Arends'schen Brauerei entflichende Thiele an sich genommen, nahm er mit seinem Bruder die Verfolgung des Thiele auf. In dem ziemlich dunklen Garten drehte sich der Angeklagte plötzlich nach seinen Verfolgern um und brachte dem einen einen tiefen Messerstich an der Hand bei, während er dem andern das Messer mit aller Wucht in die Schulter jagte. Beide mußten in das Krankenhaus Moabit geschafft werden. Der an der Hand Verwundete konnte, nachdem die Wunde genäht worden, entlassen werden, sein Bruder aber hatte ein dreizehnwöchiges Krankenlager durchzumachen, da er eine fast sechs Zoll tiefe Wunde in der Achselgegend davongetragen hatte und sich mehreren Operationen unterwerfen mußte. Das Schöffengericht hatte es für angezeigt erachtet, den Angeklagten für diese Rohheit zu einem Jahre Gefängniß zu verurtheilen und ihn sofort in Haft zu nehmen. Der Verurtheilte legte Berufung ein und versuchte im gestrigen Termin seine Handlungsweise als einen Akt der Nothwehr hinzustellen. Der Versuch mißglückte. Der Staatsanwalt hielt es nicht für angebracht, die Strafe irgendwie herabzumindern und bekundete seine Ansicht dahin, daß man der in Berlin überhand nehmenden Messerstecherei nur dadurch wirksam begegnen könne, daß man grundsätzlich jeden Messerstich mit einem Jahre Gefängniß ahnde. Auch der Gerichtshof glaubte, daß die von dem Angeklagten bewiesene Rohheit eine milde Beurtheilung nicht verdiene, und verwarf deshalb die Berufung.

Eine sonderbare Geburtstagsfeier hatte sich der Kaufmann Emil Frank ausgedacht, der gestern wegen arger Mißhandlung und Bedrohung seiner eigenen Ehefrau vor dem Schöffengericht zu erscheinen hatte. Der schon bejahrte graubärtige Angeklagte, der mit seiner Ehefrau nicht im besten Einvernehmen lebt, beging am 19. April seinen Geburtstag und erhielt als Angebinde von seiner Frau ein Päckchen Tabak und ein Fläschchen mit Nordhäuser. Die Art, in welcher ihm diese Gaben dargebracht wurden, scheint ihn auf den Gedanken gebracht zu haben, daß in der Flasche mit Nordhäuser eine Anspielung beleidigender Art liegen solle, denn er gerieth plötzlich in eine unbegreifliche Wuth und verursachte eine häusliche Szene, die aller Beschreibung spottet. Zunächst zwang er die Frau, den Nordhäuser selbst zu trinken, dann drang er auf sie ein und mißhandelte sie in empörender Weise. Wie die Frau behauptet, hat sie der Angeklagte auf ein Bett geworfen, mit einem Strick festgebunden, ihr kaltes Wasser über den Kopf gegossen und mit einem nassen Scheuerlappen auf sie losgeschlagen. Er soll ihr auch eine Flüssigkeit ins Gesicht gegossen haben, so daß sie heftige Schmerzen an den Augen verspürte, und schließlich unter Drohworten ein Rasirmesser ergriffen und gedroht haben, das Beispiel „Jacks des Aufschlitzers" an ihr zu wiederholen. Er hat dann auch der geängstigten Frau gegenüber das Rasirmesser in einer Weise in Anwendung gebracht, deren Erörterung den Ausschluß der Oeffentlichkeit nothwendig machte. Der Angeklagte bestritt alle diese Beschuldigungen und behauptete, daß er sich nur veranlaßt gesehen habe, seine ihm ungetreue Frau zu züchtigen. Die Angaben der Ehefrau wurden durch die Wahrnehmungen der Nachbarinnen, denen sie sich unmittelbar nach dem Vorfalle gezeigt, dermaßen bekräftigt, daß ihnen der Gerichtshof vollen Glauben schenkte. Der Staatsanwalt beantragte nur eine Geldstrafe von 90 M., der Gerichtshof glaubte aber bei dem ganzen Verhalten des Angeklagten eine Geldstrafe von vornherein ausschließen zu müssen und erkannte auf drei Monate Gefängniß.

Björnson kontra Münchener „Neueste Nachrichten". Das Amtsgericht I in München hat, wie wir bereits kurz mittheilten, die Klage Björnson's gegen den Chefredakteur der „Neuesten Nachrichten" Mordtmann wegen Beleidigung zurückgewiesen. Die „Neuesten Nachrichten" hatten den bekannten Brief Björnson's an Zola in heftigen Ausfällen gegen Björnson und dessen Gewährsmann besprochen, die die Wahrheit der vom Reichskanzler gemachten Bemerkungen in Zweifel zogen. Sie hatten Björnson vorgeworfen, daß es im „höchsten Grade geschmacklos sei, in der Privatunterhaltung gefallene Bemerkungen politisch auszunutzen, um sich den Anschein einer wer weiß wie unterrichteten Person zu geben", daß er „die größte Sensationslüsternheit bekundet" und durch derartige, rein auf Sensation und Skandal berechnete Mittheilungen der französischen Hetzpresse Stoff zugeführt habe. Die Nachricht habe sich auf den ersten Blick als Erfindung und Sensationsmacherei gekennzeichnet und die ganze Erzählung sei als Schwindel zu brandmarken. Björnson fühlte sich durch diese Artikel beleidigt, insbesondere durch den Vorwurf, aus niedrigen Motiven unwahrer

Weise und wider besseres Wissen gehandelt zu haben, und erbot sich für die Richtigkeit aller seiner Behauptungen den Wahrheits-Beweis anzutreten. Die interessante Begründung der Zurückweisung der Klage durch das Amtsgericht sagt, nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.", wörtlich: „Daß zu den Berufsaufgaben des Redakteurs einer politischen Zeitung u. a. gehöre, politische Tagesereignisse und Nachrichten in seinem Blatte zu erörtern, geeigneten Falles auch der Kritik zu unterstellen, daß daher der Redakteur, der solche Angelegenheiten in seinem Blatte bespreche, so lange er die durch die Angelegenheit sachlich gezogene Grenze nicht überschreite, ein berechtigtes Interesse verfolge und daß derartige Preßäußerungen über politische Angelegenheiten nur dann strafbar sein würden, wenn sie das sachliche Gebiet verlassen, in den persönlichen Angriff übergehen und die Absicht verfolgen, zu beleidigen; daß die Tendenz der erwähnten Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" offenbar nicht die eines persönlichen Angriffes des Privatklägers, sondern sachlicher Besprechung der von ihm gebrachten Mittheilung ist, daß allerdings dem Privatkläger persönlich der Vorwurf gemacht wird, es sei geschmacklos, eine Privatunterhaltung politisch auszunützen, es sei dies geschehen, um Aufsehen zu erregen, Aergerniß zu geben, die Mittheilung sei unrichtig, beruhe auf Schwindel ꝛc.; daß jedoch bei Erörterung der thatsächlichen Grundlage des Briefes des Privatklägers an Zola die Besprechung der Person des Urhebers dieses Briefes und seiner Motive zur Veröffentlichung nicht wohl unterlassen werden konnte, da Privatkläger selbst die Mittheilung über ein Privatgespräch des Reichskanzlers mit Professor von Leubach in die Oeffentlichkeit getragen hat und für die Richtigkeit seiner Mittheilung persönlich eingetreten ist, sich daher wird gefallen lassen müssen, daß die Kritik aus seiner Persönlichkeit ihre Gründe schöpft; daß auch aus der Form der Aeußerungen des Angeschuldigten das Vorhandensein einer Beleidigung nicht hervorgehe, hiernach aber dem Angeschuldigten der Schutz des § 193 des R.-Str.-G.-B. nicht versagt werden könne." — Björnson hat Beschwerde gegen diesen Beschluß eingereicht.

Versammlungen.

Die Vorstände der Berliner Orts-Krankenkassen hielten am Freitag in der Berliner Ressource eine Versammlung ab, um zu der vom preußischen Handelsminister erlassenen Verfügung Stellung zu nehmen. Anwesend waren in der Versammlung 45 Vorstände von den Berliner und 3 von den Orts-Krankenkassen der Vororte, sowie die Vertreter des Verbandes der Orts-Krankenkassenbeamten. Der Magistrat, der als Aufsichtsbehörde eingeladen war, war nicht vertreten. In der Verfügung, um die es sich handelt, wird bekanntlich behauptet, daß vielfach von den Vorständen oder Generalversammlungen der Orts-Krankenkassen mit den Angestellten der Kassen willkürlich verfahren werde, indem diese namentlich anläßlich der Neuwahl des Vorstandes ohne Grund entlassen würden, um andern, zum theil ungeeigneten Personen Platz zu machen. Es wird darin sodann verlangt, daß mit den Angestellten der Kassen Dienstverträge abgeschlossen werden, in denen die Bestimmungen vorzusehen sind, daß eine Kündigung der Angestellten durch den Vorstand nur bei grober oder wiederholter Verletzung der Dienstpflichten zulässig ist und in vorkommenden Streitfällen ein Schiedsgericht oder die Aufsichtsbehörde hierüber entscheiden soll.

In der Diskussion, an der fast sämmtliche vertretenen Kassen betheiligt waren, wurde die Verfügung besonders nach zwei Richtungen hin und zwar ob die darin enthaltenen Behauptungen den Thatsachen entsprechen und ob der Minister an und für sich berechtigt sei, den Kassen Vorschriften zu machen, wie sie in der Verfügung enthalten sind, behandelt. Von sämmtlichen Rednern wurde angeführt, daß in ihren Kassen die vom Minister bezeichneten Zustände nicht vorhanden sind und geordnete Verhältnisse bezüglich der Beamtenanstellung vorherrschen. Während die meisten Kassenvertreter bekunden konnten, daß die Vorstände mit den Kassenbeamten im guten Einvernehmen zusammenarbeiten, wurde von einigen aber auch ausgeführt, daß dies nicht überall der Fall ist. Von diesen Rednern wurde behauptet, daß dies auf das Verhalten der Beamten zurückzuführen sei, die sich vielfach als alleinige Verwalter der Kasse aufspielten und dem Vorstand wenig Beachtung schenken. In diesen Kassen seien von den früheren Vorständen Verträge mit den Beamten abgeschlossen worden, nach welchen eine Entlassung fast unmöglich ist und dadurch der Vorstand den Beamten machtlos gegenübersteht. Nach den Ausführungen einzelner Redner wird von den Kassenbeamten eine Anstellung auf Lebensdauer angestrebt, was nach den bisherigen Erfahrungen für die Kassen nicht vortheilhaft ist. Es gelangte ein Rundschreiben des Rendanten von der Orts-Krankenkasse der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher zur Verlesung, welches an sämmtliche Beamten der Kassen gerichtet ist und in dem aufgefordert wird, nebst den Angaben über geringe Gehälter u. s. w. auch alles Material zu sammeln, das geeignet ist, die Anstellung der Beamten auf Lebensdauer herbeizuführen. Allgemein wurde es verurtheilt, daß die Kassenbeamten, denen wie jeder anderen Berufsklasse das Recht zusteht, für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten, sich an den Minister mit Petitionen wenden, statt mit den Vorständen der betreffenden Kasse bezw. Mitgliedern zu verhandeln. Nach Ansicht mehrerer Redner schädigen sich die Beamten durch dieses Vorgehen selbst, indem sie der Behörde Material zur Beseitigung der Selbstverwaltung in den Kassen verschaffen und damit durch die event. Anstellung von Militäranwärtern ihre bisherige Stellung gefährden. Von den Vertretern des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen und Berufsgenossenschaften wurde zu den Ausführungen der Kassenvorstände die Erklärung abgegeben, daß der Vorsitzende des Verbandes, Herr Prinz, der bereits vor einigen Jahren sich an sämmtliche Ministerien mit diesen Petitionen gewandt hat, von der Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg auch zur Einsendung dieser Petition an den preußischen Handelsminister nicht ermächtigt war. Auch die Mitglieder der Bezirksgruppe befürchten wie die Kassenvorstände, daß ein derartiges Vorgehen zu Angriffen auf das Selbstverwaltungsrecht ausgenützt werden kann. Die in der Petition ausgesprochenen Angaben sind für Berlin nicht zutreffend und könnten sich nur auf die Provinz beziehen. Allerdings seien auch in Berlin noch mehrere Kassen vorhanden, wo zu kurze Kündigungsfristen bestehen und die sehr geringen Monatsgehälter von 75, 90 und 100 Mark bezahlt werden. Die Beamten wollen nicht, wie angeführt wurde, wie und als Kommunalbeamte angestellt werden, sondern erstreben nur, daß in allen Kassen mit den Beamten eine entsprechende Kündigungsfrist vereinbart wird und den Beamten auskömmliche Löhne zugesichert werden. Sie wollen dieses nicht durch Petitionen an die Aufsichtsbehörde erzielen, sondern sie haben eine Kommission gewählt, die event. mit den betreffenden Kassenvorständen in diesen Angelegenheiten verhandeln soll.

Nach der sehr langen Diskussion wurde von der Versammlung das Bureau beauftragt, dem Minister und dem Magistrat folgende Resolution zu übermitteln: „Die am 26. August in Berlin tagende Versammlung der Vorstände der Ortskrankenkassen Berlins und Vororte verwahrt sich gegen den Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen, welche durch die Verfügung vom 9. Juli und die Anordnung des Berliner Magistrats vom 28. Juli cr. versucht wird und erklärt, daß die Anstellung der Kassenbeamten durch den Vorstand und Generalversammlungen selbst ohne Einmischung der Aufsichtsbehörde zu erfolgen hat."

Zum Schluß der Versammlung wurde noch gewünscht, daß alle die Kassen gemeinsam interessirende Vorkommnisse der Zentralkommission der Berliner Orts-Krankenkassen mitgetheilt und von dieser die sich nothwendig machenden Schritte eingeleitet werden.

Die Bauarbeiter hielten am Sonntag Nachmittag bei Feuerstein eine Versammlung ab, in der Roack über „die nothwendige Taktik in unserm Lohnkampf" referirte. Das Ergebniß des Vortrages und der lebhaften Diskussion war die Annahme der folgenden Resolution: „Die heutige Versammlung der organisirten Bauarbeiter Berlins und Umgebung erklärt eine Aufbesserung der wirthschaftlichen Lage der Bauarbeiter dringend geboten. Um aber ein planmäßiges, Maurern und Bauarbeitern nützliches Vorgehen zu ermöglichen, hält es die Versammlung für nothwendig, auf grund von Vereinbarungen folgende Grundsätze bei allen, der Solidarität entspringenden Arbeitsniederlegungen festzulegen: 1. Wenn bei einer Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter auf die Solidarität der Maurer gerechnet werden soll, so ist schon vorher eine Verständigung beider Gruppen herbeizuführen. 2. Die Sperre durch die Maurer kann nur dann für berechtigt gelten, wenn sie von der Lohnkommission der Bauarbeiter sanktionirt worden ist. 3. Eine gleichzeitige Arbeitsniederlegung der Maurer und Bauarbeiter darf nicht stattfinden. Die nichtstreikenden Kollegen haben so lange wie möglich zu arbeiten, um dadurch einen Druck auf die Unternehmer ausüben zu können. 4. Wird der gesperrte Bau durch arbeitswillige Bauarbeiter besetzt, so müssen die Maurer zu gunsten unserer Berufskollegen ebenfalls die Arbeit niederlegen, wenn ein derartiger Antrag von den Streikenden gestellt wird und die Lohnkommission die Nothwendigkeit dieses Schrittes einsehen. 5. Bei jedem selbständigen Vorgehen sind die Kollegen auch selbst haftbar und beschließt nur eine Versammlung, ob eine Unterstützung gewährt werden kann. 6. Die Unterstützung wird nach gegenseitiger Vereinbarung beider Kommissionen auf grund des Streikregulativs beider Korporationen geregelt und ist bei jedem außergewöhnlichen Fall in den Versammlungen Bericht zu erstatten." Roack stellt den Antrag, das Vertrauensmänner-System aufzuheben, da die Lohnkommission diese ersetze. Gutsch warnte davor, Kongreßbeschlüsse aufzuheben. Robert erwidert, so lange die Lohnbewegung im Gange sei, habe die Lohnkommission die ganze Arbeit und der Vertrauensmann sei überflüssig. Josef Schmidt verlangt, da sich doch die Lohnkommission nicht selbst revidiren dürfe, wenigstens Revisoren. Die Lohnkommission erklärt, zur Zeit der Abrechnung werden in einer Versammlung auch die Revisoren gewählt werden. Darauf wird der Antrag, das Vertrauensmänner-System aufzuheben, angenommen. Roack verwahrt sich energisch gegen Verleumdungen. Er wird mit Heinemann zusammen einstimmig in die Lohnkommission gewählt. Roack beantragt ferner, ein zweites Kommissionsmitglied in die Geschäftsleitung zu senden, da er selbst immer unterwegs sein müsse. Es wird der Lohnkommission überlassen, einen zweiten Geschäftsleiter aus ihrer Mitte zu wählen. Heinemann beschwert sich über die primitive Beleuchtung der Bauten vor Tag, die sehr viele Unfälle herbeiführe. Reunthaler meint, erst müßte eine feste Organisation vorhanden sein, dann könnten die Bauarbeiter auch gegen Mißstände vorgehen. Gutsch beantragt, 1000 M. dem Hauptvorstand für Unterstützung der auswärtigen im Lohnkampf stehenden Kollegen zu überweisen. Gegen zwei Stimmen wird der Antrag angenommen. Roack legt verschiedene fragliche Unterstützungsgesuche vor, die der Kommission zur Erledigung überwiesen werden. Beyer nimmt dann eine Aeußerung zurück, da Roack dem Wahlverein des zweiten Reichstags-Wahlkreises angehöre und auch eifrig für die Partei gearbeitet habe. Ebenso nimmt Roack eine Aeußerung gegen Beyer zurück. Es wird darauf hingewiesen, daß die Organisation im Wachsen sei, 2500 Karten seien ausgegeben. Wenn aber Beschlüsse durchgeführt werden sollten, müßte noch eifrig agitirt werden. Zuletzt wird mitgetheilt, daß die Lohnkommission der Maurer zur Entsendung eines Kollegen aufgefordert habe, um gemeinsam berathen zu können.

Eine öffentliche Versammlung der Glasschleifer Berlins nahm am 22. d. M. Stellung zu dem in Berlin stattfindenden internationalen Glasarbeiter-Kongreß. Genosse Buck-Stralau hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung dieses Kongresses und empfahl, denselben zu beschicken. Gewählt werden als Delegirte Meilchen und Girbig.

Folgende Anträge sollen dem Kongreß zur Berathung vorgelegt werden: 1. Der Kongreß möge über Mittel und Wege berathen und beschließen, wie ein Arbeitsnachweis auf internationalem Wege zu schaffen und zu regeln ist. 2. Der Kongreß möge beschließen, dahin wirken zu wollen, daß die Organisation in den verschiedenen Ländern es als ihre erste Aufgabe betrachte, für eine gänzliche Abschaffung der Sonntagsarbeit in unserem Industriezweige zu sorgen. Ferner wurde das unsolidarische Verhalten der ehemaligen Kollegen in der jetzigen Genossenschaft gegeißelt, weil sie es fertig brachten, während des Streiks die Arbeit für Koch u. Bein fertig zu stellen.

Stuckateure. Montag, den 22. August, tagte im Lokal „Bismarckshöhe" zu Charlottenburg eine Versammlung der Stuckateure Berlins (Zentralverband). Reicher Beifall lohnte Dr. Joël für seinen Vortrag über die „Vorzeit der Erde". Hierauf wurden den Chemnitzer Kollegen, welche sich im Streik befinden, auf Antrag des Kollegen Kerber 100 M. gesandt.

Maler und Lackirer. In der am Dienstag, den 23. August, stattgefundenen kombinirten Versammlung der Filialen Berlins referirte Mark über den Provinzialtag zu Potsdam. Er konstatirte, daß die Organisation in der Provinz Brandenburg bedeutend an Mitgliedern zugenommen habe, namentlich in den Städten Brandenburg, Eberswalde und Potsdam. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Mitglieder der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, deren Sitz in Berlin ist, wurden auch für das nächste Jahr in ihren Aemtern bestätigt. Nach einem Referate Link's und eingehender Diskussion, in der die Kollegen Nikolai, Nowusch, Buttgereit, Höfs und Mark im Sinne des Referenten sprachen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

In Erwägung, daß die Arbeitslosen-Unterstützung, abgesehen von deren humanitären Charakter, die Stabilität des Mitgliederstandes in den einzelnen Organisationen in hohem Maße garantirt, und in der weiteren Erwägung, daß durch diese Unterstützung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessernd eingewirkt werden kann, indem das Angebot der arbeitslosen Hände unter den jeweilig geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, wenn auch nicht vollständig beseitigt, so doch ganz bedeutend vermindert wird, erkennt die heutige kombinirte Versammlung der Filialen Berlins in diesem Unterstützungszweige einen bedeutenden, ja nothwendigen Förderer der gewerkschaftlichen Organisationen. Die heutige Versammlung legt deshalb der in Mainz im Oktober tagenden Generalversammlung die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung dringend nahe, um die gewerkschaftlichen Organisationen in dem immer schwieriger werdenden wirthschaftlichen Kampfe achtunggebietender und damit widerstandsfähiger zu gestalten."

Zu Delegirten zur Generalversammlung wurden Mark, Link und Rautenhaus gewählt.

Steglitz-Friedenau. Donnerstag tagte in den Kaiserhallen eine Volksversammlung mit dem Thema: „Die preußischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie" (s. die Rubrik Landtagswahlen). Alsdann erläuterte Genosse Scharnberg seinen Antrag zur Brandenburger Provinzialkonferenz, betreffend die geregelte, in bestimmten Zeitabständen erscheinende Ausgabe sozialistischer aufklärender Schriften. Zu Delegirten für die Kreiskonferenz wurden die Genossen Fritsch, Scharnberg und Kutscher gewählt. Die Abrechnung des Wahlkomitees ergab eine Einnahme von 288 M., eine Ausgabe von 214,30 M., mithin einen Ueberschuß von 73,70 M., welcher bereits an den Kreisvertrauensmann abgeführt wurde.

Witterungsübersicht vom 29. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	761	SW	3	bld. bed	14	Haparanda	756	S	2	wolkig	12
Hamburg	761	WSW	5	heiter	13	Petersburg	763	SO	1	Dunst	12
Berlin	762	S	2	heiter	12	Cork	760	SW	5	Regen	16
Wiesbaden	765	SW	4	bld. bed	14	Aberdeen	757	SW	2	wolkig	13
München	767	W	4	wolkig	12	Paris	—	—	—	—	—
Wien	762	NW	3	bedeckt	15						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. August 1898.

Wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolkig bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Oeffentliche Versammlungen

der sozialdemokratischen Parteigenossen und -Genossinnen Berlins

am Dienstag, den 30. August, abends 8½ Uhr

in folgenden Lokalen:

1. Kreis: **Cohn's Festsäle, Beuthstraße 20.**
2. Kreis: **Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.**
3. Kreis: **Brochnow's Salon, Sebastianstraße 39.**
4. Kreis: **Stechert, Andreasstraße 21.**
5. Kreis: **Brauerei Bötzow, Am Prenzlauer Thor.**
6. Kreis: **Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.**

Tages-Ordnung:

1. Die Brandenburger Konferenz und die Landagitation. 2. Diskussion. 3. Wahl von Delegirten.

Zu zahlreichem Besuch laden ein 214/2

Die Vertrauenspersonen.

4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 31. August, abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlung

in Sanssouci, Kottbuserstrasse 4a.

Tages-Ordnung:

Unsere Todten und was hat das Proletariat von ihnen zu lernen? Referent Reichstags-Abg. **Fritz Zubeil.** 215/19*

Die Vertrauensperson.

Rabatt-Sparverein „Norden."

Da der gesammte Vorstand der unterzeichneten Kommission gegenüber sein Amt niedergelegt hat, so sieht dieselbe sich veranlaßt, den Mitgliedern und Lieferanten mitzutheilen, daß vom

Mittwoch, den 31. August ds. Js. ab

die **Geschäftsstelle des Vereins** sich

Brunnenstrasse 165, Hof I.

befindet. Dieselbe ist geöffnet von **vormittags 9—12 Uhr** und **nachmittags von 3—5 Uhr**, und werden dort **sämmtliche** Geschäfte ordnungsmäßig, wie bisher, erledigt.

Die Auszahlung der Spargelder findet nur in dringenden Fällen und zwar in den Nachmittagsstunden von 3—5 Uhr statt.

Am Donnerstag, den 1. September d. J., abends 8½ Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22—29:

Außerordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Geschäfts-Revisionskommission.
2. Statutenänderung.
3. Neuwahl des Vorstandes.

Im Interesse des Vereins ist es Pflicht eines **jeden Mitgliedes**, zu erscheinen. 207/17

Nur Mitgliedsbuch legitimirt.

Die Geschäfts-Revisionskommission.

J. A.: **Carl Vogel, Swinemünderstraße Nr. 19.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Dienstag, den 30. August 1898, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Christoph, Steinmetzstraße Nr. 55:

Bezirks-Versammlung

für Rixdorf und Britz.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Frau **Marie Greifenberg** über: **„Die Lebenshaltung und Kindersterblichkeit des Proletariats".**

113/8 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Rabitzputzer. Achtung!

Mittwoch, den 31. August, abends 8½ Uhr, im Louisenhof, Bukowerstraße 9, Ecke der Dresdenerstraße:

Außerordentliche Mitgliederversammlung

der Zahlstelle Berlin III. des Zentral-Verbandes der Maurer und verw. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verlegung des Arbeitsnachweises und des Vereinslokals. 4. Verschiedenes. 255/3

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!

Am Mittwoch, den 31. August, abends 8½ Uhr:

Große öffentliche Versammlung der Maurer

Berlins und Umgegend

im Lokal des Herrn Stechert, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung: 263/7

1. Vortrag des Genossen **Ad. Hoffmann** über: **„Unsere Todten".** 2. Diskussion. 3. Bericht der Lohnkommission über die letzten Arbeitsniederlegungen. — Zahlreichen Besuch erwartet

Die Lohnkommission. J. A.: **H. Metzke.**

Cohn's Festsäle,

Beuthstr. 19—22.

Säle von 100—1000 Personen fassend, für Versammlungen u. Vergnügungen. September noch zwei Sonnabende frei. Oktober einige Sonntage.

Zum Ausschank gelangt **Schultheiß Märzen** und **Versandt.** 5759E*

Buske's Säle,

Grenadierstr. 33.

Empfehle meine schönen Säle, große und kleine Vereinszimmer mit und ohne Piano. 5837E*

Metallarbeiter!

Anläßlich des Ausstandes der Former und Berufsgenossen in Torgelow sind eine Anzahl Kollegen wegen Landfriedensbruchs zu harten Strafen verurtheilt worden. 118/1

Um die äußerste Noth von den Familien der Verurtheilten fernhalten, haben die Vertrauensleute deren Unterstützung beschlossen. Zu diesem Zweck gelangen Sammellisten und Marken zur Ausgabe, welche bei allen Vertrauensleuten, sowie beim Unterzeichneten zu haben sind. Vorläufig sind den unterstützungsbedürftigen 22 Familien 560 M. bewilligt worden.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Näther, N. Anklamerstr. 44.

Neue Freie Volksbühne

Sonntag, den 11. September, nachmittags 2½ Uhr:

Eröffnungs-Vorstellung
im Ostend-Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.

Zur 70jährigen Geburtstagsfeier Graf Leo Tolstoy's

Die Macht der Finsterniß.

Drama in 5 Akten von Graf Leo Tolstoy.

Regie: **Cord Hachmann** (früher Ober-Regisseur am Deutschen Theater).

Die Mitglieder sind ersucht, den Umtausch der Mitgliedskarten durch Entgegennahme der neuen Karten in den Zahlstellen umgehend vorzunehmen. Für die Monate Juli und August sind je 20 Pf. Vereinsbeitrag nachzuzahlen. **Mit Vorstellung und bei Gratislieferung der Vereinsschrift beträgt der monatliche Beitrag 75 Pf.**

Neuaufnahmen werden jederzeit durch die Zahlstellen vorgenommen. **Einschreibegeld 50 Pf.** Nur diejenigen neu aufgenommenen Mitglieder haben zur angezeigten Vorstellung Zutritt, die sich mindestens 3 Tage vorher haben aufnehmen lassen.

Zahlstellen: **O. P. Pfeiffer**, Gr. Frankfurterstr. 14 (vis-à-vis dem Theater); **Butschke**, Kraustr. 30; **E. Quarder**, Wallner-Theaterstr. 17 IV; **W. Tabert**, Markusstr. 14 (Eingang Grüner Weg); **M. Kothe**, Koppenstraße 90. **SO. Th. Stampehl**, Mariannenstr. 26; **H. Köhn**, Naunynstraße 83; **B. Jack**, Oppelnerstraße 45; **M. Heerde**, Mariannen-Ufer 2. **S. H. Bobsien**, Kommandantenstraße 62; Arbeiter-Konsum-Genossenschaft **„Befreiung"**, Kottbuserstr. 11; **Th. Pahl**, Dresdenerstr. 71. **C. H. Luhm**, Poststr. 13. **SW. E. Werling**, Hossenerstr. 32; **H. Landgraf**, Neuenburgerstraße 15; **J. Pech**, Teltowerstr. 41, Hof 2 Tr. bei Stier. **NW. H. Becker**, Gotzkowskystr. 9; **H. Gebauer**, Birkenstr. 26; **H. Giebecke**, Schumannstraße 18; **P. Drucker**, Beusselstraße 88. **N. J. Krech**, Chausseestr. 64; **E. Diele**, Ackerstr. 123; **Mohrmann**, Ackerstr. 93; **E. Knapp**, Grünthalerstr. 5; **E. Schmidt**, Treskowstr. 22. **NO. W. Schrolle**, Friseur, Landwehrstr. 3; **E. Spät**, Georgenkirchstr. 65. **W. E. Springer**, Bülowstraße 53, 3. Aufgang 4 Tr. **Rixdorf: H. Wibker**, Kaiser Friedrichstraße 240. **Wilmersdorf: O. Jack**, Wilhelmsaue 112 I. **Johannisthal: Aug. Krause**, Parkstr. 3. **Steglitz: August Dureck**, Schildhornstr. 91. **Charlottenburg: Frau Lina Göhe** (Vegetarisches Speisehaus), Schillerstraße 117.

NB. Verschiedene Anfragen betreffend sei bemerkt, daß das Ostend-Carl Weiß-Theater, seitdem es Herr Direktor Carl Weiß übernommen hat, nicht nur in bühnentechnischer Beziehung wesentliche Verbesserungen erfahren hat, sondern daß insbesondere auch der Zuschauerraum neu renovirt und in dekorativ geschmackvoller Weise ausgestattet worden ist.

150/14 Für den Vorstand: **Ad. Löhr**, Kassirer, Ackerstr. 40 II.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Castan's Panopticum.

Neu!! Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Fahrt auf dem Golf von Neapel.
Fahrt durch Konstantinopel.
Neu!
Alpenglühen.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.

Jeden Dienstag: Jeden Dienstag:

Norddeutsche Sänger
Biegler, Woff, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Flora-Säle

1000 Pers. fass. Elektr. Beleuchtung.
Besitzer: **Bernh. Nioft, Weberstr. 17.**
Sonnabende September, bis Dezember gratis zu vergeben. [*

Achtung, Vereine.

Die Vereinssäle **Inselstr. 10**, früher **Stabernack**, habe ich gemiethet u. werde **Mitte September** dieselben eröffnen und ersuche die **Vereine** und **Gewerkschaften**, welche geneigt sind, ihre **Festlichkeiten** dort abhalten zu wollen, sich gütigst an mich zu wenden. 5815L*

G. H. Paster,

früher Neue Königstr. 7,
vom 1. September Inselstr. 10.

Robert Drescher,

Linienstr. 218, am Schönh. Thor, empfiehlt sein **Weiss- und Bairisch-Bierlokal** nebst schönem **Vereinszimmer.**

Achtung! **Achtung!**

Feldschlößchen,

Müllerstraße 142. [5730L*
Jeden **Mittwoch: Großes Kinderfest** mit Verloosung.

Altes Schützenhaus

Linienstrasse 5
empfiehlt seine **neuen Säle.** [4905

Vereinszimmer
mit Piano, bis 80 Personen fassend, empfiehlt **Wilhelm Georgi**, Frankfurter Allee 70. 5762L*

Restauration, 5925
7 Jahre bestehend, vollständige Einrichtung, Billard, Pianino, Vereinszimmer, worin 1 Rauchklub u. 1 Sportklub tagt, weg. Krankh. d. Frau zum 1. September od. 1. Oktober f. 1600 M. verkäuflich. Miethe m. Wohnung 850 M. Off. u. **L. 5** an d. Exp. d. „Vorw.".

Wer — Stoff — hat

fertige Anzug 20 M., hochfeine Zuthaten, vortheilhafte Näharbeit, Garantie für guten Sitz. 500 Anzugreste à 20 M., Gelegenheitskauf, spottbillig. **Engel**, Münzstraße 26, parterre.

5¼ Pfd. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr 9. Kraustr. 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Arbeitsanzüge **W. Pahr** Brunnenstr. 112.

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8. **Große Hamburgerstr. 20. I.**

Betten, Steppdecken, Gardinen, Portièren, Anzüge, Sommerpaletots, Hosen, Regulatoren, Remontoir-Uhren, Bettdecken spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 5656L*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden

preisgekrönten dänischen Kautabak

aus der größten Tabaksfabrik Dänemarks **C. W. Obel, Aalborg** und **Kopenhagen. — General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8.** Telephon-Amt VII 3861. 5404L*

---

1. Berliner Lehranstalt für Elektrotechnik.

In den neuen Lehrsälen **Oranienstrasse 51, Quergeb. 3 Tr.** Für **Schlosser, Mechaniker und verwandte Berufe** beginnt am 1. **September** ein neuer Abendkursus. Gewissenhafter und leichtfaßlicher Gesammt- und Einzel-Unterricht. NB. I. Kursus den 24. d. Mts. Experiment elektrischer Strahlung, Röntgenstrahlen und Telegraphie ohne Draht. Herren, welche ihre Anmeldung bewirken, können dem Experimental-Vortrag beiwohnen. Anmeldungen werden entgegen genommen jeden Abend von 6—8 Uhr, Sonntags Vormittag von 9—12 Uhr. [5795L*]

Die Direktion.

Bayer. Hypotheken- und Wechselbank
in München

— gegründet 1835. —
Baar eingezahltes Aktien-Kapital: 44 Millionen Mark.
Gesammtreserven: über 62 Millionen Mark.
Ständige Kontrolle eines königlichen Regierungskommissärs.
Die Versicherungs-Abtheilung
hat die

„Markversicherung"

d. h. Versicherungen kleinerer Summen gegen **monatliche** Prämienzahlungen von **einer Mark** an eingeführt; daher auch dem Minderbemittelten Gelegenheit geboten, sich die Wohlthaten einer Lebens-Versicherung zu verschaffen; mit denkbar günstigsten Versicherungs-Bedingungen und Tarifen; **ohne jede Karenzzeit.**

Die Bank gewährt zu geringen Prämien

Allgemeine Reise-Unfallversicherungen

giltig für **alle Unfälle** bei Benutzung von Eisenbahnzügen, Dampfschiffen, Pferde- und elektrischen Bahnen, Postwagen, Droschken etc. **einschließlich der Unfälle beim Besteigen und Verlassen des Eisenbahnzuges.**

und betreibt die

Eisenbahn-Unfallversicherung.

Versicherungspolicen zum Preise von **10 Pf.** giltig für **5000 Mk.** Versicherungssumme sind an den Fahrkartenschaltern der K. Bayerischen Staatsbahnen, der Bayerischen Lokalbahngesellschaft und der Pfälzischen Eisenbahnen erhältlich.

Ferner übernimmt die Bank:

Alle Arten Lebens-, Leibrenten-, Unfall-, Haftpflicht-, sowie Feuerversicherungen.

Nähere Auskünfte werden von unserer **Subdirektion Berlin SW., Kochstraße 53**, oder von deren Agenten kostenlos ertheilt. Ebenso werden die Tarife, Grundbestimmungen und Prospekte gratis abgegeben.

Tüchtige Vertreter finden lohnendes Engagement.

Die Direktion.

Lebendfrische Seefische direkt vom Küstenfangplatz

der Hochseefischerei in **Geestemünde** (Nordsee)
Filiale: Wöhlertstrasse 1. Telephon: Amt III 3106.
Empfehle als **billigstes Volksnahrungsmittel** von täglicher Zufuhr direkt aus See:

Nur garantirt beste Waare!

ff. **Nordseelachs** . . .	Pfd. **16** Pf.,	Ausschnitt Pfd. **25** Pf.
„ **Bratflundern** . . .	„ **20** „	
„ **Schellfisch** zum Braten	„ **12** „	
„ Größeren **Schellfisch** .	„ **15—20** Pf.	
„ **Cabliau** und **Dorsch**	„ **16** Pf.,	Ausschnitt Pfd. **25** Pf.
„ **Seehecht** (ohne Gräten)	„ **25** „	„ „ **35** „
„ **Rothzungen** . . .	„ **35** „	
„ **Seezungen** } Delikatesse	„ **120—200** Pf.	
„ **Steinbutt** }	„ **100** Pf.	
„ **Seeforelle** . . .	„ **25** Pf.	
„ **Austernfisch** . . .	„ **30** „	Ausschnitt Pfd. **40** Pf.
„ **See-Aal** . . .	„ **20** „	„ „ **30** „
„ **Goldbarsch** . . .	„ **25** „	
„ **Zander** . . .	„ **50** „	
„ **Schollen**, große . . .	„ **35** „	

Täglich: ff. Räucherwaaren und **Marinaden.**
Bei den enorm theuren Fleischpreisen sollte jede Hausfrau Seefische kochen.
Hochachtend **Herm. Reinhold.**

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broschen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Musikinstrumenten-Handlung

von

Julius Luderer
Klingenthal, Kirchstraße Nr. 105

empfiehlt alle Sorten von Musikinstrumenten.
Spezialität: **Mund- u. Ziehharmonikas, Zithern, Geigen u. s. w.**
sowie **alle Bestandtheile** zu Instrumenten wie: **Saiten, Bogen u. s. w.** Lieferung nur gegen Nachnahme.

Alle Parteigenossen werden ganz besonders auf dieses Angebot aufmerksam gemacht, da Inhaber durch Maßregelung für Wahlthätigkeit gezwungen wurde, sich selbständig zu machen. [5800L*

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22.

Kein Kaufzwang!

Einsegnungs-Anzüge

in **streif. Kammgarn, Satin, Diagonale** und **Tuchkammgarn-Stoffen** etc., 1- und 2reihig, von **12—30 Mk.**

A. Wormann, 2 Dresdenerstr. 2,

am Kottbuser Thor, 2 Haus d. Skalitzerstr.
Streng reelle Bedienung! **Umtausch gestattet!**

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklass. **Fabrikate** auf 5676L*

Theilzahlung

ohne Preiserhöhung zu den koulantesten Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.

Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,

dicht am Rosenthaler Thor.

Fahrräder!

nur erstklassig, verkauft zu äußerst niedrigen Preisen [5581L*
Fr. Stange, Oppelnerstr. 7 I.

Presskohlen

Sommer-Preise.
Proben **gratis** frei Haus.

Beste Senftenb. Marie 6 Zoll		4,90 M.
Vorzügliche Marie 6 „		4,80 „
Beste Senftenb. Marie 6 Zoll Norm.		6 M.
Vorzügliche Marie 6 „		5,70
Ilse 6 „		6,30
Anhalt. Werke Marie 6 „		**6,50**
Beste Senftenb. Marie 7 Zoll		7,10 M.
Vorzügliche Marie 7 „		**6,80** „

Von 1000 Stück ab, **frei** Keller, Boden 40 Pfg. mehr, mit Fuhrlohn und packen, ohne weitere Berechnung.

Otto Frischeisen,

Kommandit-Gesellsch.,
Französische Straße 11/12. 3. Et.

Danksagung.

Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders, des Drehers **Gustav Gloeke**, sagen wir allen Kollegen, Verwandten, Bekannten unseren innigsten Dank. 710b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die überaus große Theilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, Bruders u. Schwagers, des Schlossers

Hermann Steinfeldt

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere seinen Arbeits-Kollegen und den sonstigen Vereinen und Korporationen unseren tiefgefühltesten Dank. 69/66

Berlin, 29. August 1898.
Ww. Marie Steinfeldt geb. Muhs nebst Kindern, Schulstr. 37.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 5045L*

Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung

P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 14.
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc.
Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Stempel-Fabrik
von
Robert Hecht,

Berlin S., Oranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an.

Sophastoffe

auch **Reste** in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin** und **Plüsch spottbillig!** [4971L*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfd. (größere zum Reißen). **Schlachtfedern**, wie sie v. d. Gans fallen, mit **allen Daunen** M. **1.50**, füllkräftiger **Gänserupf** M. **2.00**, bessere daunige Waare M. **2.50**, **3.00**, beste schneeweiße M. **3.50**, **russische Daunen** M. **3.50**, weiße **böhm. Daunen** M. **5.00**, gerissene **Federn** M. **1.50**, **2.00**, **3.50**, **Prima gerissene** M. **3.00**, **2.50**. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Gross. Möbelverkauf

Schützenstr. 2, in meinem großen Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine reelle und dauerhafte Einrichtung billig kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang vor Einkauf mein großes Lager zu besichtigen. Eigene Tischler- und Tapezier-Werkstatt. Einrichtungen von 150, 200, 300, 400, hochelegante 500 bis 3000 Mark. Nußbaum-, Mahagoni-Kleiderspind, Vertikow 30, Bettstelle, Matratze 18, Sopha 25, Trumeaux 45, Paneelsopha 75 an, Salongarnitur 75 an, Buffet, Bücherspinden, Herrenschreibtische, Ankleideschränke mit Spiegelthür, sämmtliche Küchenmöbel. Besonders zu empfehlen die verliehen gewesenen und zurückgesetzten Möbel, die fast neu sind und für jeden annehmbaren Preis verkauft werden. Gekaufte Möbel können 3 Monate lang auf meinem Speicher lagern und werden durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt. Theilzahlung gestattet. 5791L*

Wegen Räumung.

Gardinen
und [5639L*
Stores,

crème und weiss, fabelhaft billig.
Gardinen-Lager

J. Adler, Teppichhaus

Spandauerstrasse 30,
gegenüber dem Rathhause.

Wichtig für Brautleute!

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause.
Bukow, Tischlermeister, **Invaliden-Straße 13.**

Gaskocher, Sparsystem, 2½ Mark, Zweiloch 6 Mark. **Wohlauer.** [2925
26/27 Wallner-Theaterstr. 26/27.

Möbel auf Theilzahlung

J. Kellermann,
Neue Jakobstr. 26.

Den Stockarbeitern

zur Nachricht, daß am 28. August unser Kollege

Karl Weitzel

an der Proletarierkrankheit verschieden ist. Dieses zeigen an, um rege Betheiligung bittend, die Kollegen der Werkstatt A. Wendt. 697b

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle Am Urban nach dem Thomas-Kirchhof statt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer

(Bezirk 3. Berlin.)

Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied [704b

Rudolf Hoffmann

am 27. August verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. August, nachm. 3½ Uhr, von der königl. Charitee aus statt.

Die Ortsverwaltung Berlin III.

Zentralverband deutscher Maurer

(Filiale Berlin II.)

Todesanzeige.

Am 27. August verschied unser Mitglied

Joseph Begall.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. August, nachm. 4 Uhr, auf dem Neuen Friedhof in Mariendorf statt. 136/15

Die örtliche Verwaltung.

Am Sonntag, den 28. August, verstarb nach langen schweren Leiden mein innig geliebter Mann, der Drechsler

Carl Weitzel.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 5 Uhr vom Krankenhaus Urban statt. 709b

Die trauernde Wittwe.

Mühlenstraße 8. a. d. Oberbaumbrücke. 5 Min. von Station **Warschauerstraße**, sind v **1. Oktober frdl. Hofwohnungen** v. 1 u. 2 Stuben nebst **allem Zubehör v. 72—94 Thaler** zu vermiethen. 5463L*
Näheres daselbst beim **Verwalter.**

Frdl. möbl. Schlafst., sep. Eing. bei Klasser, Bukowerstr. 13, vorn 4 Tr.

Eine frdl. möbl. Schlafst., sep., f. H. Waldemarstr. 28, Quergeb. II. Pieper.

Schlafst. z. verm. b. **Wiezner**, Kaiser Franz Grenadierplatz 14.

Frdl. möbl. Schlafst. z. verm. bei Schwarz, Wienerstr. 68, v. 4 Tr., Preis 10 M. m. K. 702b

---

Schlafstelle, sep. Eing., z. vermieth. Ww. Ender, Höchstestr. 20. 711b

---

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von Zelder & Plathen, Königsbergerstr. 26—27 u. 28—29, haben 91 Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist bis zur Regelung der Angelegenheit fernzuhalten.
107/1 **Die Ortsverwaltung.**

Redakteur-Gesuch.

Wir suchen per 1. Oktober einen zweiten Redakteur, welcher mit den westfälischen Verhältnissen betraut sein muß.

Offerten mit Gehaltsansprüchen und sonstigen persönlichen Verhältnissen nehmen entgegen

Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht", Schumann & Co., Bielefeld.

Tüchtige Guss- und Thonrohrleger

werden angenommen beim **Bau des Kanalwerkes Tempelhof.** Zu melden von **Mittwoch, den 31. d. Mts.,** bei **Werkmeister Exner** daselbst.

Für kleinere Maschinenfabrik im Norden Berlins wird zum 1. Sept.

ein tüchtiger Vorarbeiter

als **Meister** gesucht. Derselbe muß im Hobeln, Fraisen, Drehen und in der Schlosserei genau vertraut sein. Angebote unter O. 5. [706b

---

Eine Stellung als

Diener oder Vorleser

bei einem einzelnen Herren oder einer einzelnen Dame, oder eine andere passende Lebensstellung sucht der Lehrer **Otto Filter** in **Balz** (Kreis Landsberg a. W.)

Organisirte Parkettbodenleger verlangt 5836L*
Albert Heß, Stettin, Turnerstr. 17a.

Tischler a. Kastenarb. v. Aliz, Jakobstr. 130.

Farbigmacher und Versilberer gesucht. **H. Demcke,** Essen (**Ruhr**), Goldleistenfabrik.

Vergoldergehilfen auf feine Politurleisten verl. **Müller**, Gitschiner Weg 56. 708b

---

Arbeiter verl. Louis Michaelis, Knopffabrik, Mohrenstr. 40. 701b

---

Ein tüchtiger Former für Silber wird verlangt. Silberwaaren-Fabrik, Prinzessinnenstr. 16. 699b

---

Arbeiterinnen auf wall. Näher verl. Möglich, Falckensteinstr. 42, 3 Tr.

Mamsells auf bessere Jacketts verl. **Schulz**, Rügenerstr. 26. 705b

---

Kartonarbeiterinnen verlangt Neue Friedrichstr. 48. [5105

Geübte Glasschleifer verlangt **Heckert**, Prinzenstr. 82.

Schlafst. f. Hrn. Auguststr. 6a, III.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin

Die Streiks im Jahre 1897.

Aus dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission".

Endlich soll auch Deutschland eine amtliche Streikstatistik erhalten, die aber, wie alles im gelobten Lande der Sozialreform, weniger von sozialpolitischen, als von kriminellen Gesichtspunkten geleitet werden soll. Das weisen unzweideutig die Fragen aus, welche zur Beantwortung den Polizeibehörden vom 1. Januar 1899 ab vorgelegt werden sollen. Nicht darauf soll es ankommen, Wesen und Bedeutung der Streiks im wirthschaftlichen Leben darzustellen, ihre Ursachen zu ergründen, die Arbeitsverhältnisse vor und nach einem Streik festzustellen, um die Berechtigung der Forderungen der Arbeiter prüfen zu können, sondern das Hauptgewicht scheint darauf gelegt werden zu sollen, ob sogenannte „Hetzer" oder „Streikorganisationen" den Ausstand herbeigeführt oder beeinflußt haben, ob die Arbeiter sich Ausschreitungen zu schulden kommen ließen, ob Arbeitswillige durch die Polizeibehörde geschützt werden mußten, ob der Staatsanwalt durch den Streik Arbeit erhalten hat und dergleichen schöne Dinge mehr. Das, was der Minister des Innern mit seinem bekannten Geheimerlaß bezweckte, soll jetzt in amtlicher Feststellung weiter ausgebaut werden. Die ganze Fragestellung deutet darauf hin, daß bei der Berichterstattung dieser Zweck im Vordergrunde steht, daß aus den Berichten Materialien zu gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Arbeiter gewonnen werden sollen. Auf folgende Punkte soll sich, nach den Berichten der Presse, die Berichterstattung erstrecken:

„Ort des Streiks; genaue Bezeichnung der Gewerbeart; Anzahl der Betriebe, in denen überhaupt gestreikt wurde, und Anzahl der Betriebe, die durch den Streik zu völligem Stillstand gekommen sind; Gesammtzahl der bei Ausbruch des Streiks in den ergriffenen Betrieben beschäftigten Arbeiter; Datum des Beginnes und der Beendigung des Streiks; Höchstzahl der während der Dauer des Streiks gleichzeitig streikenden Personen; Anzahl der Streikenden, die zur sofortigen Arbeitsniederlegung berechtigt, und derjenigen, die kontraktbrüchig waren; Höchstzahl der Arbeiter, die sich am Streik nicht betheiligt haben, aber infolge desselben in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnisse feiern mußten; Gründe des Streiks und Forderungen der Streikenden; genaue Darstellung der Sachlage vor und nach dem Streik, insbesondere auch inwieweit die Streikenden ihre Forderungen durchgesetzt haben; Angabe, ob und inwieweit Berufsvereinigungen oder dritte Personen auf den Ausbruch des Streiks hingewirkt, dessen Dauer beeinflußt oder für dessen Zwecke Geldmittel hergegeben haben. Welche Einzelbeträge sind den Streikenden oder deren Familien als Unterstützungen gewährt? Ist der Streik durch Vergleichsverhandlungen beendigt worden, und zwar: unmittelbar zwischen den Parteien oder vor dem Gewerbegericht oder unter Vermittelung von Berufsvereinigungen oder dritten Personen? Sind die Verhandlungen von seiten der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber beantragt worden? Inwieweit haben während des Streiks Arbeitswillige polizeilich geschützt werden müssen? Inwieweit hat der Streik sonst zu polizeilichen Maßnahmen Anlaß gegeben?"

In Deutschland kann man sich soziale Untersuchungen garnicht anders, als durch die Polizeibehörden ausgeführt, denken. Der eine Minister will sich durch diese Behörden über die Ursachen der Ausdehnung der Sozialdemokratie, der andere über die Ursachen der Streiks belehren lassen. An diejenigen, welche Auskunft geben könnten, an die Arbeiter und Unternehmer, wendet man sich nicht. Höchstens befragt man noch das Unternehmerthum, von dem unzweideutig feststeht, daß es vom tiefsten Hasse gegen die Arbeiterbewegung erfüllt ist. Dementsprechend sind denn auch die Ergebnisse aller sozialpolitischen Enqueten.

In anderen Ländern wendet das Ministerium sich bei seinen Erhebungen über die Streiks an die, welche an demselben betheiligt sind, an die Unternehmer und Arbeiterorganisationen. In England sendet das Labour-Departement Fragebogen der Unternehmer und Arbeiter zur Beantwortung. In Amerika werden vom Departement of Labor Agenten ausgeschickt, welche an Ort und Stelle die Verhältnisse bei einem Streik und dessen Ursachen zu untersuchen haben. Selbst in Oesterreich, dessen Staatsgrößen auch nicht gerade an überschwänglicher sozialpolitischer Weisheit leiden, versucht man wenigstens, von den Unternehmern Auskunft zu erhalten. Das Handelsministerium hat dort folgenden Fragebogen an die Fabrikanten versandt:

1. Hat der 1897 vorgefallene Streik eine Betriebseinstellung zur Folge gehabt? Im ganzen Etablissement oder in welchen einzelnen Abtheilungen oder Dienstzweigen? In welcher Dauer?
2. Fand wenigstens eine wesentliche Betriebsreduktion statt? Im ganzen Etablissement oder in welchen einzelnen Abtheilungen oder Dienstzweigen? In welcher Dauer?
3. Verursachte die Arbeitseinstellung Schäden an Material oder Werksvorrichtungen (zum Beispiel durch Verderben unfertiger Waare) oder sonstige positive Schäden und Auslagen? Welche? In welcher Höhe?
4. Entstand ein Produktionsausfall? Welcher? Wurde er in der Folge (durch erhöhten Betrieb, durch späteres Eintreten der stillen Zeit) wieder ausgeglichen?
5. War die Firma an der rechtzeitigen Ausführung von Bestellungen oder Lieferungen gehindert? Wurden solche deshalb auf andere Unternehmungen übertragen?
6. Zeigte sich in sonstiger Hinsicht eine Rückwirkung der Arbeitseinstellung auf andere Unternehmungen?
7. Zog der infolge der Arbeitseinstellung eingetretene Wechsel im Stande des Personals Nachtheile oder Schwierigkeiten für den Betrieb nach sich?
8. Ergaben sich sonstige Schäden oder Nachtheile?
9. Läßt sich der Gesammtschaden aus allen vorhergenannten Gründen ziffermäßig schätzen?
   Wenn ja, wie hoch?
10. Welche Wahrnehmungen wurden in der Folge über die Einwirkung der Arbeitseinstellung auf die Unternehmung und Betriebsführung gemacht, insbesondere durch die den Arbeitern (hinsichtlich der Arbeitszeit, Lohnhöhe 2c.) gemachten Zugeständnisse und rücksichtlich der etwa gestörten Absatzverbindungen?

In Deutschland vereinigt sich alle Weisheit auf diesem Gebiet, wie auf allen anderen, in den Polizei-Organen und hält man es für überflüssig, sich Auskunft aus den Kreisen der Interessenten zu holen.

Die Ergebnisse dieser Streikstatistik, die vierteljährlich in summarischer Uebersicht und jedes Jahr ausführlich vom kaiserlichen Statistischen Amt veröffentlicht werden sollen, werden denn auch bald ergeben, welcher sozialpolitische Werth der Sache beizumessen ist.

Für die Gewerkschaften ergiebt sich aus diesen Ausführungen, daß die bisher von ihnen geführte Statistik nicht etwa überflüssig ist, sondern mehr als geschehen, gepflegt und ausgedehnt wird. Die unkontrollirbaren Angaben der Polizeibehörden müssen durch die von den Gewerkschaften zu führende Statistik auf ihren Werth hin geprüft werden können. Die Gewerkschaften müssen infolge dessen nicht nur einfach die Streiks registriren, **sondern sie müssen bei jedem Streik die Materialien über Eingriffe der Polizeibehörden und den Terrorismus des Unternehmerthums sammeln,** dann wird mit der im Interesse des Unternehmerthums geführten amtlichen Statistik der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden. Wenn die Gewerkschaften sich dieser Mühe unterziehen, wird die amtliche Statistik, deren Tendenz unverkennbar ist, uns insofern Vortheil bringen, als die bisher unzureichenden Uebersichten über die Streiks eine wesentliche Erweiterung erfahren und wir einen Ueberblick über alle wirthschaftlichen Kämpfe des Jahres erhalten.

Wenn die von der Generalkommission alljährlich veröffentlichte Uebersicht über Streiks in den letzten Jahren wesentlich besser geworden ist, so bietet sie doch nichts vollkommenes. Abgesehen davon, daß in derselben nur die Streiks verzeichnet sind, an welchen Mitglieder eines Zentralverbandes betheiligt waren, und die Streiks unorganisirter und lokalorganisirter Arbeiter darin fehlen, machen auch nicht alle Zentralorganisationen Angaben, obgleich Streiks in ihrem Berufe vorgekommen sind. Auch für 1897 fehlen solche Angaben, und zwar für die Dachdecker, Hafenarbeiter, Steinarbeiter und Tapezirer. Bei den Steinarbeitern waren 1897 eine größere Zahl Streiks zu verzeichnen, denn es sind an Unterstützung für Streiks im Beruf allein aus der Zentralkasse 20 269 M. verausgabt. Da aber Angaben über Umfang und Dauer dieser Streiks nicht vorliegen, war es nicht möglich, diesen Beruf mit in der Tabelle zu führen. In folgenden Berufen waren, nach den Berichten der Zentralvorstände, 1897 keine Streiks zu verzeichnen: Barbiere, Bureau-Angestellte, Gärtner, Gasarbeiter, Gastwirthsgehilfen, Goldarbeiter, Handlungsgehilfen, Konditoren, Lagerhalter, Maschinisten und Heizer, Müller, Sattler, Seeleute, Schiffszimmerer, Xylographen und Zigarrensortirer.

Statistische Zusammenstellung der im Jahre 1897 vorgekommenen Streiks.

Laufende Nummer	Gewerbe	Anzahl der Streiks	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe M.	Die Kosten wurden aufgebracht: aus der Verbandskasse M.	durch freiwillige Beiträge der Mitglieder M.	durch Sammlungen M.	durch Beiträge anderer Gewerkschaften M.	aus dem Ausfalle M.	Abwehrstreiks fanden statt	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Ausgabe M.	Ursachen der Ausstände: Ablehnung aus der Organisation	Maßregelung	Lohnherabsetzung	Verlängerung der Arbeitszeit	Einführung einer Fabrikordnung	Resultat der Ausstände: Erfolgreich	Theilw. erfolgreich	Erfolglos	Angriffsstreiks fanden statt	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Ausgabe M.	Ursachen der Ausstände: Verkürzung der Arbeitszeit	Lohnerhöhung	Resultat der Ausstände: Erfolgreich	Theilw. erfolgreich	Erfolglos
1	Bäcker	2	16	15	547	547	—	—	—	—	2	16	15	547	—	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Bauarbeiter	5	1250	13	10465	—	7438	3027	—	—	1	50	4	800	—	—	—	[1])1	—	—	—	1	4	1200	9	9665	1	3	1	2	1
3	Bergarbeiter	16	8000	?	?	1070	—	—	—	—	13	—	—	—	—	—	10	2	1	—	9	4	3	—	—	—	[2])1	—	—	3	—
4	Bildhauer	12	78	31	2187	1939	248	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	78	31	2187	8	4	7	2	3
5	Böttcher	7	107	19	1449	682	—	767	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	107	19	1449	[3])7	—	6	—	1
6	Brauer	15	901	100	15136	3650	5950	1223	4823	703	10	715	65	10013	5	2	2	1	—	3	4	3	5	186	35	5123	5	[4])—	1	4	—
7	Buchbinder	4	86	32	10396	7506	900	1240	750	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	86	32	10396	[5])4	—	1	—	3
8	Buchdrucker	[6])53	506	[7])?	55000	55000	—	—	—	—	31	280	[8])?	35000	31	—	—	—	—	12	—	19	22	226	[9])?	20000	[10])—	—	18	—	4
9	Dachdecker	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10	Fabrikarbeiter	10	4553	45	38464	11126	199	1361	21280	—	6	3158	35	17355	—	1	5	—	—	4	2	—	4	1095	10	21109	—	[11])3	2	1	1
11	Former	50	2132	59	36220	12629	5559	11739	5494	799	15	510	12	6100	1	8	6	—	—	7	5	3	35	1622	47	30120	17	[12])14	21	10	4
12	Glasarbeiter	1	10	3½	270	—	270	—	—	—	1	10	3½	270	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Glaser	3	40	7	854	854	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	40	7	854	[13])3	—	2	—	1
14	Graveure	1	7	6	150	—	150	—	—	—	1	7	6	150	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Handelshülfsarbeiter	2	48	4½ Tag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	48	4½ Tag	—	—	—	2	2	—
16	Handschuhmacher	4	214	25	19020	17923	968	—	—	129	2	53	9	1460	—	—	2	—	—	2	—	—	2	161	16	17559	—	—	2	2	—
17	Holzarbeiter (Verband)	64	12036	236	174780	91643	[14])60116	—	12123	—	22	1209	89	26823	—	13	7	3	—	6	3	13	42	10827	147	147959	35	33	25	11	6
18	Holzarbeiter (Hülfsarbeiter)	1	23	2	480	355	125	—	—	—	1	23	2	480	—	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
19	Hutmacher	2	123	15	10152	7000	2152	—	1000	—	1	107	13	8832	—	—	1	—	—	—	—	1	1	16	2	320	—	1	—	1	—
20	Kupferschmiede	3	35	18	2245	750	1057	320	110	8	1	7	9	467	—	—	1	—	—	—	—	1	2	28	9	1778	—	2	—	2	—
21	Lederarbeiter	17	246	16	5059	5059	—	—	—	—	10	154	12	4059	1	3	4	2	—	6	2	2	7	92	4	1000	3	4	5	1	1
22	Lithographen	3	25	10	665	370	295	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	25	10	665	1	2	1	1	1
23	Maler	9	322	27	1753	1420	207	—	126	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	322	27	1753	—	[15])9	6	2	1
24	Maurer	98	16170	242	412267	255405	141657	—	[16])15205	—	49	1916	58	32203	—	6	26	—	—	32	—	15	49	14254	184	380064	29	20	31	12	6
25	Metallarbeiter	29	2023	141	91322	91322	—	—	—	—	16	1418	84	78070	2	8	5	—	1	3	2	8	13	605	57	13252	7	[17])2	5	5	3
26	Porzellanarbeiter	7	[18])193	61	14296	9309	4987	—	—	—	7	193	61	14296	2	—	5	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27	Schmiede	1	30	4	610	261	64	201	84	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	30	4	610	—	1	—	1	—
28	Schneider	6	162	3	1142	942	200	—	—	—	2	19	3	412	—	2	—	—	—	—	1	[19])—	4	153	1	730	[20])4	—	2	1	1
29	Schuhmacher	52	6193	185	147076	78695	[21])68381	—	—	—	25	2077	55	42974	—	9	11	[22])—	2	7	8	10	27	4116	130	104102	[23])5	16	15	6	6
30	Steinsetzer	7	923	55	48264	3076	5355	650	3178	62	2	525	34	43776	—	2	—	—	—	—	1	—	5	398	21	4488	2	4	4	—	1
31	Stukkateure	3	400	7	5111	1158	410	2945	530	68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	400	7	5111	3	—	2	1	—
32	Tabakarbeiter	24	625	178	41042	41042	—	—	—	—	10	164	71	8096	1	1	8	—	—	6	1	3	14	461	107	32946	—	[24])13	4	6	4
33	Textilarbeiter	9	1810	31	34265	16253	—	5057	12955	—	6	536	19	2785	1	1	4	—	—	1	1	4	3	1274	12	31480	—	3	2	1	—
34	Töpfer	19	1870	127	18500	16667	1140	—	513	180	8	416	37	4160	3	1	4	—	—	2	3	3	11	1454	80	14340	[25])—	9	6	2	3
35	Vergolder	1	15	4	500	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	15	4	500	1	—	1	—	—
36	Werftarbeiter	1	14	18	1898	1739	—	158	—	—	1	14	18	1898	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
37	Zimmerer	37	1933	185	55718	39469	6842	4270	4677	—	5	72	23	2114	3	2	—	—	—	2	2	[26])—	32	1861	162	53599	21	11	4	26	2
	Summa	578	63119	1921	1257298	775361	314670	32958	88848	1949	248	13969	737½	343139	51	62	102	9	4	96	45	101	330	41180	1178½	913159	157	158	76	101	53

Anmerkungen. [1]) Abänderung der Arbeitszeit, wodurch die Frühstückspause fortfallen sollte. [2]) u. [3]) Und Lohnerhöhung. [4]) Bei zwei auch Lohnerhöhung und ein auch wegen Beseitigung drückender Bestimmungen. [5]) Durchführung des allgemeinen deutschen Buchdruckertarifs. [6]) Und Lohnerhöhung, sowie Beseitigung drückender Bestimmungen der Fabrikordnung. [7]) Ein um Beseitigung mißliebiger Personen. [8]) Ein wegen Beseitigung mißliebiger Personen und drei um Beseitigung drückender Bestimmungen der Fabrikordnung. [9]) Nur Werkstattkämpfe. [10]) Und Lohnerhöhung. [11]) Und durch Sammellisten. [12]) Zu acht Fällen auch um Verkürzung der Arbeitszeit. [13]) Und auf Sammellisten. [14]) Drei aus anderen Ursachen. [15]) Nur Verbandsmitglieder. [16]) Ein Streik am Schlusse des Jahres noch nicht beendet. [17]) Und Lohnerhöhung, in einem Falle auch um Beseitigung mißliebiger Personen. [18]) Und auf Sammellisten. [19]) Drei wegen Nichteinhaltung getroffener Vereinbarungen. [20]) Sechs wegen verschiedener anderer Ursachen. [21]) Ein um Lieferung besseren Materials. [22]) Sechs auch um Verkürzung der Arbeitszeit, ferner zwei wegen verschiedener Ursachen. [23]) Ein noch nicht beendet. [24]) Bei den Buchdruckern ist die Zahl der Wochen angegeben, für welche insgesammt Streikunterstützung gezahlt ist, so daß die Angabe hier nicht eingefügt werden kann.

Die vorstehende Tabelle weist aus, daß das Jahr 1897 ein äußerst streikreiches war, wenn auch die Zahl der betheiligten Personen und die Gesammtausgabe wesentlich hinter der des Jahres 1896 zurückblieb. 1896 wurden 483 Streiks mit 128 808 Betheiligten, 1923 wöchentlicher Dauer und 3 042 950 M. Ausgabe gezählt; während für 1897 578 Streiks, 63 119 Betheiligten, 1921 Wochen Dauer und 1 527 298 M. Ausgabe angegeben sind. Die Zahl der Streiks ist 1897 um 95 größer, die Gesammtdauer nahezu die gleiche wie 1896, doch ist die Zahl der betheiligten Personen um 65 789 und die Ausgaben um 1 515 652 M. geringer. Diese Differenz entstand durch die Streiks der Hafenarbeiter, Konfektionsarbeiter und Textilarbeiter, bei denen 1896 55 510 Personen an Streiks betheiligt waren und 1 783 469 M. Ausgabe entstanden. Für 1897 sind bei den Hafenarbeitern keine Angaben gemacht, doch ist die Zahl der an Streiks und Lohnbewegungen Betheiligten nicht sehr bedeutend. Bei den Schneidern und Textilarbeitern waren 1897 nur 1972 Personen an Streiks betheiligt und wurden 35 407 M. verausgabt.

Die Zahl der Streiks überwiegt 1897 die aller vorhergehenden Jahre, für welche die Statistik geführt wird. Diese größere Ziffer kommt aber auf Rechnung der Abwehrstreiks, die von 151 im Jahre 1896 auf 248 im Jahre 1897 stiegen. Ein Zeichen dafür, daß weniger aufsteigender Geschäftsgang den Unternehmern Veranlassung zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gab. Die größte Zahl der Streiks des Jahres 1897 entfällt auf das Baugewerbe, in welchem sich die Verhältnisse wie folgt gestalten. Es zählten Streiks:

		Betheiligte Personen	Ausgabe
Bauarbeiter	5	1 250	10 465 M.
Glaser	3	40	854 „
Maler	9	322	1 753 „
Maurer	98	16 170	412 267 „
Stukkateure	3	400	5 111 „
Töpfer	19	1 870	18 500 „
Zimmerer	37	1 933	55 713 „
Zusammen	174	21 985	504 663 M.

In denselben Gewerben waren 1896 zu verzeichnen 109 Streiks mit 26 989 Betheiligten und 232 449 M. Ausgabe.

Nach der Zahl der Streiks stehen 1897 an höchster Stelle die Holzarbeiter mit 64 Streiks, 12 036 Betheiligten und 174 780 M. Ausgabe. Dann folgen die Schuhmacher mit 52 Streiks, 6193 Betheiligten und 147 076 M. Ausgabe, die Former mit 50 Streiks, 2132 Betheiligten und 36 220 M. Ausgabe, dann die Metallarbeiter mit 29 Streiks, 2023 Betheiligten und 91 322 M. Ausgabe, und dann die Tabakarbeiter mit 24 Streiks, 625 Betheiligten und 41 042 M. Ausgabe. Bei den Buchdruckern sind die angegebenen 53 Streiks nur sogenannte Werkstattkämpfe. Die Betheiligten reisen in der Regel ab und werden unterstützt, über die Werkstatt wird die Sperre für Verbandsmitglieder verhängt. Deswegen läßt sich die Dauer der Streiks in diesem Kleinkriege auch nicht genau angeben.

In allen anderen Gewerben waren 1897 weniger als 20 Streiks zu verzeichnen, wenn auch die Zahl der betheiligten Personen und die Ausgabe zum theil größer war als in den vorstehend genannten Berufen. Außer den in der Tabelle angegebenen Streiks fanden noch eine ganze Anzahl Lohnbewegungen statt, die nicht oder nur zu ganz kurzen Arbeitseinstellungen führten. Von den Handschuhmachern wird berichtet, daß die günstige Geschäftslage Ende 1897 in vielen Orten den Berufsgenossen Veranlassung gab, Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Wenn die Arbeitgeber sich auch anfänglich ablehnend verhielten, so gaben sie doch bald nach, wenn die Massenkündigungen und die Abreise der ledigen Berufsgenossen erfolgte. In dieser Weise wurden in neun Orten für ca. 400 Arbeiter Lohnaufbesserungen erzielt. Die Kupferschmiede erhielten in einem Orte ihre Forderungen bewilligt, ohne in einen Streik eintreten zu müssen. Auch die Lithographen verzeichneten eine Anzahl Lohnbewegungen, die nicht zum Streik führten. Bei den Malern wurden in acht Städten die Forderungen auf Ver-

kürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung ohne Arbeitseinstellung bewilligt.

Zu der Tabelle ist noch zu bemerken, daß in der Rubrik „Ursachen der Ausstände" nicht alle Fragen eingefügt werden können, welche bei den Differenzen mit den Unternehmern in betracht kamen. So sind in dem Bericht der Holzarbeiter noch mancherlei Ursachen der Differenzen mit den Unternehmern angeführt, doch lassen sich nur die hauptsächlichsten in einem Gesammtbild darstellen, wie dies in der Tabelle geschehen ist.

Zu der Gesammtausgabe von 1 257 208 M. wurden folgende Beiträge geleistet, die genauer angegeben werden konnten:

Aus der Verbandskasse 775 361 M., durch freiwillige Beiträge der Mitglieder 314 670 M., durch Sammlungen 32 958 M., Beiträge anderer Gewerkschaften 88 848 M., vom Ausland 1949 M. Die in der Streikstatistik verzeichnete Ausgabe aus den Verbandskassen für Streiks stimmt mit der in der Gewerkschaftsstatistik genannten Summe nicht überein, weil bei der letzteren in Einzelfällen auch Beitragsleistungen der Kassen der Zweigvereine mit enthalten sind. In der Gewerkschaftsstatistik ist auch die Ausgabe der Steinarbeiter angegeben, die, wie schon bemerkt, in der Streikstatistik fehlt. Bei den Metallarbeitern stehen in der Streikstatistik als aus der Verbandskasse gezahlt 91 648 M., während in der Gewerkschaftsstatistik 97 566 M. verzeichnet sind. Hiervon entfallen 5 806 M. auf Unterstützung der Ausgesperrten von Streiks des Vorjahres und 487 M. auf Unterstützung an Verbandsmitglieder, die an Arbeitseinstellungen in anderen Organisationen betheiligt waren. Bei den Formern sind in dem Betrage von 5494 M., die als Unterstützung seitens anderer Gewerkschaften verzeichnet sind, 5000 M. enthalten, welche von den Metallarbeitern Berlins für die dort ausgesperrten Former beigetragen wurden.

In den nachstehenden kleinen Tabellen bringen wir, wie in früheren Jahren, eine Zusammenstellung der Streiks, über welche uns berichtet worden ist, seit dem Jahre 1890.

Jahr	Anzahl der Gewerbe, in denen Streiks vorkamen	Anzahl der Streiks	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe M.
1890—91	27	226	38 536	1348	2 094 922
1892	21	73	3 022	507	84 638
1893	26	116	9 356	568	172 001
1894	27	131	7 328	879	354 297
1895	29	204	14 032	1030	424 231
1896	40	483	128 808	1923	3 042 950
1897	37	578	63 119	1921	1 527 298
	207	1811	264 201	8176	7 700 337

Daß diese Uebersicht besonders für die ersten Jahre keine vollständige ist, haben wir bei jeder Veröffentlichung der Streikstatistik betont und müssen wir bezüglich eventueller Ergänzung der Ziffern auf die Publikationen der Vorjahre verweisen. Interessant ist das gewaltige Anschwellen der Angriffsstreiks in den letzten beiden Jahren, gegenüber den Jahren 1892 bis 1895. Es liefert uns den untrüglichen Beweis, daß die deutschen Unternehmer trotz günstiger wirthschaftlicher Konjunktur nur dann eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eintreten lassen, wenn die Arbeiter das letzte Mittel, den Streik, anwenden. Besser kann die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer nicht charakterisirt werden. 1897 waren die Arbeitseinstellungen nicht ganz von dem Erfolg begleitet wie 1896, aber doch bei weitem erfolgreicher als in den Jahren 1890—1895. Für letzteren Zeitraum ist der Ausgang von 723, für 1896 von 460 und für 1897 von 572 Streiks bekannt.

Jahr	Angriffsstreiks: Anzahl der Streiks	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe M.	Resultat: Erfolgreich	Theilweise erfolgreich	Erfolglos
1890—91	147	33 397	843	1 825 300	54	59	30
1892	20	1 135	97	84 649	6	6	8
1893	37	4 962	151	44 991	18	11	8
1894	38	3 035	188	77 354	12	15	11
1895	100	9 730	399	138 347	57	18	25
1896	332	115 660	1133	2 482 909	180	94	48
1897	330	41 180	1178	918 159	176	101	53
	977	209 069	3989	5 511 709	503	304	183

Jahr	Abwehrstreiks: Anzahl der Streiks	Zahl der betheiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesammt-Ausgabe M.	Resultat: Erfolgreich	Theilweise erfolgreich	Erfolglos
1890—91	79	5 139	509	265 032	13	30	25
1892	53	1 887	391	42 655	19	9	24
1893	79	3 126	389	106 413	33	14	30
1894	91	4 112	686	305 584	24	22	40
1895	94	4 058	628	253 946	30	12	50
1896	151	13 138	790	475 479	52	28	58
1897	248	13 949	737	343 139	96	45	101
	795	45 409	4130	1 792 248	267	160	338

Davon waren:

	erfolgreich	theilw. erfolgreich	erfolglos
1890—95	36,8 pCt.	27,1 pCt.	36,1 pCt.
1896	50,5 „	26,5 „	23,0 „
1897	47,5 „	25,5 „	27,0 „

Hierbei sind Angriff- und Abwehrstreiks zusammengerechnet. Daß die letzteren weniger Aussicht auf Erfolg haben, als die ersteren, ist bekannt und wird für 1896 und 1897 deutlich bewiesen. Von den Angriffsstreiks waren:

	erfolgreich pCt.	theilw. erfolgreich pCt.	erfolglos pCt.
1896	63,0	26,0	11,0
1897	53,3	30,6	16,1

Es muß bei Betrachtung dieser Ziffern immer wieder darauf hingewiesen werden, daß bei Streiks im allgemeinen, besonders aber bei Abwehrstreiks, genau abgewogen wird, welche Chancen die Arbeiter haben. Besonders bei den Arbeitseinstellungen wegen Maßregelung, von denen für 1897 wiederum 62 (1896: 52) zu verzeichnen sind, ist stets genau zu prüfen, ob mit dem Niederlegen der Arbeit der beabsichtigte Zweck erreicht werden kann.

Aus den Aufzeichnungen über die Streiks läßt sich noch mehr als aus der Gewerkschaftsstatistik die Lehre ziehen, daß emsig an dem weiteren Ausbau der Gewerkschaften gearbeitet werden muß. Ist die gewerkschaftliche Organisation genügend erstarkt, dann werden viele Streiks nicht nothwendig sein und die einmal begonnenen werden zu gunsten der Arbeiter ausfallen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum Ablauf der Gerichtsferien Montag und Donnerstag von 7 bis 8 Uhr abends statt.

P., Pr. Mitte Oktober.

Rohde. Wir können Ihnen sowie Ihren Arbeitskollegen nur empfehlen, den Mann mit Ihrer Kundschaft nicht mehr zu belästigen.

M. K. 89. Melden Sie doch Ihr Aufgebot bei dem Standesbeamten der Braut an. Vielleicht theilen Sie gelegentlich den Namen des Standesbeamten, der an f statt ff in einem Taufschein Bedenken herleitet mit, um vor der Neuwahl des betreffenden Beamten den Fall zu verwerthen. Im allgemeinen stolpern Standesbeamte dem Sinne des Gesetzes entsprechend ebenso wenig wie früher Pfarrer an einer harmlosen Abweichung in der Schreibart. Wegen der Berichtigung des mütterlichen Taufscheines wenden Sie sich an zweckmäßigsten an den Regierungspräsidenten. — **Theodor.** 1. u. 2. Ja. — **P. W.** Sobald als möglich. Fristen bestehen nach der Richtung nicht. — **D. 148.** 1. Geburtsurkunden und das rechtskräftige Scheidungsurtheil. 2. 28 M. 40 Pf. 3. 200 M. — **M. M. Schaffhausen.** Auf den sogenannten Leumundszeugnissen werden auch die länger als 50 Jahre zurückliegenden Vergehen u. s. w. sämtlich registrirt. Dagegen ist nichts zu machen. — **W. M. 26.** Wenn durch irgend eine Maßnahme Ihnen Gas derart entzogen wird, daß Sie es nicht mehr zu Ihrem Motorenbetrieb gebrauchen können, so haben Sie sich an Ihren Vermiether zu wenden. Das ist aber nicht Ihr Wirth, sondern die Gasdirektion — es sei denn, Gas wird Ihnen unberechtigt von Ihrem Wirth entzogen. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 30. August:
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Hugenotten. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orleans. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Dr. Jojo. Vorher: Im Negligé. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Barbier von Sevilla. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Die Grille. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die beiden Waisen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Monde. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Seine Puppe. Hierauf: Entdeckt. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Ueber Land und Meer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Letzte Woche!
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten nach dem Französischen von Georg Ohnet, deutsch von E. Rieck.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugs-Billets haben Giltigkeit.
Mittwoch: **Sie ist wahnsinnig. Der Geigenmacher von Cremona.**
In Vorbereitung: **Schluntz sel. Wittwe.** Novität! Große Gesangsburleske von Haneld.
Ostend-Theater-Konzert-Garten: Dota Waldau. Max Grabow. Geschw. Petram, Puppen-Theater. The two Terras. The 4 Cromwells. Rudo Kröhl etc. Theatervorstell. Konzert. Anfang 5½ Uhr.
Passe-partouts haben Giltigkeit.
Mittwoch: Letztes großes Kinderfreudenfest.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Adalgisa.
Adalgisa Schreckenberger: Adolf Hoffmann.
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.
Mittwoch, den 31. August:
Abschieds-Benefiz für Willy Walde.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Direktion: Rich. Anger.
— Abends 8 Uhr zum 6. Male: —
Seine Puppe.
Volksstück in 3 Akten nach dem Französischen v. Max Schönau. Musik von Fritz Krause.
Hierauf zum 6. Male:
Auftreten des ersten deutschen Verwandlungs-Schauspielers
A. Angeloti
in seiner Tragi-Komödie
Entdeckt!
(4 Personen dargestellt v. A. Angeloti.)
Zum Schlusse:
Die Komponisten
Musikalischer Scherz von A. Angeloti.

Central-Theater
Direktion: J. Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theehaus-Geschichte.
Operette in 3 Aufzügen v. Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassen-Eröffnung 6½, Anfang 7½ Uhr. Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

INDIEN
Carl Hagenbeck's Ausstellung am Kurfürstendamm.
INDIEN
Schaustellungen i. d. Arena: Wochentags 6 und 8 Uhr; Sonntags 4, 6 und 8 Uhr.
INDIEN
Vorstellungen im Indischen Theater 4, 5, 7, 9 Uhr nachm.
INDIEN
Ab 4 Uhr nachmittags: Gr. Militär-Doppel-Konzert.
INDIEN
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
INDIEN
Geöffnet von 10 Uhr früh bis nach 11 Uhr abends.
INDIEN
Carl Hagenbeck's Ausstellung am Kurfürstendamm.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Eröffnung der Winter-Saison:
Donnerstag, 1. September cr.:
Neu! Neu!
Kulike als Kuli
oder:
Die Entführung nach Kiautschou.
Große Ausstattungsposse.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Preise wie bekannt.
Bons haben Giltigkeit.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Abtheil. von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten.
Berg-Trio, türkisch-gunnahisches Potpourri. The 3 Forleys, chinesische Excentrics. Gebr. Millardo, Groteske-Duettisten. Elly Viola, Kostümsoubr. Mr. Ranella, Kautschuckmensch. Max Theo, Handequilibrist. Jan and Jim, Knockabouts. Mordeys, Fata Morgana.
Ballet, Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., nnm. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Sonnabend, 3. Septbr. 1898:
Wiedereröffnung
des neu renovirten
Riesen-Theaters.
Gr. Fest-Vorstellung
Auftreten des neu engagirten Spezialitäten- und Schauspiel-Personals.
Neu! Zum 1. Male: Neu!
's ist unheimlich!
Original-Burleske mit Gesang.
Hauptrollen: Winkler und Fröbel.
Anf. 7½ Uhr, Sonnt. 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Metropol-Theater.
Behrenstraße 55—57.
Direktion: Richard Schulz.
Sonnabend, den 3. September 1898
Eröffnungs-Vorstellung
in dem glänzend renovirten Hause.
Novität. Zum 1. Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Gr. Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern mit vollständig freier Benutzung von Blum u. Tochs's „Madame Satan" von Jul. Freund, Musik von Jul. Einödshofer u. Bertr. Sänger. In Szene gesetzt vom Dir. Richard Schulz. Der choreographische Theil v. Ballettmeister Louis Gundlach. 1. Bild: Der Brief des Paris. 2. Bild: Im Bazar Wertheim. 3. Bild: Ein Eisfest auf der Rousseau-Insel. 4. Bild: Sylvester-Rummel. 5. Bild: Eine Schäferstunde. 6. Bild: Eva's Vermächtniß. (Ballet.)
Im 2. Bilde:
Puppenballet, ausgef. v. 30 Kindern.
Die Moden des Jahrhunderts.
Ballet, ausgeführt von 60 Damen.
a) Directoire, b) Empire, c) Restaurationszeit, d) 1830, e) Die Krinoline, f) Modern, g) Mode der Zukunft.
Im 6. Bilde:
Eva's Vermächtniß.
Gr. Bal abile, ausgef. von 80 Damen mit großer Apotheose.
Vorverkauf von heute ab an d. Kasse d. Metropol-Theaters, Behrenstr. 55/57.

Donnerstag, 1. September:
Eröffnungs-Vorstellung
siehe Plakat
Berliner Sänger- u. Theater-Ensemble
Tyll Eulenspiegel
Dir. Oskar Klein u. Gustav Oberg
Volks-Humor
10 Damen, 12 Herren, gr. Orchester.
Nach der Vorstellung: Ball.
Billet 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.
Anfang 7½ Uhr.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im grossen Saale:
Damentanz und Ball.
Jeden Abend: **Die Frauen-Garde.** Gr. Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz.
Den Vereinen empfehlen wir für die Wintersaison unsere renovirten, 300 bis 800 Personen fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Riesensaale: Grosser Ball.
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
59619* Karl Mittag, Oekonom.

Max Kliem's Sommer-Theater,
Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen dressirten Hunden und Affen. Mlle. Ernst, Athletin. Miss Ophelia's dressirte Kakadus. Pepi und Pepino. The Picardi's. Neu! Das Gänsegretel, Volksstück in 2 Bildern von Ettner. — Neu! Wenn Frauen weinen, Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. Annenstr. 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Sonnabend, den 3. September:
Eröffnung!
Gr. Fest-Vorstellung
des durchweg neuengagirten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Vorletzte Vorstellung!
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Ferner nur noch 2 Mal:
Berlin auf Stelzen!
Die heitere Burleske mit W. Agoston.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Das Garten-Konzert beginnt um 7 Uhr.
Vorzugskarten nur noch heute und morgen gültig.
Avis! Sonnabend, den 3. September cr. eröffne ich
Quarg's Spezialitäten-Theater
im Grand Hôtel Alexanderplatz mit einem großartigen Monstre-Programm.
R. Quarg, Direktor.

Victoria-Brauerei.
Vorletzte Woche!
(Nur noch bis Sonntag, 11. Septbr.)
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.
Freitag, 2. Sept. (Sedan-Tag): Fest-Soirée.
Sonnabend, 17. Sept.: Erste Soiree
in den **Reichshallen**
(im großen Theatersaal).

Puhlmann's
Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Kuba.
Burleske in 2 Bildern v. Victor Roeder.
Vollständig neues Spezial-Programm.
Anf. d. Konz. 4½, d. Vorst. 5½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Ein guterhaltener **Brennabor** ist krankheitshalber billig zu verkaufen bei Liebe, Eisenbahnstr. 36, 3 Tr.

Apollo-Theater.
Nur noch wenige Tage:
Bender-Steidl-Blum,
Milani-Tornay-Goltz,
sowie das ausgezeichnete August-Programm.
Kassenöffn. 6½, Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, den 1. September 1898:
Eröffnung der Wintersaison.
Otto Reutter.
Jean Clermont. Mr. Taylor.
Consuela Tortajada.
Emeline Ethardo. Comtesse Ferucci.
Les Minstrels Parisienne.
Mlle. Nelsa. Ducreux-Giraldue.
Cordelly u. Hersleb. The Missouris.
Cardownies-Troupe. Marga Bizette.
Der Kosmograf
mit neuer aktueller Bilder-Serie.
Anfang ab 1. September 7½ Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstriner Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Meine neuerbauten Festsäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neu! Novität! Neu!
Unser Junge.
Posse mit Gesang v. E. Braune.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pfennig. Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kalig.

Konzerthaus Sanssouci
Kottbuserstr. 4a. Inh.: H. Pierry.
Heute: Gr. Extra-Vorstellung
Anf. 6 Uhr. Ball. Entree 30 Pf.
Avis! Von Donnerstag, 1. Septbr. ab: Beginn der Wintersaison.
Zum 1. Male:
Ihre Familie.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Georg Engels und Stinde.
Die Vorstellungen finden nur Dienstag, Donnerstag u. Sonntag statt.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.
Historisches Lustspiel in 1 Akt von Oppenheim.
Liesecke in Italien.
Komisches Singspiel in 2 Bildern von Fritz Waldau.
Musik von R. Thiele.
Im Saal: Ball.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.